

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 46 vom 13. November 1981

15. Jahrgang

1 DM

Machtvoller Arbeiterprotest gegen Sozialabbau

70 000 kamen zur DGB-Demonstration

Teilnehmerzahl in Stuttgart übertraf alle Erwartungen

STUTTGART. — Der DGB in Baden-Württemberg hatte zur Demonstration gegen die Bonner Sparbeschlüsse aufgerufen. Die Resonanz, die dieser Aufruf fand, hat alle Erwartungen übertrafen. Mehr als 70 000 Gewerkschafter forderten am Samstag letzter Woche in Stuttgart: „Schluß mit dem Sozialabbau!“. Es war die größte Demonstration in Stuttgart und eine der bislang größten DGB-Demonstrationen überhaupt!

Am Montag gab es kaum eine Tageszeitung in der Bundesrepublik, die nicht dieser eindrucksvollen Arbeiterdemonstration ihre Hauptschlagzeile gewidmet hätte. In Stuttgart hat sich an diesem Tag klar gezeigt, wie stark die Empörung über die arbeiterfeindliche Bonner Sparpolitik und über den Sozialabbau in den Betrieben bereits angewachsen ist.

Auf 20 000 bis 30 000 hatten Sprecher des baden-württembergischen DGB vor der Stuttgarter Demonstration ihre Erwartungen hinsichtlich der Teilnehmerzahl beziffert. Gekommen sind mehr als doppelt so viele! Aus ganz Baden-Württemberg kamen die Kolleginnen und Kollegen mit Bussen angeeignet, um gegen die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zum sozialen Abbau und zur Kürzung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zu protestieren und ihre Bereitschaft zum aktiven Widerstand auszudrücken.

Zwei mächtige Marschsäulen zogen durch die Stuttgarter Innenstadt. Die zahlreichen Wochenendeinkäufer in den Geschäftstraßen — es war ein verkaufsoffener Samstag — waren sehr beeindruckt von dieser Arbeiterdemonstration. Die Schlußkundgebung mußte vom ursprünglich vorgesehenen Schillerplatz auf den Schloßplatz verlegt werden, den größten Platz, den Stuttgart zu bieten hat.

Der kämpferische Charakter der Demonstration äußerte sich in vielen Sprechchören wie zum Beispiel: „Uns ist nichts mehr zuzumuten — jetzt sollen mal die Reichen bluten!“ Viele Parolen stellten auch den Zusammen-

hang zum Kampf gegen den Rüstungswahnsinn her: „Was heißt Haushaltslücken? Rüstungsausgaben drücken!“. Kollegen von

Fortsetzung auf Seite 3



Über hunderttausend Menschen verloren im Oktober ihren Arbeitsplatz!

NÜRNBERG. — Die allmonatliche Bekanntgabe der neuesten Entwicklung der Arbeitslosigkeit durch die Bundesanstalt für Arbeit gleicht immer mehr einer Rekordveranstaltung: ständig werden neue Höchstzahlen gemeldet. Mit 1,366 Millionen Arbeitslosen und fast 370 000 Kurzarbeitern erreichen die Zahlen der von der Krise am meisten Betroffenen jetzt jenen Bereich aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik, der bisher unerreicht blieb.

Dabei hat sowohl die Zahl der Männer die ohne Arbeit sind, beträchtlich zugenommen, als auch die Zahl der Kurzarbeiter in Kernbereichen der Wirtschaft, wie der Elektroindustrie und dem Maschinenbau. Über 70 000 Bauarbeiter sind jetzt ohne Arbeit. Alles dies sind Zeichen dafür, daß es sich nicht um Randbereiche und auch nicht mehr um einzelne Branchen handelt, sondern daß sich zunehmend eine allgemeine Wirtschaftskrise entfaltet.

In diesen Tagen haben außerdem, neben den Stahlkonzernen und den bekannten

Frankfurter Stilllegungsabsichten auch einige Konzerne der Elektroindustrie, der Bauwirtschaft und des Maschinenbaus Entlassungen angekündigt. Und während selbst das unternehmergeforderte Deutsche Wirtschaftsinstitut zugeben mußte, daß zwei Drittel der Arbeitslosen gar nicht die berühmten 68 Prozent erhalten, sondern weniger, verstiegen sich verschiedene CDU- und FDP-Abgeordnete gerade zu diesem Zeitpunkt zu Behauptungen, wie daß es die hohen Sozialleistungen wären, die Arbeitslosigkeit hervorrufen würden!

Waffenkammer des Neofaschismus

HANNOVER. — Im Raum Uelzen haben Neonazis das größte Waffenlager angelegt, das in der Geschichte der Bundesrepublik entdeckt wurde. Schußwaffen, Sprengstoff, Panzerfäuste, Gifte — all das fand sich in 88 im Waldboden vergrabenen Kisten.

Der Forstmeister Heinz Lembke, der dieses Lager offensichtlich verwaltet hat und inzwischen Selbstmord beging, ist der Polizei seit bald 20 Jahren als aktiver Nazi bekannt. Er war Funktionär der NPD. Er hatte Verbindungen zu solchen Führern der Nazi-Terroristen wie Manfred Roeder und offensichtlich auch zu Karl-Heinz Hoffmann. Er hatte Verbindungen bis in die Bundeswehr hinein, aus deren Beständen ein Großteil der Waffen stammt. Das Waffenlager in Niedersachsen stand wohl der gesamten faschistischen Szene in Westdeutschland zur Verfügung.

Der „Fall Lembke“ straft die Politiker Lügen, die bisher wider besseres Wissen die Gefahr des Rechtsterrors heruntergespielt und die Nazis geschützt

haben. Aber auch jetzt zeichnen sich noch keine wirklich wirksamen Maßnahmen ab, die geeignet wären, die faschistischen Umtriebe in unserem Lande zu stoppen. Noch immer versuchen die verantwortlichen Politiker, ein Verbot aller faschistischen Organisationen zu verhindern. Noch immer verbreiten sie die Märchen von militanten „Einzelgängern“ oder „kleinen Gruppen“ ohne weitreichende Verbindungen.

Sie tragen damit die Verantwortung für jedes weitere Menschenleben, das dem Nazi-Terror zum Opfer fällt. Alle Antifaschisten müssen dafür sorgen, daß diesem Spuk ein Ende bereitet wird!

(Ausführlicher Bericht auf Seite 7.)

DEMONSTRATION
aus Anlaß
des Breschnew-Besuchs
BONN, Sonntag den
22. November
Eröffnungskundgebung:
11 Uhr Am Schlachthof
Abschlußkundgebung:
13.30 Uhr Münsterplatz

Um 15 Uhr in der Mensa Poppelsdorfer Allee eine Podiumsdiskussion („Was fordert die Friedensbewegung von der Sowjetunion?“)

Kommentar der Woche

Mit großem Pomp emfingen die faschistischen Generäle der Türkei den westdeutschen Außenminister und Vizekanzler Genscher. Und zu Recht: Seit ihrem Militärputsch, der nun mehr als ein Jahr zurückliegt, war dies der mit Abstand ranghöchste Gast, den sie empfangen durften. Genscher ist überhaupt der erste Außenminister Westeuropas, der Kenan Evren und seine Mannen beehrt.

Nun, glaubt man der westdeutschen Presse, so ging er in die Türkei als Prüfer. Ob dort auch alles in Richtung Demokratie bewegt wird. Danach wollte der Bundestag über die weitere Türkei-Hilfe entscheiden. Und das Ergebnis liegt klar zutage: Natürlich bewegt sich alles in Richtung Demokratie, sogar schneller als mancher denkt. Der Beweis: Kenan Evren hat es gesagt.

Genschers Hilfestellung

Es gibt ja eine verfassungsgebende Versammlung, mit deren Vorsitzenden Sadi Irmak Genscher gesprochen hat. Und damit auch die offizielle Anerkennung dieser Scheinversammlung von Faschisten und Ultrareaktionären, von Generalstäblern und Großkapitalisten vollzogen hat — ebenfalls als erster Vertreter eines westeuropäischen Staates.

So stellte sich Genscher also als zweifacher Helfer den bedrängten türkischen Faschisten zur Seite. Was, bei Kenntnis der Sachlage, ja auch erwartet worden war: Ohne die Bonner Militärhilfe, ohne das Bonner Organisationstalent dafür, weiteres Geld herbeizuschaffen, ohne die Bonner Türkei-Hilfe gäbe es dieses Regime so nicht.

Und nachdem der erste Versuch, Evrens Diktatur als demokratisch darzustellen nach einigen Monaten gescheitert war, muß man nun am zweiten Weg, die Diktatur als Vorbereitung der Demokratie auszugeben, festhalten. Denn man will ja nicht offiziell zugeben, daß man, in guter amerikanischer Tradition, ein Faschistenregime stützt.

Aufgrund des breiten öffentlichen Protests in ganz Westeuropa hatte der Bundestag diesen offiziellen Schwenk vorgenommen und Genscher war es nun als Aufgabe gestellt, die Erfüllung der im Juni gestellten Bedingungen zu vermelden.

Denn: Die andere Alternative hätte ja nur heißen können, Streichung der Türkei-Hilfe, wie es ja schon vom entsprechenden Bundestagsausschuß angekündigt worden war. Dem aber steht die NATO-Verpflichtung zur Hilfe entgegen. 5 Prozent des türkischen Gebiets wird von Stützpunkten der USA bedeckt — da braucht man die Grabesruhe zur „Verteidigung der Freiheit“.

Natürlich, Herr Genscher hat sich erkundigt, wie es denn wäre. Sicher, er hat dabei die eine oder andere Frage vergessen. Zum Beispiel nach der Folterung Zehntausender von politischen Gefangenen. Oder nach dem Massenprozeß gegen Gewerkschaftsfunktionäre. Oder nach zahlreichen Verschwundenen und Verschollenen. Oder danach, was mit dem Bonner Geld gemacht wird.

Nein, danach hat er sich nicht erkundigt, da wären seine Freunde auch ärgerlich gewesen. Denn in solchen Fällen pflegen sie sich daran zu erinnern, daß sie ja — selbstverständlich — ein souveräner Staat seien, der zwar Hilfe braucht, aber keine Bedingungen dafür annimmt. Daß über ihre Wirtschaftspolitik, ihre Finanzpolitik, ihre Militärpolitik anderswo entschieden wird, dürfte auch Herrn Genscher bekannt sein, aber über ihre Folterpolitik wollen die Generale selbst entscheiden.

Und zu dieser Eigenständigkeit hat der Besuch des Ministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland aktiv beigetragen. Dieser Besuch war ein voller Erfolg — für die türkischen Faschisten. Er war aber auch eine Demonstration dessen, wenn auch versteckt, daß diese Bundesregierung bereit ist, jeden faschistischen Diktator bis zum letzten zu unterstützen, wenn es in ihr Konzept paßt.

Für alle Demokraten und Antifaschisten ist Genschers Aufwertungsbesuch erst recht ein Grund zu fordern:

**Weg mit der Türkei-Hilfe!
Für eine demokratische Türkei!**

Helmut Weiss

Breschnew-Besuch im November:

Nötig ist eine Demonstration gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik

Am 1. November wurde auf einem Treffen von über hundert Vertretern verschiedener politischer Organisationen und Initiativen beschlossen, daß am 22. November in Bonn — anlässlich des Breschnew-Besuchs — eine Protestdemonstration gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik stattfinden soll. Außerdem eine Kundgebung und eine Podiumsdiskussionsveranstaltung. Daß sich auf diesem Treffen auch Institutionen wie der Bundesvorstand der Grünen für eine solche Demonstration aussprachen, war das Ergebnis des massiven Drucks relevanter Teile der Basis der Friedensbewegung (der RM berichtete über dieses Treffen). Inzwischen liegt ein Flugblatt mit einem Aufruf für diese Aktivitäten vor. Bei diesem Aufruf handelt es sich um eine — von einer Redaktionskommission u.a. der Grünen erstellten — Neufassung eines ersten Aufrufs, der im Oktober bereits als Anzeige in verschiedenen Tageszeitungen veröffentlicht worden war.

Unsere Partei unterstützt den Aufruf für eine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs. Was den Text des Aufrufs bzw. die von der Redaktionskommission der Grünen vorgenommenen Änderungen an dem ersten Aufruf angeht, stellen wir fest:

1. Hatte der erste Aufrufstext (der übrigens laut Anzeigentext in den Zeitungen als nicht mehr

veränderbar publiziert worden war!) eine klare Stoßrichtung gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik, so wird jetzt die Gefahr, die die aggressive Politik der Sowjetunion für den Frieden in Europa und in der Welt darstellt, beschönigt. So etwa, wenn die Bundesregierung aufgefordert wird, die Vorschläge der Sowjetunion „ernsthaft zu prüfen“. Denn was heißt das anderes als, daß man den Eindruck erwecken möchte, daß die sowjetischen Vorschläge ein positiver Beitrag zur Abrüstung in Ost und West sein könnten? Auch durch andere Formulierungen wird versucht, den Eindruck zu erwecken, daß die Sowjetunion sozusagen das „kleinere Übel“ im Vergleich zu den US-Imperialisten sei. Eine solche Beschönigung der tatsächlichen Aufrüstungs- und Aggressionspolitik der Sowjetunion — die im übrigen im Aufruf selbst durch die aggressive Politik der Sowjetunion gegenüber der CSSR, Afghanistan und ihren Interventionsdrohungen gegenüber Polen dokumentiert ist — lehnen wir ab. Die Friedensbewegung muß nicht nur unabhängig von den Großmächten sein, wie auch der Aufruf betont, sie muß entschieden gegen die Großmächte, die Hauptkriegstreiber, gerichtet sein, sonst kann sie keinen Erfolg haben.

2. Der erste Aufrufstext enthielt die klare Aussage, daß die Friedensbewegung sich nicht

auf Verhandlungen zwischen den imperialistischen Mächten orientieren darf. Es hieß dort: „Die Friedensbewegung darf sich auf die Verhandlungen zwischen Regierungen nicht mehr verlassen.“ In der Neufassung des Aufrufs heißt es jetzt: „Nur eine große europäische Friedensbewegung kann dafür sorgen, daß die Regierungen bei den kommenden Verhandlungen zu wirklichen Abrüstungsschritten gezwungen werden.“ Zur Klarstellung: Wir sind nicht dagegen, daß Regierungen miteinander sprechen und verhandeln. Nur: Die bisherigen sogenannten Abrüstungsverhandlungen haben zur Genüge bewiesen, daß im Ergebnis dieser Verhandlungen — auf beiden Seiten — nicht ab-, sondern aufgerüstet wurde. Wenn die Friedensbewegung deshalb ihre Kräfte darauf konzentriert, Einfluß zu nehmen auf Verhandlungen dieser Art, so wird sie Schiffbruch erleiden und den Frieden nicht erhalten können. Die Friedensbewegung kann nur dann Erfolge erringen, wenn sie sich darauf orientiert, den Kampf frontal gegen die Kriegstreiber zu richten und ihnen durch den massiven Druck von unten (den Druck der Straße, den Druck aus den Betrieben usw.) Zugeständnisse abzutrotzen.

Bleibt noch anzumerken, daß die hier erwähnten Änderungen keineswegs dem Willen der Mehrheit derjenigen entsprechen, die auf dem Treffen

am 1. November in Köln anwesend waren. Sie sind vielmehr Zugeständnisse, die der Bundesvorstand der Grünen ganz bestimmten, für ihn „relevanten“ Teilen der heutigen Friedensbewegung gemacht hat — nämlich den Jungsozialisten, die einen Aufruf, der nicht auf Verhandlungen zwischen den Regierungen orientiert ist, nicht unterstützen wollten, und den Anhängern der DKP, die den auf dem Treffen am 1. November anwesenden Gegnern der aggressiven Politik der Sowjetunion dank des Entgegenkommens der Vertreter der Grünen, die die Versammlungsleitung hatten, eine mehrstündige Diskussion über den Charakter der sowjetischen Politik aufzwingen konnten.

Der Kampf derjenigen Teile der Friedensbewegung, die mit beiden Augen klar sehen und den Kampf gegen die beiden größten Kriegstreiber, den US-Imperialismus und die Sowjetunion, für notwendig halten, ist also noch nicht beendet. Es kommt jetzt darauf an, dafür zu sorgen, daß die Demonstration am 22.11. inhaltlich klar und eindeutig gegen die sowjetische Aggressions- und Aufrüstungspolitik Stellung nimmt. In diesem Sinne wird sich die Partei auch noch einmal mit einem Brief an die Organisationen und Initiativen, die bisher an der Diskussion um die Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs beteiligt waren, wenden.

Preussag-Bleihütte weigert sich, Maßnahmen zu ergreifen

Bauern-Demonstration gegen Umweltvergiftung

NORDENHAM. — Am Montag, den 2. November, demonstrierten in Nordenham mehr als 400 Bauern aus verschiedenen Landvolkvereinen gegen die Umweltvergiftung durch die Bleihütte Preussag. Nachdem zu Beginn des Jahres die vierte Änderung der Futtermittelverordnung unter anderem neue Auflagen zur Begrenzung von Schwermetallen im Grünfüttererließ, hat sich die Situation der betroffenen Bauern weiter verschlechtert.

Innerhalb der Landvolkvereine gab es längere Zeit Auseinandersetzungen darüber, in welche Richtung der Widerstand gehen müsse. Während oppositionelle und fortschrittliche Kräfte dafür waren, von der Preussag Maßnahmen zur Verringerung der Bleiemissionen zu fordern, versuchten Reaktionäre daraus einen Kampf gegen die neue Verordnung zu machen, die übertrieben und wirklichkeitsfremd sei.

Die jetzt durchgeführte Demonstration stand unter der Losung „Gesunde Umwelt — Sichere Arbeitsplätze“ und stellt dadurch einen Sieg der fortschrittlichen Kräfte im Landvolk dar, war ihre Stoßrichtung doch eindeutig gegen die Preussag-Herren gerichtet. Dies kam auch in verschiedenen Parolen und Spruchbändern zutage. „Die Preussag macht mit Blei Profit — Den Nachbarn bleibt der ganze Schiet“ oder aber auch „Albrecht mit seinem Ministerium macht für uns Bauern keinen Finger krumm“. Damit wurde die langjährige Forderung der Bauern, die niedersächsische Landesregierung müsse der Bleihütte Auflagen machen, erneut erhoben.

Die Kreisgruppe Wesermarsch der Freien Landvolkbewegung, die sich an der Demonstration beteiligte, unterstrich in einem Flugblatt, das an Teilnehmer und Zuschauer verteilt wurde:

„Unsere Forderung an den Kreisvolkverband Wesermarsch ist nun, sich auch weiterhin mit allen Kräften für eine Senkung der Emissionswerte einzusetzen und sich nicht mit leeren Worten oder einigen Entschuldigungen abspesen zu lassen.“

Im Vorfeld der Demonstration hatte die Preussag ihre am selben Tag angekündigte Jubiläumsfeier anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Hütte abgesagt und ankündigen lassen, man werde etwas gegen die Vergiftung der Umwelt tun. Zu Recht wie das Freie Landvolk aber darauf hin, daß man dem nicht glauben darf, ohne feste Verpflichtungen.

Die Zeitungen der Freien Landvolkbewegung hatte beispielsweise in ihrer Ausgabe vom April 81 bereits darauf hingewiesen, daß hier Kampfkraften nützt und wie einige Kräfte im Landvolkverband versuchten, das zu verhindern.



Mit etwa 200 Traktoren zogen die Bauern zur Preussag, um eine Protestresolution zu übergeben.



Die abschließende Kundgebung auf dem Nordenhamer Marktplatz

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

70 000 kamen zur DGB-Demonstration

Fortsetzung von Seite 1

Saba trugen zum Beispiel ein Transparent mit der Aufschrift: „Kein Lohnverzicht für die Aufrüstung“.

Die Entschlossenheit, gegen den von Regierung und Kapital verlangten Lohnverzicht zu kämpfen, wurde häufig zum Ausdruck gebracht, so etwa in der Losung: „Lohnabbau, das ist nicht drin — sonst schmeißen wir die Arbeit hin“. Nicht zuletzt richtete sich der Protest auch gegen den Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten und gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Vielfach wurde wieder die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erhoben.

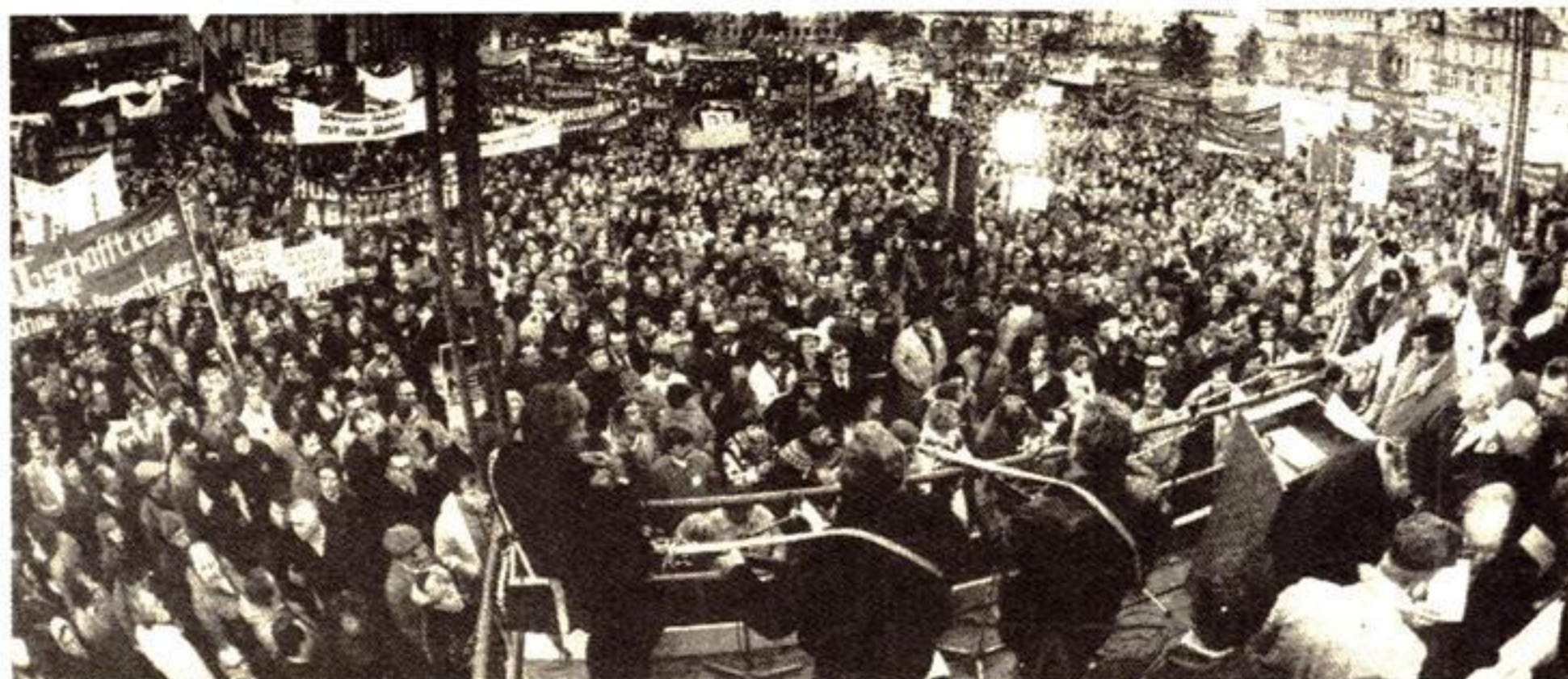
Auf der Schlußkundgebung übte einer der Hauptredner, Franz Steinkühler, scharfe Kritik an der Politik der SPD (in der Steinkühler selbst die Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg einnimmt): „Wo hin gehen Sozialdemokraten, daß sie jetzt prüfen, wie man am zweckmäßigsten die Arbeitneh-

mer um den Erfolg ihrer mühsam erstreikten Sicherheit bringt?“

Wie nicht anders zu erwarten, nährte Steinkühler aber gleichzeitig Illusionen in diese Partei und ihre arbeiterfeindliche Führung, indem er die sozialdemokratische Regierungsmehrheit in Bonn aufforderte, „endlich wieder eine Politik für Arbeitnehmer zu machen“. Was heißt denn hier „wieder“? Wann hat denn je eine SPD-Regierung die Interessen der Arbeiterklasse vertreten?

Steinkühler sprach andererseits den versammelten Gewerkschaftern aus der Seele, als er unter stürmischem Beifall sagte, die Millionen Arbeiter, die dieses Land aufgebaut haben, seien „keine Bittsteller, es sind hart arbeitende, selbstbewußte Frauen und Männer, die wissen, was ihnen zusteht, und die für ihren sozialen Besitzstand kämpfen werden.“

Im nächsten „Roten Morgen“ werden wir noch einmal auf die Stuttgarter Demonstration und ihre Bedeutung eingehen.



„Uns ist nichts mehr zuzumuten — jetzt sollen mal die Reichen bluten“. — So lautete eine Sprechparole auf der Demonstration der 70 000 Gewerkschafter gegen Sozialabbau und Lohnraub am letzten Samstag in Stuttgart.

RGO druckt IGM-Flugblatt gegen Sozialabbau nach „Genau das brauchen wir jetzt“

KASSEL. — Die machtvolle Demonstration der 70 000 in Stuttgart beweist die große Bereitschaft der Gewerkschaftsbasis zum Widerstand gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Um zu erreichen, daß der DGB ähnliche Aktionen auch in den anderen Bundesländern organisiert, ließ der Zentrale Vorstand der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) ein Flugblatt der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall, das zu der Demonstration vom letzten Samstag aufrief, nachdrucken.

Aus dem Flugblatt der Stuttgarter IG Metall, das außerordentlich konsequent den durch die Bundesregierung eingeleiteten Sozialabbau anprangert und zum Widerstand dagegen aufruft, hatten wir im letzten „Roten Morgen“ (Nr. 43/81) Auszüge abgedruckt. Der Zentrale Vorstand der RGO hat nun dieses Flugblatt in einem verkleinerten Faksimile-Nachdruck für die Verbreitung in den anderen Bundesländern herausgebracht. In einem einleitenden Text des Zentralen RGO-Vorstands auf dem Flugblatt heißt es:

„Dieses Flugblatt stammt nicht von uns. Wir haben es nur nachgedruckt, auf die Hälfte verkleinert und in 50 000 Exemplaren herausgegeben. Auf eigene Kosten versteht sich (...) Wir meinen, was da in Stuttgart angekurbelt wird — nämlich eine breite gewerkschaftliche Kampagne gegen den Sozialabbau, gegen die zunehmenden Angriffe auf uns Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, mit Demonstrationen, Kundgebungen usw. —, das kann und muß auch woanders laufen.“

Inzwischen hat das IGM-Flugblatt auch in Bonn Furore gemacht. Bundesfinanzminister Matthöfer — der nicht nur ein Parteifreund der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler ist (Steinkühler ist stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, sondern auch ein ehemaliger hoher IGM-Funktionär —, beschwerte sich in einem acht Seiten langen Brief bei dem „lieben Kollegen Steinkühler“.

Das Flugblatt, so beklagte sich Matthöfer, unterstelle der Bundesregierung „betrügerische und sozialfeindliche Haltung“; es wolle „durch Aufmachung und Maßlosigkeit der Sprache offenbar feindselige Gefühle wecken“ usw. usf.

Nun brauchen „feindselige Gefühle“ gegen die skrupellosen



Bonner Sozialdemontierer bei den Arbeitern wahrhaftig nicht mehr geweckt zu werden. Dafür sorgen schon Matthöfer und Konsorten selbst!

Das besagte IGM-Flugblatt unterscheidet sich allerdings dadurch von den üblichen Äußerungen und Publikationen zum gleichen Thema aus dem Kreise führender DGB-Bonzen (etwa eines H.O. Vetter), daß die Dinge nicht beschönigt und verharmlöst werden und, daß auch klar ausgesprochen wird, daß sich die Sparmaßnahmen ausschließlich gegen die arbeitende Bevölkerung richten, während den Reichen, den Konzernherren, sogar noch zusätzliche Steuervergünstigungen und Subventionen in den Rachen geworfen werden. Und es wird in dem Flugblatt auch zu konkreten Schritten des Widerstands gegen diesen Generalangriff auf die Arbeiterklasse aufgerufen.

Die Reaktion Matthöfers zeigt nur, wie sehr die Herren in Bonn einen ernsthaften und konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gegen ihre brutalen Sparpläne fürchten.

Arbeitslose und Umschüler setzen sich zur Wehr!

Je mehr die Angriffe der Regierung auf die sozialen Errungenschaften zunehmen, desto deutlicher wird es auch, daß sich hier zunehmend der Widerstand formiert.

Arbeitsloseninitiativen aus 16 Städten der Bundesrepublik tagten Mitte Oktober zusammen mit dem kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt. Auf dieser Tagung wurde entschieden gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes protestiert.

Einen ähnlichen Protest arbeitsloser Werktätiger gab es auch in Bremen, wo zusammen mit Vertretern des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gegen die Angriffe auf die Sozialhilfe protestiert wurde und ebenfalls die Beleidigung der Arbeitslosen zurückgewiesen wurde.

Am Berufsbildungszentrum in Köln kündigten Ende Oktober rund 450 Umschüler einen Unterrichtsboykott an: Damit soll gegen die Kürzung des Unterhaltsgeldes von 80 auf 68 Prozent protestiert werden, wonach also ein Umschüler nur noch Arbeitslosengeld erhält. Auch die Förderungsberechtigung soll eingengt werden — dagegen gab es auch in Essen und anderen Städten Proteste.

Auf der 4. Umschülerkonferenz in Köln wurden die Proteste und Forderungen der Betroffenen zusammengefaßt und unterstrichen, daß rund 140 000 Menschen davon betroffen sind.



Gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung 6 000 Textiler demonstrierten in Tübingen

TÜBINGEN. — Am vorletzten Samstag erlebte Tübingen seine seit Jahrzehnten größte Arbeiterdemonstration. Dem Aufruf der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) zum Protest gegen die Arbeitsplatzvernichtung waren rund 6 000 Kolleginnen und Kollegen gefolgt.

Unsere Tübinger Genossen berichten von dieser Demonstration: „Am letzten Samstag fand in Tübingen eine sehr kämpferische Kundgebung auf dem Tübinger Marktplatz mit anschließendem Protestmarsch statt. Aus dem Raum Tübingen/Reutlingen/Ebingen/Balingen waren die Kollegen mit Bussen zur Demonstration nach Tübingen gekommen. Es ging gegen den Raub an Arbeitsplätzen in der Textilindustrie.“

350 000 Arbeitsplätze sind seit 1969 in der Bundesrepublik und Westberlin in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet worden. Abertausende von Kolleginnen und Kollegen wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen in sogenannte Billiglöhnländer auf die Straße geworfen, damit die Textilkapitalisten ihren Profit steigern konnten. Von den noch existierenden 500 000 Textilarbeitsplätzen droht nun weiteren mehr als 200 000 die Vernichtung.

Die machtvolle Protestaktion in Tübingen beweist, daß die Frauen und Männer, die in diesem Industriezweig beschäftigt sind, nicht mehr dulden wollen, daß ihre Existenz zerstört wird. So schrieb die Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“: „Die Demonstration lehrte eines ganz deutlich: Die Menschen in der Textilindustrie sind kämpferisch geworden. Die Sorge um den Arbeitsplatz bringt auch den letzten dazu, seine Sache selbst in die Hand zu nehmen.“

Die Gewerkschaftsführung jedoch orientiert den Protest der Textiler in eine völlig falsche Richtung. Gemeinsam mit den Textilunternehmern fordert sie ein neues Welttextilabkommen, in dem eine Senkung der gegenwärtigen Steigerungsrate von Textilimporten von bisher 6 auf 1,5 Prozent festgelegt werden soll.

Gerade die hiesigen Textilkapitalisten betreiben hemmungslos Kapitalexpert in die Entwicklungsländer, wo sie die dortigen Hungerlöhne ausnützen. Sie reimportierten dann mit großem Profit die in ihren dortigen Fabriken „kostengünstig“ produzierten Waren. Unsere Tübinger Genossen berichten uns dazu folgendes Beispiel:

„Von den damals 1200 Beschäftigten der Tübinger Frottiertweberei Egeria wurden im letzten Sommer 100 auf einen Schlag und weitere 100 nach und nach entlassen. Als Grund wurde angegeben: Konkurrenz aus Billiglöhnländern, die es notwendig mache, zu rationalisieren. Verschwiegen aber wurde, daß Egeria selbst bereits vor fünf Jahren einen Teil seiner Produktion nach Mauritius im indischen Ozean verlagert hatte. Egeria hatte dort ein neues Werk (Spinnerei und Weberei) errichtet.“

Die Tübinger Genossen berichten ferner, daß Genossen der Partei vor und während der Kundgebung die Extrablätter des „Roten Morgen“ gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn verteilt haben. „Alle Genossen waren überrascht, wie interessiert die Kollegen waren.“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

- | | |
|---|--|
| 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr. | 3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr. |
| 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110. | 7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr. |
| 2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. | 7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408. |
| 4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr. | 2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr. |
| 4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92. | 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr. |
| 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014. | 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966. |
| 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. | 8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr. |
| 6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr. | 4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5. |
| 7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr. | 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. |
| 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr. | Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr. |

Die Theorien von Keynes versuchen zu beweisen, daß es möglich ist, innerhalb des Kapitalismus Krisen und Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Diese Theorie der bürgerlichen Ökonomie legte Keynes insbesondere in seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) dar. Beeinflußt von diesen Theorien wurde in den USA beispielsweise die Politik des „New Deal“ nach der Weltwirtschaftskrise, aber auch in der Regierungszeit der Politik der Labour-Partei in Großbritannien. Bestimmte Theorien zu Beginn der SPD-Regierung in der BRD, wie auch heute der Regierung Mitterands in Frankreich bzw. Papandreu in Griechenland, sind von diesen Thesen beeinflusst. Vom Grundsatz her — und damit zuerst einmal im Gegensatz zu den Theorien eines Milton Friedmanns — erkennt Keynes einen offensichtlichen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise — nämlich die insbesondere in Krisenzeiten mangelnde kaufkräftige Nachfrage nach Konsumtions- und Produktionsmitteln, im Verhältnis zur Produktionsmöglichkeit dieser Güter.

Seine Erklärungsversuche dafür bleiben aber an der Oberfläche bzw. verfälschen im Kern diesen unlöslichen Widerspruch der kapitalistischen Produktion. Er behauptet, daß die mangelnde Nachfrage nach Konsumtionsmitteln in der Sparneigung — und damit der Psyche der Menschen — bedingt sei. Die mangelnde Nachfrage nach Produktionsmitteln erklärt er aus einem schwächer werdenden Interesse der Kapitalisten, ihre Kapitalien in den verschiedenen Wirtschaftszweigen anzulegen, weil die „Rentabilität des Kapitals“ im allgemeinen absinke.

Im Gegensatz zu den Ideologen des „freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte“, wie sie zur Zeit in Großbritannien an der Macht sind, fordert er eine größere Staatsverschuldung, zur Tötung von Investitionen, überhaupt eine größere Nachfrageschaffung durch den Staat.

Sieht man sich nun die in den verschiedenen „Memoranden“ gemachten Aussagen über Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik an, erkennt man sehr schnell, daß auch die „Alternativen“ in die gleiche Richtung gehen. Sowohl von ihrer Ursachenanalyse der kapitalistischen Krisen, von den Methoden ihrer Bekämpfung wie schließlich auch von den Perspektiven her, die sie anzubieten haben.

Zur Analyse der Krisenursachen

„Die Hauptthese lautet: Die aufgrund der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse vorgegebene strukturelle Machtüberlegenheit der Unternehmer befähigt sie zur Aneignung einer so hohen Profitsumme, daß die damit aufgebauten Produktionskapazitäten wegen der verbleibenden, zu geringen Konsumnachfrage nicht rentabel ausgelastet werden können, weswegen weitere Investitionen unterbleiben.“ (Memorandum 78). Oder an anderer Stelle: „Unzureichende effektive Nachfrage ist also das entscheidende Moment.“ (für die Arbeitslosigkeit etc. — Red.) (Memorandum 79)

Zusammengefaßt lautet die Erkenntnis der Alternativen Wirtschaftswissenschaftler also: Es mangelt an Nachfrage, deshalb gibt es die Krisen, die Arbeitslosigkeit etc.

Zumindest jenen unter den Memorandumleuten, die der DKP angehören, und sich damit

(Teil I)

Welche Grundlagen hat das Memorandum „Alternativen der Wirtschaftspolitik“

Seit mehreren Jahren veröffentlicht eine Gruppe von Wissenschaftlern „in gewerkschaftlicher oder politischer Praxis“, deren selbsterklärtes Ziel es ist, sich „für die Erstellung, Verbreitung und Durchsetzung von Konzepten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit (zu) engagieren“, Memo-

als Kommunisten verstehen, sollte man empfehlen, das Marxsche „Kapital“ einmal wieder zur Hand zu nehmen. Marx stellte dort fest:

„Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen. Andere Konsumarten als zahlende kennt das kapitalistische System nicht, ausgenommen die sub forma pauperist (= Konsumart der Armen) oder die des „Spitzbuben“.“

Marx hat im „Kapital“ deutlich herausgearbeitet, was die eigentlichen Ursachen für diesen Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion sind. Da er das in großer Klarheit formuliert hat, wollen wir die entscheidenden Punkte einfach zitieren:

„Man muß es nie vergessen, daß die Produktion dieses Mehrwerts (...) der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist. Man darf diese daher nie darstellen als das, was sie nicht ist, nämlich als Produktion, die zu ihrem unmittelbaren Zweck den Genuß hat oder die Erzeugung von Genußmitteln für den Kapitalisten. (...) Die Gewinnung dieses Mehrwerts bildet den unmittelbaren Produktionsprozeß. (...) Aber mit dieser Produktion des Mehrwerts ist nur der erste Akt des kapitalistischen Produktionsprozesses, der unmittelbare Produktionsprozeß beendet.“

(...) Nun kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse (...) muß verkauft werden. Geschieht das nicht oder nur zum Teil oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehen, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten, kann (...) mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein.

(...) Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft, noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. (...) Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. (...) Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von

Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Störungen und Krisen des Produktionsprozesses. (...) Dasselbe zeigt sich in der Überproduktion von Waren, der Überfüllung der Märkte.

Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach der Stufenleiter der Produktion einrichten, nicht umgekehrt, so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränk-

ten zur Wirtschaftspolitik. In diesem Artikel soll beurteilt werden, von welchen Grundlagen diese sich selbst als „Keynesianisch beeinflussen“ bezeichneten Alternativen ausgehen, wie sie vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus einzuschätzen sind.

abschiedeten wirtschaftspolitischen Forderungen der KPD die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für notwendig halten, ergibt sich von der Seite der politökonomischen Analyse aus dem oben Genannten.

In der Auseinandersetzung über die Frage, kann es so weiter gehen oder nicht, muß die Partei das Problem: Kann der Kapitalismus reformiert werden — im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, oder ist es notwendig die Produktionsverhältnisse grundlegend umzuwandeln, klar stellen und beantworten.

Abstimmungs- und Steuerungsprozesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung etabliert werden, durch die eine demokratische Ermittlung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse ebenso gewährleistet wird wie der effiziente Einsatz der Ressourcen zu ihrer Befriedigung unter humanen Produktions- und Lebensbedingungen. Rahmenplanung und Investitionslenkung sind die beiden zentralen Instrumente dieser notwendigen neuen Abstimmung; die Vergesellschaftung marktbeherrschender Unternehmen und wichtiger Schlüsselbereiche der Wirtschaft ist die materielle Basis, auf der die wirtschaftliche Entwicklung zu-



Die Arbeitslosigkeit ist im kapitalistischen Staat nicht abzuschaffen. Im Gegenteil: der kapitalistische Staat tut alles, um die Krisenfolgen auf die Werktätigen abzuladen. Nur der Kampf der Arbeiterklasse kann hier mildernde Wirkung haben!

Weder durch das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte à la Thatcher, noch durch „linke“ Theorien über die Reformierbarkeit des Kapitalismus ist der Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu lösen, sondern nur über revolutionären Kampf aller Werktätigen unter Führung des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang wollen wir im folgenden auf die Staatstheorie der Memorandum-Gruppe und ihre grundsätzliche Perspektive eingehen, die sie angeben. Danach wird in einem dritten Abschnitt Stellung genommen zu ihren praktischen Vorschlägen als Alternative zur SPD/FDP-Wirtschaftspolitik. (Dieser Teil folgt im nächsten „Roten Morgen“.)

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft

Hören wir, was die Memorandum-Gruppe selbst dazu sagt:

„Es müssen längerfristig aufgrund der Begrenztheit der keynesianischen Beschäftigungspolitik und der anhaltenden Krisentendenzen alternative

verlässig gelenkt werden kann. (...) In vielen Bereichen (...) besitzt der derzeitige Staat nicht oder nicht mehr die Durchsetzungsmacht, um private Kapitalinteressen dringend gebotenen gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen.“ (Memorandum 78)

„Demokratisierung der Wirtschaft ist daher ein vorrangiges Erfordernis, wenn die Wirtschaft wieder zum Instrument der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse gemacht werden soll... Wenn die wirtschaftlichen Prozesse in diesem Sinne demokratisiert werden, verringert sich auch die Kluft zwischen Bürger und Staat, die bei vielen Menschen zu einer verständlichen Skepsis gegenüber der demokratischen Potenz des Staates an sich und der Veränderbarkeit bestehender staatlicher Strukturen geführt hat (...) gegen einen Staat, der aufgrund des ihn prägenden Einflusses der Kapitalinteressen in einen Gegensatz zu den Bürgern geraten ist. (...) Staatliche Institutionen stehen nicht an sich auf der einen oder anderen Seite in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern sie handeln in dieser Auseinandersetzung und in diesem

Spannungsverhältnis.“ (Memorandum 79)

Wie bei dieser Einschätzung — Analyse kann man diese Einschätzung des bürgerlichen Staates ja nicht nennen — zu sehen ist, taucht an keiner Stelle eine Klarlegung auf, daß der Staat ein Herrschaftsinstrument einer Klasse über eine andere ist, sondern es scheint, als schwebte der Staat über den Klassen, sei nur — leider — unter den Einfluß einer starken Gruppe in der Gesellschaft, der der Kapitalisten geraten, und daraus müsse er — unter anderem durch eine Demokratisierung der Wirtschaft (Mitbestimmung, Rahmenplan etc.), durch eine andere Gruppe, die abhängige Beschäftigten — wieder befreit werden.

Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus, steht die Frage des kapitalistischen Staates allerdings anders. Lenin hat in seiner Schrift „Staat und Revolution“ diese Ansichten glänzend zusammengefaßt. Ausgehend von den Analysen von Marx und Engels wies er nach: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. (...) Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen „Ordnung“, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft...“

In seiner Auseinandersetzung mit den Opportunisten macht Lenin deutlich, daß: „Wer nur den Klassenkampf anerkennt, der ist noch kein Marxist, der kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken, heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein- (und Groß-) Bourgeois. (...) Der Opportunismus macht in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Tatsache halt, vor der Periode des Sturzes der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung.“

Soweit wichtige Ergebnisse der Analyse Lenins.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir erwarten nicht, und dies soll auch nicht kritisiert werden —, daß die Memorandum-Gruppe in ihren aktuellen Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik seitens einer theoretisch fundierten Staatstheorie darlegt. Wer aber — wie zumindest ein beträchtlicher Teil dieser Gruppe — sich als Marxist, mancher als Kommunist versteht, kann eigentlich Staatstheorien wie die zitierten, nicht vertreten. Gleichgültig, ob er es besser weiß oder nicht, damit werden Illusionen über den bürgerlichen Staat verbreitet. Damit in Verbindung steht und fällt aber auch das gesamte theoretische Konzept von dem — auch von führenden DGB-Funktionären — vertretenen Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“.

(Im nächsten „Roten Morgen“: Über die „Wirtschaftsdemokratie“ und die aktuellen Vorschläge im Memorandum 81.)

Betriebsbesetzung bei VDM abgebrochen

IGM-Bonzen halfen die Kampffront zu spalten

Zugeständnisse beim Sozialplan / Erhalt der Arbeitsplätze nicht erreicht

FRANKFURT. — Acht Tage nach dem Beginn der Betriebsbesetzung bei VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke) in Frankfurt-Heddernheim wurde der Kampf abgebrochen. Die IGM-Ortsverwaltung einigte sich mit den VDM-Bossen auf einen Sozialplan. Es ist den Bossen und Bonzen gelungen, mit diesem Sozialplan die bis dahin geschlossen kämpfende Belegschaft zu spalten und den Widerstand gegen die Stilllegung des Werkes mit seinen 1700 Beschäftigten zunächst abzuwürgen.

Wie wir im letzten „Roten Morgen“ berichteten, war die Belegschaft von VDM am Montag, dem 26. Oktober, spontan in den Streik getreten und hatte den Betrieb besetzt. Anlaß für den Ausbruch des Kampfes war das provokatorische Verhalten der VDM-Bosse, die sich sogar geweigert hatten, über ein von der IGM vorgelegtes Konzept für einen Sozialplan zu verhandeln.

Die Besetzung und der Streik fanden gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung und der Betriebsratsspitze von VDM statt. Die spontan begonnene Aktion aber festigte sich und auch die Drohung der VDM-Kapitalisten mit sofortiger Schließung des Werkes und Entlassung der gesamten Belegschaft konnten die Kampffront nicht erschüttern.

Im Gegenteil. Zunehmend spürte die kämpfende Belegschaft ihre eigene Stärke. Dazu trug auch eine mächtige Welle der Solidarität bei, die den Kollegen aus Frankfurt entgegen schlug.

In den meisten der zahlreichen Solidaritätsbekundungen, die die Betriebsbesetzer erreichten, kommt zum Ausdruck, daß die Aktion der VDM-Belegschaft als ein konsequenter Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze bzw. zur Verhinderung der für Ende März kom-

menden Jahres angekündigten Stilllegung des Werkes verstanden wurde.

Die Ortsverwaltung der IG Metall aber sabotierte den Kampf der VDM-Belegschaft von Anfang an. Sie dachte nicht daran, sich eindeutig hinter den Streik und die Besetzung zu stellen. Vor allem aber lehnte sie die

Erhaltung der Arbeitsplätze als Kampfziel ab.

Der Sozialplan, auf den sich die IGM-Bonzen eine Woche nach Beginn der Betriebsbesetzung mit den VDM-Kapitalisten einigten, ist eindeutig als Mittel zur Spaltung der Belegschaft konzipiert. Erhebliche Zugeständnisse werden darin nur den

älteren Kollegen gemacht, die nun weit größere Abfindungen erhalten, als die Kapitalisten ursprünglich zugestehen wollten.

Die Spekulation dabei war die: die älteren Kollegen sind zum einen weniger kampfbereitschlossen als die jüngeren; zum anderen aber mag ein Kollege, dessen Rentenalter bereits in greifbare Nähe gerückt ist, sich eher mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes abfinden, als ein jüngerer Kollege, der unter den heutigen Bedingungen sogar fürchten muß, nach seiner Entlassung zu Dauerarbeitslosigkeit verurteilt zu sein.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die IGM-Bonzen bewußt diese spalterische Funktion des ausgehandelten Sozialplans im Auge hatten!

Nachdem am Montag um die Mittagszeit der Betriebsratsvorsitzende Heinrich Leister das Verhandlungsergebnis am besetzten Haupttor bekanntgegeben hatte, kam es unter den anwesenden Belegschaftsmitgliedern zu erregten Debatten darüber, ob man es annehmen oder ob man den Kampf weiterführen und an der Verteidigung der Arbeitsplätze festhalten sollte. Besonders jüngere Kollegen und auch ausländische Kollegen wollten weiterkämpfen.

Von rechtswegen hätte in dieser Situation eine Streikversammlung für alle Belegschaftsmitglieder einberufen werden müssen, auf der das Verhandlungsergebnis diskutiert und durch Abstimmung demokratisch über Annahme bzw. über die Weiterführung des Kampfes hätte entschieden werden müssen.

Die IGM-Bonzen und der

Betriebsratsvorsitzende jedoch dachten gar nicht daran, eine solche demokratische Entscheidung herbeizuführen! Dies obwohl von einer Reihe der am Tor anwesenden Belegschaftsmit-

glieder genau eine solche Versammlung gefordert wurde. Es ging den Bonzen einzig und allein darum, die Besetzung so schnell und so sicher als nur möglich abzuwürgen!

VDM-Kollegen eine Woche ganz vorne im Kampf

Nach dem Ende der Betriebsbesetzung verteilte die Frankfurter Ortsgruppe der KPD ein Flugblatt bei VDM, in dem abschließend der Kampf der Kollegen eingeschätzt und Lehren daraus abgeleitet werden. Unter anderem heißt es in dem Flugblatt:

„Während der Besetzung schlug sich die Presse in der BRD über den großartigen Kampf der VDM-Belegschaft weitgehend aus. Das war nicht etwa zufällig so, nein, das hatte seine Gründe. Die Unternehmer wußten genau um die Bedeutung dieser Besetzung. Denn in vielen Fabriken in der BRD planen und führen sie bereits dasselbe durch, was sie bei VDM veranstalten.“

Eine Woche lang stand die VDM-Belegschaft aus dem kleinen Heddernheim an der Spitze des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der BRD. Die Unternehmer hatten große Angst, daß das Beispiel VDM Schule macht. Und gerade darin hatte die Chance der VDM-Belegschaft gelegen. Unter der Forderung „Erhalt der Arbeitsplätze“ hätte sich zunehmend ein gemeinsames Handeln mit den Kolleginnen und Kollegen vieler anderer bedrohter Fabriken bewerkstelligen lassen.“

Daß es vorerst noch nicht zur Verteidigung der Arbeitsplätze ausgereicht

hat, liegt nicht an der Belegschaft. (...)

Es muß die Frage erlaubt sein, warum die Ortsverwaltung sowie gewisse Betriebsräte sich im Falle von VDM (aber auch Adler) auf den Sozialplan eingelassen haben, ohne überhaupt den Versuch zu unternehmen, wirklich wirkungsvolle Aktionen zur Verteidigung der Arbeitsplätze einzuleiten?!

Es muß die Frage erlaubt sein, warum die Ortsverwaltung sowie gewisse Betriebsräte es von Anfang an sabotiert haben, daß VDM und Adler gemeinsam kämpfen?!

Es muß die Frage erlaubt sein, warum die Ortsverwaltung sowie gewisse Betriebsräte es von Anfang an sabotiert haben, daß VDM und Adler gemeinsam kämpfen?!

Es muß die Frage erlaubt sein, warum die Ortsverwaltung sowie gewisse Betriebsräte — als die VDM-Belegschaft kämpfte — keinerlei nennenswerte Aktionen der Frankfurter Metallbetriebe zur Solidarität ankurbelte?!

(...) Es kann als gesichert angesehen werden: Hätte die IGM ihre ganze Macht ausgespielt, die ganze gewerkschaftliche Kampfkraft mobilisiert —, die VDM-Belegschaft hätte den Kampf um die Arbeitsplätze nicht verloren! Und nicht nur die VDM-Belegschaft!...



Elefantenhochzeit der Stahlkonzerne

Milliarden aus Steuergeldern für Arbeitsplatzvernichtung?

BOCHUM/DORTMUND. — Die Fusion zwischen Hoesch und Krupp Stahl gilt inzwischen als beschlossene Sache. Ob es möglicherweise sogar mit dem bundeseigenen Stahlkonzern Salzgitter eine Ehe zu dritt geben wird, ist noch nicht entschieden. Auf jeden Fall dient das Zusammengehen der Stahlriesen in erster Linie dazu, eine noch radikalere Arbeitsplatzvernichtung möglich zu machen, als sie ohnedies bereits im Gange ist. Dafür will die Regierung den Fusionspartnern als Belohnung auch noch Steuergelder in Milliardenhöhe in den Rachen werfen.

Um den Weg für die Elefantenhochzeit an der Ruhr frei zu machen, soll zuerst die niederländisch-deutsche Stahlehe zwischen Hoovogens und Hoesch (Estel-Konzern) geschieden werden. Die Bereitschaft dazu soll inzwischen bei Estel gegeben sein. Wie es in Zeitungsberichten heißt, soll der Beherrschungs- und Verlustübernahmevertrag zwischen den beiden Partnern bis zum Jahresende aufgelöst werden. Damit kann dann die Hoesch Werke AG als Ganzes in die geplante neue Gesellschaft Ruhrstahl AG eingebracht werden.

Das Ausmaß der durch die Fusion Hoesch und Krupp Stahl bedingten zusätzlichen Arbeitsplatzvernichtung ist gewaltig. Aus bisherigen Berichten und Verlautbarungen ergibt sich, daß zum Beispiel in Bochum die Rohstahlkapazität um mehr als die Hälfte von gegenwärtig 1,4

Millionen Jahrestonnen auf 0,6 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert werden soll. Desweiteren drohen Stilllegungen und Produktionsverlagerungen vor allem bei Krupp-Rheinhausen und bei Hoesch im Siegerland. Die Bereiche Gesenkschmieden, Walzstahlhandel, betriebliche Verwaltung, Forschung und Entwicklung, Rechnungswesen sowie der komplette Ein- und Verkauf sollen konzentriert und zusammengefaßt werden.

Bei einer Fusion unter Ein-schluß von Salzgitter wäre der Arbeitsplatzvernichtungseffekt natürlich noch größer. Vor allem bei Salzgitter selbst würde es zu einem massiven Abbau kommen. Aber auch bei Hoesch und Krupp würde zusätzlich eingespart. In einer betrieblichen Kurzinformation der RGO-Betriebsgruppe Hoesch wird darauf hingewiesen, daß es durch die Dreierfusion von der

technischen Seite her möglich wird, binnen zwei Jahren zwei der drei Dortmunder Standorte der Hoesch-Hüttenwerke, Union und Phönix ersatzlos zu schließen!

Den Beteuerungen der Bosse von Hoesch und Krupp, die bisherigen „Sanierungskonzepte“ in den beiden Stahlunternehmen würden durch die Fusion nicht verschärft, sind völlig unglaubwürdig. Denn der entscheidende Nutzeffekt der Fusion für die Kapitalisten besteht ja gerade im zusätzlichen Abbau von Produktionskapazitäten und in optimalen Rationalisierungsmöglichkeiten.

Von den insgesamt 70000 Beschäftigten der beiden Konzerne sollen nach den bisherigen Verlautbarungen im Zuge der Fusion allein in den kommenden fünf Jahren rund 15000 „eingespart“ werden! Auf längere Sicht droht der Abbau von

30000 Beschäftigten! Und für diese Kahlschlagpolitik, die zu einer galoppierenden weiteren Verschärfung der mit gegenwärtig 8,1 Prozent bereits alarmierend hohen Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet führen wird, hat die Bundesregierung auch noch eine Belohnung in Milliardenhöhe ausgesetzt! Geht es nach den Wünschen der Stahlbarone von Krupp und Hoesch, so soll der Bund 4,5 Milliarden Mark an Zuschüssen und Bürgschaften an den neuen Großkonzern zahlen!

Die IGM-Führung hat auch in diesem Fall gegen die Konzernpläne keine grundsätzlichen Einwände erhoben. Zwar reden die IGM-Führer allgemein und unverbindlich darüber, daß Subventionen an die Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen gebunden werden müßten. Das bleiben jedoch fromme Sprüche. Die IGM-Führer lassen gleichzeitig den Dingen freien Lauf. Der Fusion zwischen Krupp und Hoesch haben sie bereits ihren Segen gegeben. Nicht den geringsten Versuch, die Arbeitsplatzvernichtung endlich zu stoppen, haben sie bislang unternommen.

Stattdessen haben diese

Bonzen bisher alle Versuche der Stahlarbeiter, von bloßen Protestaktionen zu wirkungsvollen Kampfmaßnahmen überzugehen, ebenso zielbewußt wie heimtückisch abgewiegelt und abgewürgt. So etwa am 9. April dieses Jahres in Dortmund: Die Hoesch-Arbeiter besetzten das Verwaltungsgebäude. Prompt wurden sie von den IGM-Bonzen und vom Betriebsratsvorsitzenden Kurt Schrade aufgefordert, die Aktion abbrechen und wieder an die Arbeitsplätze zurückzukehren.

Die Kritik an dieser zynischen Politik der IGM-Führung und am völligen Fehlen jeglichen Konzeptes der IGM zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze, wird stärker. Das zeigte sich zum Beispiel auf der Vertrauensleuteversammlung für die drei Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund am 22. Oktober, auf der eine Reihe von Kollegen der IGM-Führung bzw. der Dortmunder Ortsverwaltung Vorwürfe wegen ihrer Politik des Stillhaltens machten.

Noch deutlicher und schärfer waren wenige Tage zuvor Betriebsräte und Vertrauensleute von Krupp und Hoesch auf einer Stahlkonferenz der katholischen Betriebsseelsorge mit der IGM-Führung ins Gericht gegangen. Da erklärte z.B. ein Betriebsratsmitglied von Hoesch: „Die Kollegen fühlen sich von ihren eigenen Interessenvertretern genasführt. Da werden sie zuerst auf die Barrikaden geschickt, und dann wieder zu-

rückgepöfien, obwohl nichts geklärt ist“.

Auf dieser Konferenz forderten Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall „den totalen Widerstand der Belegschaften“ gegen die Rationalisierungs- und Fusionspläne der Stahlbarone. Ansonsten werde „das Ruhrgebiet zu einem Schlachthaus von Arbeitsplätzen“. Eine Formulierung, die nicht übertrieben klingt, wenn man weiß, daß schon Ende Oktober in Dortmund mit 9,3 Prozent die höchste Arbeitslosenquote des Ruhrgebiets gemeldet wurde.

Am 29. Oktober brachte die KPD eine gemeinsame Ausgabe ihrer Betriebszeitungen für Krupp/Bochum und Hoesch/Dortmund („Hammerschlag“ und „Stählerne Faust“) heraus. Darin heißt es unter der Überschrift „Stahlarbeiter an einem Strang“:

„Deshalb müssen wir uns gemeinsam wehren. Die Krupp-Kollegen in Rheinhausen haben ein richtiges Signal gesetzt. Sie haben sofort die Brocken hingeschmissen, als sie davon hörten, was bei ihnen alles dichtgemacht werden soll.“

Solange nicht neue Arbeitsplätze bereitstehen, darf keiner Stilllegung von Werken und Abteilungen zugestimmt werden. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich die gewählten Betriebsräte und Vertrauensleute an einen Tisch setzen und über gemeinsame Kampfschritte beschließen.“

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Brief des Sekretariats der Kommunistischen Jugend Deutschlands an die Mitglieder der SDAJ. Nicht veröffentlicht haben wir dabei die Teile, die sich mit der heutigen Friedensbewegung, mit der Situation in Polen beschäftigen und den abschließenden Aufruf zur gemeinsamen Diskussion. Wir glauben, daß diese Initiative der KJD auch für die Leser des „Roten Morgen“ interessant genug ist, um ihr diesen ausführlichen Raum zu widmen.

Offener Brief an die Mitglieder der SDAJ

Wie friedlich sind die Sowjets?

In der November-Ausgabe des Jugendmagazins „elan“ eröffnet die Redaktion Eurer Zeitung — und damit wohl auch Euer Bundesvorstand — eine Diskussion zu den Fragen: Wie friedlich sind die Sowjets? Kann man den Sowjets trauen? Gegen wen muß sich die Friedensbewegung richten? Auf wen kann sie zählen?

Wir begrüßen es, daß in Eurer Zeitung und in Eurer Organisation diese Diskussion geführt wird und hoffen, daß die „elan“ auch kontroverse Beiträge — so unseren Brief — abdruckt. Denn die Veröffentlichung von nur linientreuen Beiträgen, wäre mit Sicherheit eine einseitige Wiederspiegelung der Diskussion und damit undemokratisch. Ferner sollte man sich davor hüten, jeden, der die Sowjetunion kritisiert, gleich mit dem Etikett „Antikommunismus“ abzustempeln. Leider gibt es immer noch führende Vertreter Eurer Organisation, die diese Holzhammermethode bevorzugen.

Die Friedensbewegung hat uns gelehrt, daß es wichtig ist, über die Grenzen von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit hinweg, gemeinsam gegen die atomare Bedrohung und wachsende Kriegsgefahr vorzugehen. Anders wäre die große Friedensdemonstration in Bonn undenkbar gewesen. Einheit ist unsere Stärke, Spaltung der sichere Weg in die Niederlage. Und unsere Einheit in der Aktion fordert die solidarische Auseinandersetzung über strittige Fragen.

Die Lügen der NATO

Wenn wir über die Einschätzung der Sowjetunion diskutieren, so sollten wir als Ausgangspunkt festhalten, daß es Einheit zwischen unseren Organisationen und auch in der Friedensbewegung darüber gibt, daß der reaktionäre und revanchistische Hetze von führenden Politikern der CDU/CSU und NATO-Generälen, gegenüber der Sowjetunion, entschieden entgegengetreten werden muß. Die „elan“ zitiert dazu einen USA-Brigadegeneral, der sagte: „Man läßt solche Sachen, um den Bürger zu schrecken, ihn zu veranlassen, sich mit höheren Bewilligungen für die Landesverteidigung abzufinden, ja sie selbst zu abzurufen.“ — Das trifft den Nagel auf den Kopf. Die Diebe schreien haltet den Dieb, eine altbekannte Methode der Imperialisten bei der Kriegsvorbereitung. Die Friedensbewe-

gung macht dieses Spiel nicht mit, was unter anderem ja auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß wir die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen nicht als „Nach-“, sondern als Aufrüstung angreifen.

Angst vor den SS 20

Doch davon unabhängig, sieht die überwiegende Mehrheit der Friedensbewegung nicht nur in der atomaren Aufrüstung der USA sondern auch in der atomaren Aufrüstung der UdSSR eine ernsthafte Bedrohung des Friedens. „Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblocke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann“, heißt es in dem Aufruf zur Bonner Friedensdemo vom 10.10. Und dieser Aufruf wurde von über 900 Organisationen unterzeichnet, darunter auch die SDAJ.

Warum haben heute soviele Menschen Angst vor der Bedrohung des Friedens durch die Sowjetunion? — Das war nicht immer so. In der Weimarer Republik, und da gab es eine noch stärkere antisowjetische Hetze wie heute, demonstrierten Zehntausende hier in Deutschland gegen die Kriegsvorbereitung der Hitler-Faschisten gegen die Sowjetunion. „Der Krieg gegen die Sowjetunion, der jetzt durch die Länder zieht, ist ein Krieg gegen Dich, Prolet“, sang Ernst Busch in dem Lied „Der heimliche Aufmarsch“ und forderte eine breite Unterstützung in der deutschen Arbeiterklasse. Und auch Anfang der 50er Jahre, zur Zeit der weltweiten Bewegung gegen die Atombombe, war das anders. Die Sowjetunion stand fest an der Seite dieser Friedensbewegung und in den westlichen Ländern sahen zahlreiche Prominente — die keineswegs Kommunisten waren — darin eine große Unterstützung ihres Kampfes.

Das sowjetische Volk will Frieden

Die „elan“ zitiert den saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der gesagt hat, „daß die Sowjetunion das Trauma des Verlustes von 20 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg noch nicht verwunden hat.“ Bezogen auf die sowjetischen Bevölkerung ist das unbedingt richtig. Und es war ja nicht nur der Zweite Weltkrieg der unbeschreibbare Elend in

der Sowjetunion anrichtete. Nach der Oktoberrevolution gab es den Interventionskrieg von 14 Mächten gegen das damals einzige sozialistische Land auf der Welt.

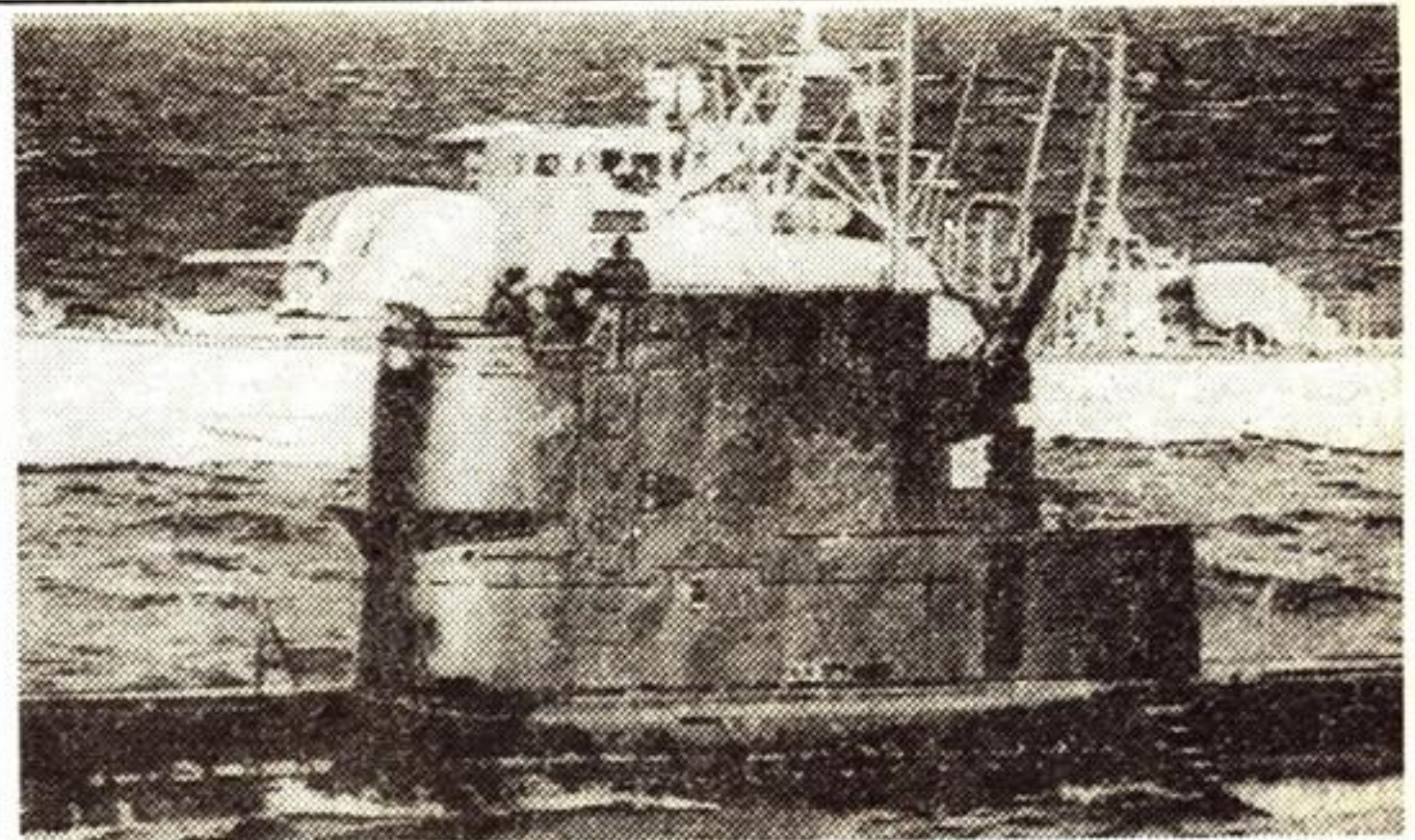
Wer heute im Fernsehen den Film „Der unvergessene Krieg“ verfolgt, der wird die aufrichtigen Gefühle der sowjetischen Menschen verstehen. Sie lieben ihr Land, sie haben es heldenhaft gegen die faschistischen Eindringlinge verteidigt, sie wollen niemals wieder Krieg, aber immer Frieden. Das sowjetische Volk steht an der Seite der Friedensbewegung in Westdeutschland, genauso wie die Bevölkerung der USA und anderer Kontinente.

Es drängt sich also die Frage auf: Verkörpert die sowjetische Regierung diese Gefühle, Sehnsüchte und Hoffnungen der sowjetischen Menschen? Oder wird in der Sowjetunion das gleiche Spiel getrieben, wie auch in der westlichen Welt, nämlich, daß die Regierung, zwar vom Volk gewählt, eine Politik gegen die Interessen des Volkes betreibt?

Wir wollen die Politik der sowjetischen Regierung daraufhin untersuchen.

Die Rüstung

Ein sozialistisches Land muß sich verteidigen. Das haben Lenin und Stalin als Führer Sowjetrußlands damals mit Erfolg getan. Sie rechneten mit Angriffen auf die Sowjetunion und bereiteten sich darauf vor. Dazu brauchten sie Waffen und eine Armee. Doch diese Waffen und diese Armee unterschieden sich grundlegend von den Waffen und der Armee, die in Hitler-Deutschland zur Führung eines Eroberungskrieges aufgestellt wurden. Ein sozialistisches Land führt keine Eroberungskrieg und deshalb braucht es nicht nur in Worten, sondern in der Praxis eine Verteidigungs- und keine Angriffsarmee. Es



Das sowjetische Spionageschiff wird aus schwedischen Gewässern entfernt — eine Antwort auf die „elan“-Frage!

Hoheitsgewässer des neutralen Schwedens ein. Heute stehen sowjetische Truppen in der DDR. Heute richtet die Sowjetunion ihre SS-20-Atomraketen auf Städte in Westdeutschland. Das hat mit der Verteidigung des eigenen Landes nichts, mit der Bedrohung anderer Länder aber alles zu tun. Das ist keine sozialistische, sondern eine imperialistische Politik.

Und Breschnew rechtfertigt diese Politik. „Was aber die Träume über die Erlangung militärischer Überlegenheit über die UdSSR angeht, so täte man besser, sie fallen zu lassen.“ (Wenn das kein Säbelrasseln ist). „Viel sinnvoller und realistischer ist es, von der Aufrechterhaltung der Parität zu sprechen, die bereits besteht und, wie die Erfahrungen zeigen, keine schlechte Grundlage für die Sicherung des Friedens bildet.“ (Breschnew-Interview, „Spiegel“ 45/81) Die gleichen Worte hören wir heute von Schmidt und Reagan, nur eben für die andere Seite. Das ist die Politik des Wettrüstens, die Theorie vom „Gleichgewicht des Schreckens“, die allerdings keine gute, sondern eine denkbar schlecht Grundlage zur Sicherung des Friedens bildet.

zum erstenmal vor, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Die Sowjetunion unterstützte den Vorschlag. Heute stellt die Friedensbewegung diese Forderung wieder auf. „Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden.“ (Bonner Aufruf)

Was sagt Breschnew? „Unsere Antwort wurde öffentlich erteilt und ich werde sie nicht voll zitieren.“ („Spiegel“-Interview) Er weiß, warum er eine ausweichende Antwort gab. Denn Ende August meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti, daß die UdSSR es ablehne sich selbst an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa, unter Einbeziehung der Kola-Halbinsel, zu beteiligen. Die Idee einer atomwaffenfreien Zone sei nicht schlecht. Doch die Beteiligung der Sowjetunion daran, werde künstlich hochgespielt.

Das sind klare Worte. Doch mitnichten die Haltung eines sozialistischen Staates. Ein sozialistischer Staat hätte die Pflicht sich an die Spitze des Kampfes für ein atomwaffenfreies Europa zu stellen. Und die Durchsetzung dieser Forderung, unter Einbeziehung des europäischen Teils der Sowjetunion, wäre ein großer politischer Erfolg und ein wichtiger Schritt zur Festigung des Weltfriedens.

Neutralität und Blockfreiheit

Ähnlich steht es mit der Forderung nach Blockfreiheit und Neutralität. Am 10. März 1952 unterbreitete Stalin den Vorschlag zur Schaffung eines vereinten und neutralen Deutschlands. Der Vorschlag wurde auch an Österreich gerichtet und dort verwirklicht. Am 4.4.49 gründete der US-Imperialismus die NATO. Am 14.5.55 antworteten die sozialistischen Länder mit der Gründung des Warschauer Paktes. Das war ein wichtiger Schritt zum Schutz ihrer Länder. Doch gleichzeitig führte die Sowjetunion einen entschiedenen politischen Kampf für die Auflösung der Militärblocke.

Heute? Die sowjetische Regierung denkt nicht im Traum daran die Forderungen nach Auflösung der Militärblocke und Neutralität, die die Friedensbewegung aufstellt, zu unterstützen. Ihre Haltung ist in diesen Fragen die gleiche, wie die der amerikanischen und westdeutschen Regierung.

Denn heute stehen wir so nahe am Abgrund eines dritten Weltkriegs, wie nie zuvor.

Atomwaffenfreie Zone

1957 schlug die polnische Regie-



kann und darf kein Interesse an einem Rüstungswettlauf mit den imperialistischen Staaten haben. — Das war die Politik der sowjetischen Regierung im zweiten Weltkrieg und der Hitler-Faschismus wurde geschlagen.

Und heute? Heute kreuzen auf dem Mittelmeer und im Indischen Ozean Kriegsschiffe der UdSSR, obwohl sie hier keinerlei Grenzen hat. Heute dringt ein sowjetisches U-Boot, mit Atomwaffen an Bord, in die

Afghanistan

Wir wären der „elan“ dankbar, wenn sie einmal erklären würde, warum 114-UNO-Mitgliedstaaten, darunter zahlreiche, die enge Beziehungen zur UdSSR haben, den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan verurteilt haben. Wenn dieser Einmarsch so eine gerechte und notwendige Sache war, mußten doch zumindest die befreundeten Staaten jubeln?

Was im April 1978 in Afghanistan begann, war weder eine bürgerlich-demokratische noch gar eine sozialistische Revolution, wie es die „elan“ behauptet, sondern schlicht und einfach ein von der Sowjetunion gesteuerter Militärputsch. Zuerst wurde der Ministerpräsident Daud durch Taraki gestürzt. Taraki wiederum mußte Amin weichen („ein guter Kommunist“ — treuer Freund der Sowjetunion“ — Prawdza). Und nur wenige Monate später wurde dieser „treue Freund“ von sowjetischen Truppen gestürzt, die der neue selbsternannte Präsident Afghanistans Karmal gerufen hatte.

Kommunisten lehnen bekanntlich Putsch und Putschismus ab, da sie von oben inszeniert, aber nicht wie eine Revolution vom Volk getragen werden. Und daß es sich in Afghanistan eben um einen vom Ausland, von der Sowjetunion unterstützten Putsch handelte, wird schonard deutlich, daß er zu keinem Zeitpunkt von den breiten Volksmassen getragen wurde, sondern deren bewaffneten Widerstand hervorrief. Und dabei spielt es keine Rolle, daß verschiedene Kräfte des Widerstandes die Unterstützung der amerikanischen und chinesischen Imperialisten fanden. Diese reaktionären Kräfte muß man vom Volk unterscheiden, dessen Widerstand eine gerechte und legitime Sache ist.

Afghanistan und Polen, der Einmarsch in der Tschechoslowakei, das alles waren keine Fehler einer sozialistischen Regierung. Die Sowjetunion behauptet, daß die Entwicklung in diesen Ländern ihre eigene Sicherheit bedroht. Solche Argumente zu hören, waren wir bisher nur vom US-Imperialismus gewohnt, der seine Sicherheit im Nahen- und Mittleren Osten gefährdet sieht, da diese von der Sowjetunion bedroht seien. Mit solch einer Argumentation könnte die Sowjetunion praktisch in jedes Land innerhalb und außerhalb des Warschauer Paktes einmarschieren. — Das ist imperialistische Eroberungspolitik!

**Sekretariat der
Kommunistischen Jugend Deutschlands
(KJD)**

Der Fall des 44-jährigen Forstmeisters Heinz Lembke erhellt beispielhaft die faschistische Szene in Westdeutschland und die Pflege, die die staatlichen Stellen ihr bis heute angedeihen lassen.

Wenden wir uns zunächst der Person zu: Wer war Heinz Lembke?

Heinz Lembke, NPD

1959 floh er aus der DDR. Seit 1962, so erklärte H.-P. Mahn, Leiter der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde, ist er als Neonazi „auffällig“. Er war nämlich Geschäftsführer des dann verbotenen Bundes Vaterländischer Jugend.

Lembke war darüberhinaus Mitglied der NPD. Und zwar bis zu seinem Tode. Er trat für diese Partei als Wahlkandidat im Kreis Uelzen an.

Kontakte hatte er zu den militanten Neonazis vom Bund Heimattreuer Jugend und zur Deutschen Bürgerinitiative des Sprengstoffattentäters und mehrfachen Mörders Roeder, einem der führenden Köpfe des Neofaschismus in der Bundesrepublik. Um nicht gegen Roeder auszusagen, nahm Lembke eine sechsmonatige Beugehaft auf sich, aus der er erst kurz vor seiner neuerlichen Verhaftung entlassen wurde; man verzichtete offenbar damit auf seine Aussagen.

Kontakte dürfte Lembke auch gehabt haben zur Wehrsportgruppe Jürgens, die im Raum Uelzen ihre Manöver abhält, und gegen die nichts unterommen wird. Ihr Leiter, Dr. Jürgens, ist der eigentliche Hintermann der Neofaschisten in diesem Raum. Über die wiederum laufen direkte Drähte zum internationalen Nazi-Terrorismus; zwei der nach der Münchner Schießerei in Belgien festgenommenen Nazis, vor allem Ernst Balke aus Celle, standen dieser Bande nahe. In der Umgebung Lembkes existiert weiter ein Kuratorium zur Förderung historischer Waffensammlungen mit sehr guten Kontakten zur Bundeswehr. Ein abgesprungenes Mitglied dieses Vereins enthüllte im März 1980 im Jugendmagazin „elan“: „Das sind Bundeswehrleute und Zivilisten. Dann gehen sie hier zum Schießplatz Reese. (Bundesweherschießplatz! - Red.) Ein Teil der Waffen wird angegeben, der andere verschwindet in der Versenkung.“ — Hier ist also auch eine der mit Sicherheit zahlreichen Verbindungen in die Bundeswehr hinein!

Und es erhärtet sich der Verdacht, daß Lembke und seine bisher unbekannten bzw. ungenannten Komplizen die gesamte Nazi-Szene der Bundesrepublik mit Waffen versorgten. Auch diejenigen, die das Oktoberfest-Attentat planten und durchführten; der direkte Bombenleger war dabei das Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, Gundolf Köhler.

Beleuchten wir nun zentrale Punkte dieses Lebensbildes etwas genauer.

NPD und Terrorismus

• Niemand kann nach dem Bekanntwerden dieser Fakten mehr leugnen, daß es eine enge Verbindung zwischen der NPD, die von den Behörden gern als „nichtmilitante Rechte“ bewertet wird und ungehindert faschistische Propaganda und Kaderwerbung betreiben darf, und den zu jedem Verbrechen fähigen faschistischen Terroristen gibt. Lembke steht für die vielfach vorhandene Personalunion dieser beiden Lager.

Läßt Bonn die Nazis weiter morden?

Der Fall Lembke wirft ein bezeichnendes Licht auf die Neonazi-Szene in Westdeutschland

HANNOVER. — Als dieser Artikel geschrieben wird, ist es genau eine Woche her, daß in Niedersachsen die erste Kiste mit Waffen und Sprengstoff gefunden wurde, die erste Kiste eines Arsenal von 88 Stück in 31 Lagern. Angelegt von Neonazis. Das größte Waffenlager, das in der Geschichte der Bundesrepublik je gefunden worden ist. Und nach den ersten schockierten Reaktionen beginnt es

Nazis und Bundeswehr

• Überdeutlich wurde die enge Verbindung der Nazis zur Bundeswehr, in der diese Banden mit Sicherheit Sympathisanten und Helfer haben. Der größte Teil der Waffen und Sprengstoffe stammte aus Bundeswehrbeständen sowie von der US-Army. Das wurde zunächst offen zugegeben, inzwischen allerdings von der Bundesanwaltschaft wieder in Frage gestellt. Am Anfang der Woche aber sagte ein niedersächsischer Kripo-Beamter noch vor der Presse: „Soviel kann man gar nicht stehlen, das muß geliefert worden sein.“ — Wie man sieht, fangen die Vertuschungsversuche von seiten höchster staatlicher Stellen bereits wieder an. Die faschistischen Aktivitäten von Bundeswehrleuten, darunter vieler Offiziere, sind natürlich auch ein peinliches Kapitel, sobald sie öffentlich werden.



Die Kripo präsentiert einige Exemplare der Mordwaffen

Kurzzeitig wurde der 34-jährige Oberfeldwebel Ludwig Schnasse, Angehöriger eines Panzerbataillons, stationiert in der Lüneburger Schlieffen-Kaserne — ein guter Bekannter Lembkes — festgenommen. Er wurde freigelassen, weil angeblich „kein dringender Verdacht“ vorliegt.

Bei den Waffen fanden sich übrigens auch Dienstvorschriften von Bundeswehr und Polizei.

Bundesweite Verschwörung

• Höchste staatliche Stellen haben bis heute, wider besseres Wissen, das enge Zusammenwirken aller militanten Nazis im Bundesgebiet geleugnet. Wo es zu Strafverfahren kam, wurden diese Verbindungen stets vertuscht. Verhandelt wurde nur gegen kleine Gruppen. Sehr beliebt ist die immer wieder auftauchende These des „fanatischen Einzeltäters“; schlimmstes Beispiel: das Oktoberfest-Attentat.

Jetzt dürfte jedem klar werden, wie sehr sich etwa Bundesanwalt Rebmann der Begünstigung faschistischer Gewalttäter

schuldig gemacht hat, als er die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen am Münchner Massaker einstellen ließ. Und wie sehr die Öffentlichkeit über die Erkenntnisse der Behörden belogen und im Unklaren gelassen wurde. Wer wußte denn bisher, daß Lembke genau im Zusammenhang mit dem Wies'n-Attentat bereits Anfang des Jahres vernommen wurde? Man fand damals bei ihm ein Magazin des Gewehrs G3 und eine Zündspule. Kurz darauf wurden die Ermittlungen wieder eingestellt. Rebmann ließ verlauten, Köhler sei allein für das Münchner Attentat verantwortlich.

Ein toter Zeuge

Lembke hat sich kurz nach seiner Festnahme erhängt, so wurde gemeldet. Er kann also nichts mehr selber aussagen. Wir wollen hier keine Kriminalgeschichte konstruieren, aber interessant sind die Umstände seines Todes schon. Vor allem, weil sie weitgehend im Dunkeln gehalten werden.

schon wieder ruhig zu werden im bundesdeutschen Blätterwald. Kaum noch eine Meldung. Bundesanwalt Rebmann hat die Ermittlungen übernommen; alles in Butter? — Im Gegenteil! Es sollte nicht ruhig, es sollte laut werden in diesem Land, lauter als je zuvor muß die Forderung zu hören sein: Legt den faschistischen Verbrechern das Handwerk!



Nicht nur mit anonymen Parolen kündigen die Neonazis neue Gewalttaten und Morde an. Bekannte Faschistenführer tun das immer wieder in aller Öffentlichkeit. Und sie rüsten sich mit den erforderlichen Waffen aus, wie der Fall Lembke erneut eindringlich beweist.

zunächst die Frage, wer den „Gegenstand, mit dem der Körper an das Gitter geschlungen“ war („Süddeutsche Zeitung“), hineingebracht hatte, hieß es später offiziell, es habe sich dabei um die Verlängerungsschnur des Radios gehandelt, das in der Zelle stand. — Wer weiß.

Im übrigen wurden zwei Haussuchungen gemeldet, die ergebnislos verlaufen sein sollen, und es soll „mehrere Festnahmen, aber keine Verhaftungen“ gegeben haben.

Die Politiker: schamlos

Interessant sind auch die Äußerungen maßgeblicher Politiker im Anschluß an die Waffenfunde. Einige davon seien hier wiedergegeben.

Niedersachsens Innenminister Egbert Möcklinghoff behauptet steif und fest, in ganz Niedersachsen gebe es nur „30 bis 33 aktive Rechtsextremisten“.

Ministerpräsident Albrecht macht es gar nichts aus, daß mit den Enthüllungen über Lembke auch die jahrelange Verharmlosung der Nazis durch die niedersächsischen Behörden ans Licht kam. Er fand gar noch lobende Worte für sich und seine Partei:

„Wir sind seit eh und je der Meinung, daß die extremistischen Aktivitäten eine potentielle Gefahr sind, auch wenn es sich dabei um nur wenige Leute handelt.“ Und er zeigte, daß er zu einem entschiedenen Vorgehen gegen rechts nicht bereit ist, besaß gar die Unverfrorenheit, auch gegen „links“ zu Felde zu ziehen: die Funde beweisen nach seinen Worten, daß „Rechts- und Linksextremisten“ offenbar „zu allen Verbrechen entschlossen“ seien. In diesem Geiste kommentierten auch einige Zeitungen. Es hieß da, der rechte Terrorismus erreiche bald das Ausmaß des „linken“. Das ist eine grobe Verharmlosung der faschistischen Verbrecher und der Versuch, die wenigen Maßnahmen gegen sie mit einem Feldzug gegen „links“ zu verbinden. Man braucht im übrigen in diesen Tagen nur nach Frankfurt zu schauen, um zu sehen, wo entgegen den Theoretisierungen der Politiker die wirklichen Schwerpunkte staatlichen Handelns und polizeilicher Aktivität liegen: in der immer brutaleren Niederschlagung demokratischer Bewegungen.

Niedersachsen ist ein CDU-regiertes Land. Da versuchen die SPD-Leute schon mal, sich „antifaschistisch“ zu profilieren. Der Abgeordnete Ravens zitierte den Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes 80/81, in dem „keine akute Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch den Rechtsextremismus“ angegeben wird. Das müßte geändert werden, forderte Ravens. Fürwahr. Damit hier aber kein falsches Bild entsteht, möchten wir daran erinnern, daß sich der gleiche Satz beispielsweise im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht findet, der unter alleiniger Regie der SPD entstanden ist. Und da ist er genauso falsch. Oder müssen in NRW auch erst noch größere Waffenlager gefunden werden als bisher schon, müssen gar hier erst weitere Menschen sterben, bevor man sich in der SPD hier ähnliche Gedanken macht? — An der Verharmlosung und

Begünstigung der Nazi-Banden haben alle Parteien Anteil. Daran ändert nichts, daß sie unter Unions-Politikern sicher den größten Rückhalt haben.

Wenden wir uns schließlich Bundesinnenminister Baum zu. Nennt Möcklinghoff für Niedersachsen die lächerliche Zahl von höchstens 33 aktiven Nazis, so erfindet Baum die womöglich noch lächerlichere Zahl von nur „150 potentiellen Gewalttätigen“ bundesweit. Baum erging sich wieder in großen Sprüchen. So hat er die „Deutsche Nationalzeitung“ als „Element der Verführung und der Förderung des Rechtsextremismus“ entdeckt, als eine „widerliche Publika-

tion“ im „Sympathisantenumfeld des Rechtsterrors“. Vorge-sehene Gegenmaßnahmen? — Fehlanzeige.

Wir selbst sind gefordert!

Es ist also wirklich so: In unserem Land kann von seiten der Neonazis passieren, was will — auf ein entschiedenes Handeln des Staates dagegen darf niemand hoffen. Jede Maßnahme gegen die Faschisten muß erzwungen werden. Wir alle sind gefordert.

Der DGB Niedersachsen hat an die Politiker appelliert, den „skandalösen Vorfall bis in die letzten Einzelheiten aufzuklären“. Das muß sicher geschehen. Ein Verbot der Nazis forderte er in diesem Zusammenhang nicht. Und das ist schlecht.

Gegen die Neonazis aktiv zu werden, das ist die Aufgabe auch jedes klassenbewußten Kollegen und Gewerkschafters. Auch im Kampf gegen die Faschisten muß die Kraft der Gewerkschaften mobilisiert werden.

Nach den Ereignissen in Niedersachsen fordern wir:

— Vollständige Aufklärung und Offenlegung aller Fakten über die Hintergründe der Waffensammlungen!

— Ermittlungen gegen Faschisten in der Bundeswehr! Sofortige Entfernung der Nazis von der Truppe und Einleitung von Strafverfahren!

— Wiederaufnahme der Ermittlungen in Sachen Oktoberfest-Attentat! Zurücknahme der offiziellen These vom Einzeltäter!

— Eingeständnis und Offenlegung aller bekannten Verbindungen innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene durch die Behörden!

— Sofortiges Verbot und vollständige Auflösung aller faschistischen Organisationen, der offenen terroristischen Banden ebenso wie der legalen Gruppen und Parteien einschließlich der NPD!

— Sofortiges Verbot jeglicher faschistischer Betätigung und Propaganda!

— Nazi-Verbrecher hinter Gitter!

Der Inhalt der Waffenlager

Waffen und Sprengstoffe

Sprengstoffe 156 Kilogramm
Sprengkörper 230 Stück
Anzündschnüre und elektrische Zünder 211 Stück
Sprengschnur 146 Meter
Sprengkapseln, darunter elektrische 2005 Stück
Minenzünder 51 Stück
Handflammpatronen ... 17 Stück
Treibladungen 23 Stück
Abfeuvorrichtungen .. 26 Stück
Panzerfäuste 50 Stück
Panzerfausttreibladungen 70 Stück
Zünder 18 Stück
Blend-, Brand-, Tränengas- und Nebelhandgranaten 158 Stück
Munition verschiedener Kaliber für Handfeuerwaffen 13520 Stück
Pistolen 3 Stück
Jagdkarabiner 2 Stück
Kleinkalibergewehre 2 Stück

Gewehr G3 1 Stück
Doppelflinten 2 Stück
Maschinenpistole 40 1 Stück
G3-Manöverpatronengeräte 2 Stück
Signalpistole 1 Stück
Signalmunition und Rauchkörper 111 Stück
Leuchtmunition 30 Stück
ABC-Schutz-ausrüstungen 3 Stück
Schußwaffenzubehör (Schalldämpfer und Mündungsdämpfer) diverse
Chemische Stoffe und Gifte
Quecksilber 500 Gramm
Schwefelsäure 1 Liter
Phosphor 1900 Gramm
Zyanalkali 50 Gramm
Arsen 19 Gramm
Strychnin 9 Gramm
Äther 500 Gramm
Schwefelkohlenstoffe 1000 Gramm



Widerstand gegen Startbahn-West geht weiter

Blutiges Bürgerkriegsmanöver in Hessen

Im Raum Frankfurt wird der Bürgerkrieg geprobt. Mit einer Brutalität, wie sie die Region in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt hat, wütet die Polizei mit Knüppeln und Giftgas für den Ausbau des Frankfurter Flughafens, für die Startbahn West, für die Startbahn der US-Luftwaffe.

„Ich möchte die Bürger noch einmal zur Gewaltlosigkeit aufrufen!“ — das ist die ständig wiederholte Formel Holger Börners, der für dieses Vorgehen verantwortlich zeichnet. Ein anderer bemerkenswerter Ausspruch von ihm lautet: „Ich kann den Bürgern nur raten, sich so zu verhalten, wie die Verfassung es ihnen vorschreibt.“

Spitzel und Provokateure werden unter die Startbahngegner im Flörsheimer Wald geschickt. Von dubiosen Molotow-Cocktails ist die Rede, als man die Niederreißung des zweiten Hüttendorfes, für die man keinerlei auch nur vorgebliche rechtliche Handhabe hatte, begründet. „Die Polizei

Am Montag, den 2.11.81 wurde ziemlich überraschend das Hüttendorf gegen die Startbahn West von zwei Hundertschaften Polizei besetzt und vernichtet. Die Bürgerinitiative gegen die geplante Startbahn löste sofort über die Telefonketten einen Großalarm aus. So kamen in kurzer Zeit ca. 2000 Startbahngegner in den Wald. Die Menge wurde mit der Zeit immer größer; vormittags waren viele Schüler zu sehen, später kamen die Leute aus den Betrieben dazu. Es herrschte große Empörung über die Vorfälle, zumal sie kurz vor der Abgabe der Unterschriften für das Volksbegehren auftraten. Auch das wasserrechtliche Verfahren ist noch nicht endgültig abgeschlossen.

Im Wald bildeten die Demonstranten einen Ring um die Drahtverhaue der Polizei. Dort wurden sie wahllos aus Wasserwerfern und mit Tränengasgranaten beschossen. An einigen Stellen wurden auch die Knüppel kräftig benutzt. Fazit dieses Tages: ca. 100 Verletzte, davon einige Dutzend Schwerverletzte (Schädelbrüche u.ä.).

In verschiedenen Städten im näheren Umkreis bildeten sich spontan Protestkundgebungen und Demonstrationen. In Frankfurt wurde der Hauptbahnhof besetzt. Die Polizei konnte erst nach ca. einer Stunde mit der Räumung beginnen, weil sie die Beamten erst zusammenziehen mußten.

Auch in Wiesbaden und Rüsselsheim gab es Demonstrationen.

In Darmstadt rief die Bürgerinitiative zu einer Kundgebung mit anschließender Demonstration für 22.00 Uhr auf. Zunächst versammelten sich auf dem Luisenplatz 500 bis 600 Personen. Eine Sprecherin der BI berichtete aus ihrer Sicht über die Vorfälle des Tages. Inzwischen war die Menge auf ca. 1.500 bis 2.000 angewachsen, die dann mit Fackeln und eini-

gen Transparenten durch Johannisterviertel und Martinsviertel zogen. Die KPD beteiligte sich an dieser Demonstration ebenfalls. Im Laufe des Marsches durch die Stadtviertel schlossen sich noch viele Bürger dem Zug an. Beim Abschluß auf dem Marktplatz waren zwischen 3.000 und 5.000 Menschen auf den Beinen.

Während des Marsches fiel auf, daß keinerlei Polizeibeamte zu sehen waren. Offensichtlich waren die Staatsbeamten derart mit dem Einsatz im Flörsheimer Wald beschäftigt, daß keine Streifen für die Demonstration abgezogen werden konnten.

An diesem Abend führte sogar die Katholische Kirche in Darmstadt eine spontane Messe für die Startbahngegner durch. Sie wurde mit Lautsprecherwagen propagiert.

Mit dem Fackelzug in der Nacht zum Dienstag wurden die Protestaktionen aber nicht abgeschlossen. Am Dienstag morgen besetzten Darmstädter Schüler eine Straßenkreuzung. Auch das Polizeiquartier am Marktplatz wurde umlagert. Die BI hatte einen Stand in der Fußgängerzone aufgebaut, der regen Zuspruch fand.

Im Flörsheimer Wald begannen die Startbahngegner mit dem Bau von neuen Hütten außerhalb der Umzäunung. Der Kampf muß weitergehen! Kampf dem Polizeiterror! Keine Startbahn für den Krieg! Rot Front!

J., Darmstadt

Liebe Genossen!

Heute, am 4.11. fand in der Technischen Hochschule (TH) in Darmstadt eine Studentenversammlung zum Thema Mittelkürzungen und Startbahn statt. Beschlossen wurde, Aktionstage dagegen durchzuführen, und zwar zeitlich im Einklang mit den von der VDS vor-

muß sich wehren.“

Der demokratische Bürgerwille wird dem Polizeistaat geopfert. Daß ein Volksbegehren gegen die Startbahn läuft, ist für die Politiker in Hessen nicht von Interesse. Vielmehr wollen sie vollendete Tatsachen schaffen, denn sie wissen, daß die Bürger der betroffenen Region gegen die Startbahn sind, selbst die Basis ihrer eigenen Parteien. Die Verfassung, die Börner benutzt wie einen Knüttel gegen Demokraten, ist für ihn selber völlig belanglos. Er ist ein Minister für Profite und Kriegspläne.

Aber der Widerstand geht weiter. Bis heute ist kein Tag vergangen, an dem nicht der Protest auf die Straße getragen worden wäre.

Wir veröffentlichen im folgenden zwei Volkskorrespondenzen, die Eindrücke von dem Widerstand geben.

geschlagenen Aktionen, falls es uns ins Konzept paßt; ansonsten kündigte der Präsident an, daß wegen Geldmangel (die Kohlen können nicht bezahlt werden) evtl. die TH demnächst dichtgemacht wird. Deswegen wurde weder der Termin, noch die genauere Art der Aktionen entschieden, da in den einzelnen Fachschaften noch Vollversammlungen stattfinden sollen.

Beschlossen wurde auch die Einberufung eines Koordinationstreffens mit GEW, Gewerkschaftsjugend, Schülervertretung, anderen Studentenvertretungen, Elternvertretungen etc., um möglichst bald zu gemeinsamen Aktionen zu kommen und um von daher die ständigen Spaltungsversuche der Landes- und Bundesregierung bei ihren Einsparungen abwehren zu können.

Auch gegen die Startbahn West wurde eine Resolution verabschiedet, mit dem Zusatz, daß der Rücktritt von Börner und Hoffie gefordert wurde.

Anschließend formierte sich spontan eine Demonstration von etwa 500 Leuten gegen den Bau der Startbahn West und das brutale Vorgehen der Polizei bei den Räumungsaktionen. Auf dem Luisenplatz in der Innenstadt fand eine Kundgebung mit ca. 700 Leuten statt.

Die Aktionen reißen nicht ab. Heute abend um 20.00 Uhr soll es wieder welche geben (wir schicken Berichte, wenn's interessant wird). Für Freitag ist eine Demo in Darmstadt geplant, und für Samstag eine in Walldorf (der am meisten betroffenen Gemeinde), für die bundesweit (!) von der BBU mobilisiert wird.

Zur Lage im Wald:

Auf dem Startbahngelände wird das Klima immer härter. Von Gewaltlosigkeit ist im Grunde auf keiner Seite mehr die Rede. Die Zustände sind bürgerkriegsähnlich: Es kommt hin und wieder zu Überfällen

vereinzelter Polizeitrupps auf einzelne Startbahngegner oder -gruppen. Der Widerstand der Startbahngegner wird zunehmend militanter, und auch die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften steht der Gewalt jetzt anders gegenüber als noch vor einer Woche.

Inzwischen hat die Polizei alle Zufahrtswege zu dem umstrittenen Waldstück abgeriegelt, das man jetzt nur noch querfeldein erreichen kann. Die Polizei bemüht sich, alles, was an Baumaterial für ein neues Dorf, an Helmen, Gasmasken und Werkzeug herangeschafft wird, vorher abzufangen, und hat zu diesem Zweck auch schon Beschlagnahmungsüberfälle auf einzelne Hütten unternommen. Die Polizeispitzel und Zivilbulen treten immer ungenierter gruppenweise zwischen den Besetzern auf; einige wurden entlarvt, von den Besetzern festgenommen. Daß man sie ohne Hose zurückgeschickt hat, ist bislang allerdings unbestätigt...

Heute kam es auch zu einem Überfall auf eine Versammlung von Startbahngegnern innerhalb der Ortschaft (Walldorf) selbst. Dabei wurden auch Wasserwerfer mit Giftgas eingesetzt.

Interessant ist auch, daß bei dem Überraschungsangriff der Polizei auf das Dorf (d.h. das Besetzerdorf im Wald) am Montag morgen das Telefonnetz der Gemeinde Walldorf stillgelegt war, so daß die Telefonalarmkette erst Stunden später in Gang kam. (Zusammenarbeit von Post und Polizei ist ja sonst nichts neues, aber immerhin...)

Insgesamt kann man sagen, daß in der ganzen Region die Erkenntnis sich durchsetzt, daß man einer Staatsmacht gegenübersteht, die sich an dieser Stelle ebenso verhält, wie es von einer Faschistenregierung zu erwarten wäre.

Gruß
Friedrich,
Darmstadt



Politisches Kabarett RATTE & SCHMEISSFLIEGE

Das politische Kabarett-Duo RATTE & SCHMEISSFLIEGE hat wieder mal ein ärztliches Kunstfehlerprodukt ausgeschwitzt. Diesmal wird die Bevölkerung mit einer Kassette bedroht. Es ist dieses ein 60-Min.-Livemitschnitt von einem Auftritt am 25.7.81 im Hamburger Kulturkeller „FOOLSGARDEN“.

Im Direktverkauf aus der Hand an den Kulturverbraucher streicht dieses Ungeziefer 8,— DM pro Kassette ein. Bei Versand werden 10,— DM einschl. Verpackung und Porto berechnet (als Schein oder Briefmarken beigelegt, Eurocheck pi pa po). Achtung! Begrenzte Auflage, da alles wie immer im Eigen- und Selbstverlag.

Bestellungen an R. Hoffmann, Bergedrofer Straße 10, Haus 4, 2050 Hamburg 80, Tel.: (040) 738 1975. Bei Bestellungen ab 5 Stück 10 Prozent, ab 20 Stück 30 Prozent Rabatt.

Liebe „Roter-Morgen“- Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60.— DM 30.—

Die Abg.-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

40. Jahrestag der Partei der Arbeit Albaniens

„Unsere Partei wurde im Feuer des Kampfes geschaffen“

Am vergangenen Sonntag ging in Tirana der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens zuende. Am gleichen Tag jährte sich zum 40. Mal die Gründung der PAA, die sich am 8. November 1941 unter dem Namen KP Albaniens konstituiert hatte. In diesen 40 Jahren hat die PAA unter der Führung Enver Hoxhas eine Reihe unvergleichlicher Erfolge erringen können.

In seinem jüngst erschienenen Erinnerungsbuch „Als die Partei entstand“ schrieb Genosse Enver Hoxha: „Unsere Partei wurde im Feuer des Kampfes geschaffen, um voll und ganz in den Dienst des Kampfes gestellt zu werden, um die Führung des Volkes zu übernehmen und es mit ihrer korrekten Linie klug und tapfer zum endgültigen Sieg zu führen.“

amerikanischen und britischen Imperialisten.

Gestützt auf diese marxistisch-leninistische Linie konnte die Partei das albanische Volk nicht nur siegreich im Befreiungskampf gegen die italienischen und später die deutschen Faschisten führen, sondern nach dem Sieg auch die Volksmacht verteidigen und konsolidieren. Es gibt für diesen histo-

an. Die antiimperialistische und demokratische Revolution mußte zu Ende geführt, die kapitalistischen Verhältnisse mußten vollständig liquidiert und die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden. All das vollzog sich unter sehr schwierigen Bedingungen, die nicht nur von der erbten tiefen Rückständigkeit des Landes herrührten, sondern auch in der Tatsache wurzelten, daß die internationale Reaktion sofort nach der Bildung der Volksmacht in Albanien ihre Versuche aufnahm, diese Volksmacht zu untergraben und schließlich zu stürzen.

All die schwierigen Aufgaben, die ihr nach der Schaffung der Diktatur des Proletariats gestellt waren, hat die PAA glänzend gelöst. Heute verfügt Albanien über eine moderne auf den Rohstoffen des Landes beruhende Industrie, über eine entwickelte sozialistische Landwirtschaft, die in der Lage ist, die Ernährung der Bevölkerung mit eigenen Produkten vollständig sicherzustellen. Während die kapitalistische und revisionistische Welt immer tiefer im Sumpf der Krise versinken, gibt es in Albanien eine kontinuierliche und planmäßige Entwicklung der Wirtschaft (in den letzten fünf Jahren stieg beispielsweise die industrielle Produktion um 34 Prozent an). Während die werktätigen Massen im Kapitalismus immer schwerer unter den Lasten der Krise zu leiden haben, kennen die Menschen im sozialistischen Albanien weder Arbeitslosigkeit, noch Inflation, Steuern oder Sozialabbau, sondern im Gegenteil nur eine ständige Vermehrung des Wohlstands.

Ein besonderer Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist die Tatsache, daß der jetzt abgeschlossene Fünfjahrplan abschließend auf die eigenen Kräfte gestützt verwirklicht wurde. Damit setzt Albanien konsequent die von jeher befolgte Linie der Wahrung seiner Unabhängigkeit fort und gibt dadurch ein Beispiel, daß auch ein kleines Land mit einer rückständigen ökonomisch-technischen Basis eine eigene entwickelte Wirtschaft aufbauen und seine Un-

sich dabei stets auf das Volk, seine Kraft und seine schöpferischen Fähigkeiten stützte. Dabei ging sie immer von dem Bewußtsein aus, daß die Beziehungen zwischen Partei und Massen ständig weiter revolutioniert werden müssen.

Die PAA hat niemals die faulen Theorien vom Erstehen des Klassenkampfes akzeptiert, sondern im Gegenteil den kompromißlosen Kampf gegen alle bürgerlich-revisionistischen Einflüsse geführt. Nicht mit administrativen Maßnahmen, sondern eine ständige Entfaltung der proletarischen Demokratie. Gerade im Kampf gegen den Revisionismus auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene, in der Entwicklung eines Systems von Maßnahmen, daß die reale Beteiligung der werktätigen Massen an der Leitung des Landes garantiert, hat sich die PAA unsterbliche Verdienste erworben, hat sie Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus bereichert.

Die Bedeutung der weiteren Festigung der Einheit zwischen Partei und Massen hob Genosse Enver Hoxha auch in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 8. Parteitag der PAA hervor. Er sagte: „Die Parteiarbeit ist in erster Linie Arbeit mit Menschen, Arbeit für ihre Erziehung, Aufklärung, Mobilisierung und Organisation. Das darf niemals vergessen werden, sonst entfernt sich die Partei von ihrer Hauptaufgabe und wichtigsten Funktion, von ihrer führenden Rolle, verwandelt sich in einen operativen Organismus und übernimmt staatliche Funktionen. Das ist eine große Gefahr für eine Partei, die an der Macht ist. Diese Gefahr haben wir beizeiten bekannt gemacht, um ihr Aufkommen niemals zu dulden.“

Die unbesiegbare Kraft unserer Revolution und der sozialistischen Gesellschaftsordnung beruht auf den Volksmassen, auf ihrem hohen politischen Bewußtsein, auf ihrer Bereitschaft und Entschlossenheit, den Sozialismus aufzubauen und zu verteidigen. Das ist ein reiches Werk der Partei; dieses Werk muß die Partei durch ihre ideologische, politische und organisatorische Arbeit konsolidieren und unaufhörlich vorantreiben.

Die Parteiorganisationen und alle Kommunisten müssen daher unbedingt mit den Massen verschmelzen und unermüdlich mitten unter ihnen arbeiten, die moralisch-politische Lage gut kennen, über die Probleme, die die Massen beunruhigen, immer auf dem laufenden sein, die Massen über die Situation aufklären und sie von der Wirklichkeit der gestellten Aufgaben überzeugen, ihnen die Direktiven der Partei und die Gesetze des Staates klarmachen. Von den Kommunisten und Parteiorganisationen wird verlangt, die Massen mit der kommunistischen Weltanschauung und Moral zu erziehen, jedes Überbleibsel und jede fremde Erscheinung zu bekämpfen, sich um ihr Wohlergehen zu kümmern, das Schöpferum und die Initiative der Massen zu fördern und zu unterstützen, die Massen zu mobilisieren und in Aktionen zu werfen, um die Wirtschaft, die Kultur und die Verteidigung des Vaterlandes zu festigen.“



Ernst Aust auf dem 7. Parteitag der PAA

Delegation der KPD auf dem 8. Parteitag der PAA

TIRANA. — Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens nahm eine Delegation unserer Partei, bestehend aus den Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, und Horst-Dieter Koch, Mitglied des Politbüros, am 8. Parteitag der PAA teil.

Anwesend auf dem Parteitag waren auch Delegationen der folgenden Parteien und Organisationen: Kommunistische Partei Brasiliens, Partei der Arbeit des Iran, Kommunistische Partei Japans (Linke), Kommunistische Partei Neuseelands, Revolutionäre Kommunistische Partei Britanniens (ML), Kommunistische Partei der Arbeit der Dominikanischen Republik, Marxistisch-Leninistische Partei Ecuadors, Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, Kommunistische Ghadar Partei Indiens, Kommunistische Partei Kolumbiens (ML), Kommunistische Partei Mexikos (ML), Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), Kommunistische Partei Spaniens (ML), Kommunistische Partei Togos, Marxistisch-Leninistische Bewegung „Proletarische Aktion“ Chile, Kommunistische Partei Vietnams, Kommunistische Partei Dänemarks (ML), Organisation zur Gründung der KP Schwedens, Kom-

munistische Partei Kanadas (ML) und Kommunistische Partei Dahomeys.

Der 8. Parteitag der PAA wurde am 1. November von Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, eröffnet. Enver Hoxha, Erster Sekretär des ZK der PAA, trug den „Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens“ vor. Die Werktätigen im ganzen Land verfolgten den Bericht über Radio und Fernsehen, die eine Live-Übertragung eingerichtet hatten. Der „Rote Morgen“ wird in der nächsten Ausgabe ausführlicher über den Parteitag und vor allem über den vom Genossen Enver Hoxha abgegebenen Rechenschaftsbericht schreiben.

Genosse Ernst Aust trug vor dem Plenum des Parteitags die Grußadresse der KPD vor, die auf der folgenden „Roter-Morgen“-Seite im Wortlaut abgedruckt ist.



Enver Hoxha während des Nationalen Befreiungskrieges

Tatsächlich vollzog sich die Gründung der Partei, an der Enver Hoxha als Leiter der früheren Kommunistischen Kräftegruppe in Tirana entscheidenden Anteil hatte, unter Bedingungen, die durch eine äußerste Zuspitzung des Klassenkampfes gekennzeichnet waren. Das albanische Volk mußte sich eines mächtigen Feindes erwehren: Der italienische Faschismus hatte in Albanien sein blutiges Besatzerregime errichtet.

In ihrem unmittelbar nach der Parteigründung ausgearbeiteten Kampfprogramm gab die PAA die richtige Antwort auf die Erfordernisse des Klassenkampfes. Die wesentlichen Punkte dabei waren: Der Zusammenschluß des ganzen Volkes in der Antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront; die Organisierung der Nationalen Befreiungsarmee, um die Voraussetzungen zu schaffen, aus eigener Kraft das Besatzerregime im bewaffneten Kampf zu vernichten; die Verbindung des Kampfes für die Befreiung mit dem Kampf für den Sturz sowohl der Besatzungsmacht wie auch der Macht der einheimischen herrschenden Klassen; die Bildung von nationalen Befreiungsräten unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei als Keime einer künftigen Volksmacht; der entschlossene Kampf gegen jede Form der Teilung dieser Macht mit der Bourgeoisie und gegen die Einmischungsversuche der

rischen Sieg sicher eine ganze Reihe von Ursachen. Wesentlich war aber wohl die Tatsache, daß die KPA schon als junge Partei die Qualitäten eines wahrhaft bolschewistischen Führungsstabs aufwies. Sie erklärte von vornherein die Festigung ihrer Verbindungen zu den Massen zur erstrangigen Aufgabe, sie



Das neue Albanien hat eine entwickelte sozialistische Wirtschaft aufgebaut.

verband von Anfang an ihre kommunistische Agitation mit der revolutionären Aktion, sie verwirklichte stets die vollständige Einheit zwischen Wort und Tat der Partei (wobei auch das persönliche Vorbild, das die Kommunisten im Kampf gaben, nicht unterschätzt werden darf), und die Partei führte vom Tag ihrer Gründung an einen kompromißlosen Kampf um ihre ideologische und organisatorische Einheit.

Der Sieg im Nationalen Befreiungskampf bedeutete natürlich nicht das Ende des Kampfes der Partei. Neue komplizierte Probleme standen zur Lösung

abhängigkeit gegenüber dem Imperialismus verteidigen kann.

Genosse Enver Hoxha, der nun seit 40 Jahren an der Spitze der Partei der Arbeit Albaniens steht, hat immer wieder darauf hingewiesen, daß der Schlüssel für die grandiosen Erfolge beim sozialistischen Aufbau in Albanien zu suchen ist in der ständigen Einheit zwischen Partei und Volksmassen.

Diese Einheit gründet auf der Tatsache, daß die PAA in allen Perioden ihrer Geschichte die Fähigkeit bewies, den Marxismus-Leninismus korrekt auf die jeweiligen konkreten Bedingungen anzuwenden, daß sie

10 Jahre Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft

Freundschaftsfest

Dortmund-Barop
Parkhaus Barop, Stockumer Straße 241
21. November, Einlaß ab 16 Uhr

Vorprogramm mit Reisefilmen, Ausstellungen, Essen und Trinken (mit albanischen Spezialitäten)

Grußwort der Gäste aus Albanien, Rede von Peter Platzmann, Vorsitzender der DAFG
Rede von Max von der Grün, Schriftsteller
Albanische Lieder und Tänze, vorgeführt von der Gruppe „Blinkfüer“

Anschließend Tanz und Unterhaltung

Eintritt: DM 2, — im Vorverkauf bei der DAFG und DM 3, — an der Abendkasse

Grußadresse der Sektionsleitung DDR an den 8. Parteitag der PAA

An den
Genossen Enver Hoxha

An das
Zentralkomitee der
Partei der Arbeit Albaniens

An die Delegierten des
8. Parteitages der
Partei der Arbeit Albaniens

Liebe Genossinnen und
Genossen,

in einer Zeit der größten Bedrängnis und schärfsten politischen Verfolgung entbietet die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR dem 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und dem gesamten albanischen Volk ihre revolutionären Kampfgrüße. Wir wünschen den Beratungen der Delegierten einen vollen Erfolg, damit die Sozialistische Volksrepublik Albanien weitere Siege beim Aufbau eines wahrhaften Sozialismus erzielen kann. Nicht nur das albanische Volk kann stolz sein auf die bisherigen Erfolge bei der Festigung der Diktatur des Proletariats, sondern die klassenbewußten Arbeiter auf der ganzen Welt blicken mit berechtigtem Stolz auf Euer Land.

Wir, Genossinnen und Genossen der KPD in der DDR, leben in einem Land, dessen Führung von sich behauptet, auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu haben. Dabei ist die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel schon lange in die Gewalt einer Funktionärschicht übergegangen, die sich vollständig vom Volk getrennt hat. Die Produktion wird nach kapitalistischen Kriterien in der DDR organisiert, und der gesamte staatliche Überbau hat sich in ein reaktionäres Machtinstrument verwandelt.

Seit fast sechs Jahren arbeiten wir Kommunisten in der DDR in tiefer Illegalität und konnten Verbindungen in der gesamten Republik aufbauen und verstärken. Vor genau einem Jahr konnten die Staatssicherheitsbehörden durch einen Zufall im Zusammenhang mit einer Plakatklebeaktion zwei unserer Genossen verhaften. In der Folge wurden weitere acht Genossen und Freunde unserer Partei in der DDR durch die Schergen des Staates ihrer Freiheit beraubt. Kommunisten werden in der angeblich sozialistischen DDR für ihr Streben nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Den Genossen Manfred Wilhelm und Andreas Bort-

feldt drohen Freiheitsstrafen von über 15 Jahren.

Die Klassenbewegungen in Polen haben auch die herrschenden Kreise in der DDR nervös gemacht. Die politische Unterdrückung des Volkes in der DDR wird verschärft. Die minimalsten demokratischen Rechte fehlen uns, wir haben es mit einer sozialfaschistischen Diktatur zu tun.

Trotz schärfster Verfolgung setzen wir in tiefer Illegalität unsere Arbeit fort und finden dabei die selbstlose Unterstützung unserer Genossen aus der Deutschen Bundesrepublik. Obwohl unsere Grenze mit Mauer und Stacheldraht fast unüberwindlich ist, werden wir von unseren Genossen im Westen mit all den notwendigen Dingen versorgt, die in der DDR, ohne daß man sich beim Staatssicherheitsdienst verdächtig macht, kaum zu bekommen sind.

In unserer Situation sind die deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana eine große Hilfe für uns. Für diese große Unterstützung in unserem Kampf möchten wir uns deshalb bei den albanischen Genossen besonders herzlich bedanken.

Leider können wir in diesen festlichen Tagen nicht persönlich unter Euch weilen. Doch in Gedanken sind wir in diesen Tagen besonders eng mit dem albanischen Volk, seiner Partei der Arbeit und dem Genossen Enver Hoxha verbunden. Der Marxismus-Leninismus gibt uns die Kraft und die Möglichkeit, über alle Ländergrenzen hinweg, in einer gemeinsamen Front für unser gemeinsames Ziel, den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus auf der ganzen Welt, zu kämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Kämpfer in der DDR sind sicher, daß dieser 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens einen weiteren Meilenstein bei der Schaffung einer befreiten Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung darstellen wird. Trotz des Verrats der modernen Revisionisten aller Schattierungen und damit verbundener zeitweiliger Rückschläge wird die Sache des Kommunismus auf der ganzen Welt triumphieren!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Es lebe der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens!

**Es lebe das albanische Volk, seine
Kommunistische Partei mit dem
Genossen Enver Hoxha an der
Spitze!**

Berlin, Hauptstadt der DDR
den 20. Oktober 1981

Mit kommunistischen
Grüßen, Leitung der
KPD in der DDR



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD und Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär der PAA, bei einer Begegnung im Jahr 1974

Grußadresse des ZK der KPD an den 8. Parteitag der PAA

An den
Genossen Enver Hoxha

An das
Zentralkomitee der Partei der
Arbeit Albaniens

An die
Delegierten des 8. Parteitages der
Partei der Arbeit Albaniens

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

ich freue mich, Eurer ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, anlässlich ihres 8. Parteitages und des 40. Jahrestages ihrer Gründung, die herzlichsten, brüderlichen Kampfgrüße der Kommunistischen Partei Deutschlands, der revolutionären Arbeiter der deutschen Bundesrepublik überbringen zu dürfen. Unser Gruß gilt darüberhinaus dem ganzen so heroischen albanischen Volk.

Fünf Jahre ist es her, als wir als Delegation zum 7. Parteitag Eurer Partei hier unter Euch weilten. Seitdem ist viel Wasser den Drin hinuntergeflossen, haben sich viele Dinge — wie der Verrat, die Sabotage der chinesischen Revisionisten an den Beziehungen zu Eurem Land — ereignet. Und schauen wir uns die Reihen der ausländischen Delegationen an, so fehlt so mancher, der noch auf dem 7. Parteitag Eurer Partei heuchlerisch von Freundschaft zum sozialistischen Albanien sprach.

Wahre Freundschaft äußert sich nicht in Lobbudeleien, im zum Munde reden, wahre Freundschaft äußert sich in der Tat. Wahre, tiefe, offene, aufrichtige Freundschaft, wie sie unsere Parteien verbindet, kann nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gedeihen. Und seid versichert, wir, die deutschen Kommunisten, werden im Kampf um den Sozialismus, die proletarische Weltrevolution, immer fest an Eurer Seite stehen.

Blickt man die 40 Jahre des Wirkens Eurer kommunistischen Partei zurück, wie hat sich Euer Land verändert: von der Petroleumlampe zur Elektrifizierung des letzten Dorfes, von

den Wassermühlen zu den mächtigen Wasserkraftwerken, von der Herstellung von Filz zur Erzeugung verschiedener Stahlsorten, vom Holzpflug zur Herstellung eigener albanischer Traktoren. Heute ist die albanische Wirtschaft generell imstande, den zunehmenden Bedarf des Volkes und der inneren Akkumulation ohne ausländische Hilfe und Kredite zu decken und die erweiterte sozialistische Reproduktion zu gewährleisten.

Doch ist es das nicht allein. Ohne den neuen Menschen, die Erziehung der Werktätigen im Sinne des Marxismus-Leninismus, die Überwindung alter Sitten und jahrhundertalter Fessel des Aberglaubens hättet Ihr diese Erfolge nicht erreichen können. Ein Beispiel: Ich las da vor kurzem ein Buch „Sprichwörter der Völker“. Und was stand da unter Sprichwörtern aus Albanien: „Es steht der Frau nicht gut an, den Mund zu öffnen, außer beim Essen.“

Wie lange ist das her. Heute öffnen Eure Frauen sehr wohl den Mund — nicht nur beim Essen. In den Fabriken, in der Verwaltung, auf dem Land, hier auf dem Parteitag, auch wenn die Zahl der Delegierten noch nicht fünfzig zu fünfzig ist. Junge Kommunistinnen wachsen heran. Übernehmen Verantwortung. Werden Minister. Ohne die albanischen Frauen, die im Kampf fest an der Seite der Männer stehen, wäre der Aufbau des Sozialismus nicht möglich. Ihnen, den albanischen Frauen, den Genossinnen Eurer Partei, gilt unser besonderer Gruß.

Groß waren die Schwierigkeiten Eures Landes in der vergangenen fünf Jahren. Die Sabotage der chinesischen Revisionisten richtete Schaden an. Dennoch gelang es Euch, die Hauptaufgaben des 6. Fünf-

Jahres-Plans zu erfüllen, so daß Ihr jetzt vor der Möglichkeit steht, den neuen Fünf-Jahres-Plan vollständig gestützt auf die eigenen Quellen und die schöpferischen produktiven Kräfte des Volkes zu erfüllen.

Während die kapitalistische Welt des Westens und die staatskapitalistische des Ostens immer tiefer in die Krise gerät, während die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit, Not und Verelendung wachsen, schreitet Ihr unbeirrt beim Aufbau des Sozialismus voran. Die modernen Revisionisten reden ständig von der Spitze im technischen Weltniveau, die sie erreichen wollen. Spitze sind sie im Schulden machen bei den Kapitalisten im Westen. Weltspitze aber seid Ihr: Im Verhältnis zwischen höchsten und niedrigsten Löhnen von 2 zu 1, als Land ohne Steuern, der kostenlosen Gesundheitsfürsorge etc. Während bei Euch die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt, inzwischen auf 70 Jahre, ist sie bei uns im Sinken begriffen. Natürlich nicht bei allen. So beträgt die Lebenserwartung

der Pfaffen bei uns 80 Jahre, wohingegen die Arbeiter nur ein durchschnittliches Lebensalter von noch nicht einmal 62 Jahren erreichen.

Unsere Partei hat sich in den vergangenen fünf Jahren gefestigt. Der Aufbau der Massenorganisationen macht Fortschritte. Zunehmend hat sich die Partei in den Betrieben verankert und greift erfolgreich in die Klassenkämpfe des Proletariats ein sowie in den Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr. Unbeirrt verteidigt sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen die Angriffe der modernen Revisionisten, führt einen entschiedenen Kampf gegen sie, denn ohne die Arbeiterklasse dem Einfluß der Revisionisten zu entziehen, kann die sozialistische Revolution nicht erfolgreich sein.

Unbeirrt kämpft die Partei auch für die Einheit der deutschen Nation in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. Keine Macht der Welt kann auf die Dauer verhindern, daß sich ein Volk, eine Nation, mit gleicher Sprache, Kultur und Geschichte, sofern es dazu gewillt ist, in einem einzigen Staat zusammenfindet. Das gilt bei uns wie auch anderswo auf der Welt.

Was Euer Land auszeichnet, ist die Gemeinschaft seiner Menschen, die absolute Solidarität. Während es bei Euch heißt: Einer für alle, alle für einen, ist das Motto des Kapitalismus, jeder gegen jeden, alle gegen alle. Zwei Jahre ist es her, als ein Erdbeben große Teile Nordalbanien zerstörte und knapp fünf Monate später keine Spur mehr davon. Neue Häuser, neue Dörfer, während in Jugoslawien, in Italien Erdbebenopfer noch nach Jahren in Baracken und Notunterkünften haus-

ten. Kein Erdbeben, keine Einkreisung, kein Boykott, keine Drohung der Imperialisten vermögen das sozialistische Albanien zu erschüttern. Fest wie Eure Berge stehen Partei und Volk. Unerschütterlich trägt die Partei der Arbeit das Siegesbanner des Marxismus-Leninismus den Arbeitern, den Werktätigen aller Länder voran. Fest und unerschütterlich stehen wir an Eurer Seite im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen die Revisionisten aller Schattierungen, für den Sieg der proletarischen Weltrevolution.

**Es lebe das albanische Volk und
seine ruhmreiche Partei der
Arbeit!**

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Rrofte shoku Enver Hoxha!

Dortmund, Oktober 1981

Kommunistische Partei
Deutschlands,
Zentralkomitee
i.A. Ernst Aust

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Hinter einem Schwall von schönen Worten:

Breschnews versteckte Drohungen

„Spiegel“-Interview: Anschauungsmaterial in sowjetischer Politik

Das großaufgemachte Gespräch, mit dem der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew seinen Besuch in Bonn im „Spiegel“ ankündigte, ist eine Art zusammenfassendes Anschauungsmaterial über die heutige Politik der UdSSR. Hinter einem ganzen Schwall nicht näher ausge-

Und genau deshalb ist das Gespräch auch typisch für die Politik der Moskauer Imperialisten. Sie versuchen in ihrer Taktik stets, ihr Prestige, das sie in linken und pazifistischen Kreisen aufgrund der sowjetischen Vergangenheit noch genießen, voll auszunutzen.

Es ist eine Tatsache, daß dieses Vorgehen oft schwerer zu durchschauen ist, als das der Vereinigten Staaten von Amerika. So, wenn Überfälle auf andere Staaten als Hilfe für progressive Kräfte dargestellt werden, wo zur gleichen Zeit die USA der äußersten Reaktion zu Hilfe eilen. So auch, wenn von der Notwendigkeit der Abrüstung gesprochen wird, wo zur gleichen Zeit die USA von der Notwendigkeit der Aufrüstung sprechen.

Wobei zu unterstreichen ist, daß die Werktätigen unseres Landes sich von dieser Propaganda weitaus weniger beeinflussen lassen als eben linke

neuen Träger sei geringer. Originalton Breschnew: „Daraus folgt, daß im Prozeß des Austauschs veralteter Raketen die Gesamtzahl der uns zur Verfügung stehenden Träger zurückging und sich gleichzeitig die Gesamtstärke unseres nuklearen Mittelstreckenpotentials verringerte.“

Mit anderen Worten: Die Stationierung der SS-20-Raketen ist eigentlich ein Schritt zur Abrüstung. Abgesehen davon, daß aus den USA in bezug auf Cruise Missiles schon Ähnliches zu hören war, muß Breschnew, müssen seine Nachbeter, die diese Äußerungen nun wohl breit veröffentlichen werden, die Menschen der Bundesrepublik wohl für dümmer halten, als es selbst die hiesige Polizei erlaubt.

Immer davon ausgehend, daß die von Breschnew erwähnten Zahlen und Fakten stimmen, bleibt doch als inzwischen fast allgemein bekannt festzu-

führter Vorschläge, ständiger Friedensbeteuerungen und zahlreicher Bemerkungen über die US-amerikanische Hochrüstungspolitik stecken, gut verpackt, harte und brutale Drohungen eines imperialistischen Großmachtpolitikers.

nen. Und drittens bleibt zu bemerken, daß das, was hier großartig versprochen wird, schon bisher stets unmöglich war. Weil ein einseitiger atomarer Überfall an der öffentlichen Weltmeinung, der Möglichkeit tiefer politischer Krisen, die damit heraufbeschworen würden, gescheitert ist.

Und schließlich erwähnt er vage die Möglichkeit, daß bei einer Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Nordeuropa auch auf sowjetischem Gebiet Möglichkeiten bestünden, über die — vielleicht — geredet werden könnte. Im Vergleich zu der klaren Haltung der offiziellen Kommuniqués der UdSSR, die eine Beteiligung der Halbinsel Kola an einer solchen Zone entschieden ablehnten, bleibt dies ein leeres Versprechen.

Interessenbalance — für wen?

Neben dieser sehr sonderbaren angeblichen sowjetischen Abrüstungsbereitschaft in Gegenwart und Zukunft zieht Breschnew auch eine Bilanz vergangener Verhandlungen und ihrer Ergebnisse. Er zieht daraus Schlußfolgerungen darüber, wie er kommende Verhandlungen sieht. In diese Verhandlungen will er ja eben die oben beschriebene „Abrüstungsbereitschaft“ einbringen.

Dabei beweist gerade seine Würdigung des von der Reagan-Regierung abgelehnten SALT-II-Vertrags, welche Auffassung von sogenannter Abrüstung Breschnew vertritt.

„Der fertiggestellte Vertrag spiegelt eine exakt ausgemessene Interessenbalance beider Seiten wider, alles war wie auf der Präzisionswaage eines Apothekers abgemessen. Eben deshalb war der Vertrag für beide Seiten akzeptabel.“

Natürlich spekuliert er auch hier wieder mit der Bereitschaft

der UdSSR, die Zahl ihrer Träger etwas zu verringern. Ohne sich über die Zahl der Sprengköpfe auszulassen. Daß dieser Vertrag sowohl die Entwicklung neuer als auch die Modernisierung alter Typen von Raketen erlaubte, also mit irgendwelcher Abrüstung nichts zu tun hat, wird von ihm lediglich in dem Zusammenhang erwähnt, auch



Sowjetische Soldaten üben Kampfangriff mit chemischen Waffen — Verteidigung des Friedens?

dafür sei ein Rahmen gesetzt worden.

Es handelt sich bei solchen Verhandlungen wahrlich nicht um Abrüstung, sondern ganz richtig, um einen Interessenausgleich — und zwar zwischen zwei bis an die Zähne hochgerüsteten imperialistischen Staaten. Demzufolge wird auch stets, auch in Breschnews „Spiegel“-Interview die Frage der Parität, des atomaren Patts als Verteidigungskonzept in den Mittelpunkt gerückt.

Den Gedanken an eine einseitige Abrüstung im Keim ersticken, die Militärdoktrin des — möglichst absoluten — Gleichgewichts des Schreckens zur Voraussetzung von Ver-

handlungen zu machen, das ist eine typisch imperialistische Vorgehensweise. Nicht die Fähigkeit, einen Gegenschlag zu führen als Ziel, sondern einen gleichartigen Gegenschlag vorzubereiten — das ist Imperialistenlogik. Und genau diese Logik vertritt Breschnew bis ins letzte Detail. Noch nicht einmal aus der Ferne klingt die Möglichkeit an, mit Schritten zur einseitigen Abrüstung einer weltweiten Friedensbewegung entscheidende Impulse zu geben, den politischen Kampf um die Erhaltung des Friedens voranzubringen. Dies, was untrennbarer Bestandteil einer sozialistischen Friedenspolitik wäre, liegt Breschnew fern. Er spricht eben als Vertreter einer imperialistischen Großmacht, der mit der gleichartigen Gegenseite eine Balance ihrer Interessen aushandeln will.

eine völlig überflüssige Waffe — unterstreicht er nun auch die Bereitschaft, sie einzusetzen.

Und, wenn Reagan von einem auf Europa begrenzten Atomkrieg spricht, so gibt Breschnew unmißverständlich zu verstehen, daß er sich an solch eine Begrenzung nicht halten wird.

Ein Schritt zur Sicherung des Friedens mag solch eine Drohung an die Völker der Welt für jenen Utopisten sein, der nicht glauben mag, daß Imperialisten bereit sind, ihr eigenes Land in einen Atomkrieg einzubeziehen. Aber genauso wie — ersichtlich — die westdeutschen Imperialisten zu solch einem Schritt bereit sind, werden es auch die US-amerikanischen sein. Für sie ist das keine Drohung, nur für die Völker der Welt.

Am konkretesten aber auch bei Breschnew, seine Drohung gegen die Bundesrepublik. Ein Gegenschlag auf breiter Fläche sei notwendig, wenn es zum Krieg komme. Mit anderen Worten: Wenn es zu einer Auseinandersetzung der Imperialisten kommt, ist Breschnew bereit, einen großen Teil Deutschlands zu vernichten, denn die UdSSR ist es ja, die diese auf Raketen auf breiter Front abschießen würde. Einmal abgesehen davon, daß Breschnew die bewiesene Tatsache bestreitet, daß sowjetische Raketen in der DDR stationiert sind. Diese Drohung zeigt doch die ganze Wirklichkeit der angeblichen sowjetischen Friedenspolitik. Man will mit Einschüchterungen, Drohungen und leeren Versprechungen das gegnerische Lager aufweichen, um so die eigene imperialistische Politik fortsetzen zu können. Man ist bereit, Deutschland — beide deutsche Staaten — zum Schlachtfeld eines Krieges zwischen den beiden imperialistischen Blöcken zu machen.

Diese, weitaus weniger versteckt als früher geäußerten Drohungen Breschnews stellen das sowjetische Gegenstück zur Rüstungshysterie der NATO dar. Daß sie zunächst etwas anders klingen als die Töne aus dem Pentagon hat seinen Grund in der erwähnten andersgearteten Taktik der sowjetischen Imperialisten. Aber hinter allem Friedenspalaver wird sichtbar als je zuvor, daß beide imperialistischen Supermächte bereit sind, für ihre Ziele einen Atomkrieg zu entfachen.

Die Vernichtungsdrohung

Dementsprechend steht am Ende die Drohung mit Vernichtung. Wenn alles nicht so geht, wie Breschnew will, dann wird Europa in den atomaren Feuersturm gestürzt. Wenn man die sowjetische Rolle als Weltpolizist nicht anerkennen will, dann sollen die Völker dafür büßen.

„Einige wenige Neutronenladungen genügen“, sagt Breschnew, „um alles Leben in einer Stadt wie Hamburg zu vernichten.“ Nachdem er bereits früher angekündigt hatte, auch die UdSSR werde die Neutronenbombe bauen — im Sinne einer Verteidigung ganz gewiß



Stalin unter Matrosen der Küstenflotte: „Wir brauchen keine Hochseeflotte, wir brauchen eine Küstenmarine zu unserer Verteidigung“ — die neuen sowjetischen Machthaber änderten diesen Kurs total und erbauten die zweitgrößte Kriegsflotte der Welt.

Kreise. Und zwar nicht vor allem, weil sie mehr der Propaganda der Bundesregierung glauben, sondern vor allem, weil sie Taten und Tatsachen beurteilen und nicht Worte und Erklärungen.

Und diese Taten und Tatsachen, das sind eben der Napalmkrieg gegen Afghanistan, die Panzer in Prag, die Drohungen gegen die polnischen Arbeiter. Das sind die sowjetischen Kriegsschiffe auf allen Meeren, die Militärbasen auf drei Erdteilen. Und es sind die sowjetische Atommacht, die ungeheuren Vernichtungskapazitäten die dort angehäuft sind, die auf Westeuropa gerichteten Raketen.

SS 20: Ein Schritt zur Abrüstung?

Höhepunkt dieser Beschönigung eigener aggressiver Absichten ist — im „Spiegel“-Gespräch — Breschnews Darstellung der Bedeutung der SS-20-Raketen. Zwar sei es richtig, so Breschnew, daß die SS 20 im Vergleich zu den alten SS 4 und SS 5 drei atomare Sprengköpfe tragen könne. Aber die Sprengkraft dieser drei Köpfe sei geringer als die eines Kopfes der alten Raketen. Und auch die Zahl der

halten: Die größere Treffsicherheit der neuen Raketengeneration macht tatsächlich eine gewisse Zahl von Raketen überflüssig. Die Zahl der ursprünglich für ähnliche Vernichtungsmengen nötigen Träger nimmt ab, die Zahl der atomaren Sprengköpfe nimmt zu, die Möglichkeit der Vernichtung wächst. Und ob die Sprengkraft ausreicht, drei-, vier- oder zehnmal irgendetwas in die Luft zu sprengen, bleibt für das Opfer ziemlich nebensächlich. Tatsache bleibt: mehr Sprengköpfe und größere Zielgenauigkeit ergeben ein größeres Kriegspotential — das gilt für Raketen aller Länder. So wird bei Breschnew aus Aufrüstung — Abrüstung.

Neben diesem Roßtäuschertrick führt Breschnew noch zwei Argumente an, die seine friedliebende Politik beweisen sollen. Man werde keine Atomwaffen gegen Staaten einsetzen, die ihrerseits keine solchen herstellen, anschaffen und stationieren. Das heißt zum einen, logisch gefolgert, daß alle anderen Staaten damit rechnen müssen. Das ist zum zweiten der typische Großmachtsanspruch der Imperialisten, möglichst alleine über Atomwaffen zu verfügen. Um um so mehr Kontrolle über andere Staaten ausüben zu kön-

Offensive der DKP gegen Friedensaktion

Wer spaltet die Friedensbewegung?

Die Bemühungen verschiedenster politischer Kräfte und Organisationen, sich für eine Demonstration gegen die Politik der UdSSR aus Anlaß des Breschnew-Besuchs einzusetzen, stießen auf eine breite Gegenoffensive der DKP.

Überall, wo Treffen angesetzt waren, auf denen über eine solche Aktion diskutiert wurde, trat die DKP dem entgegen. Und zwar trat sie dem offen und frontal entgegen. Mit einem Massenaufgebot an Vertretern verschiedenster Organisationen, seien sie als DKP-nahe bekannt oder nicht, seien sie zum Sprechen legitimiert oder nicht.

Ihr Hauptargument gegen eine Demonstration war, damit würde die Friedensbewegung, die Plattform der Bonner Großdemonstration gespalten, dies bedeute eine Schwächung des Kampfes für den Frieden. Stattdessen soll man, wenn es nach der DKP geht, lieber dafür eine Aktion machen, daß die Bundesregierung endlich die Abrüstungsvorschläge Breschnews ernst nehmen sollte oder ähnliches.

Nun ist es aber so, daß die Plattform der Bonner Demonstration natürlich keineswegs

ein Verbot von Demonstrationen gegen die Politik der Sowjetunion beinhaltet. Und grundsätzlich ist hervorzuheben, daß dieser Aufruf zur Bonner Demonstration auch kein Grundgesetz der Friedensbewegung beinhaltet, sondern ein Aufruf zur Aktionseinheit gegen die Aufrüstung war und bleibt.

Niemand hat dort unterschrieben, er habe keine anderen Auffassungen im Friedenskampf. Am wenigsten die DKP selbst: Denn es war ja für jeden unverkennbar, wie breit die Kritik auch an der sowjetischen Hochrüstung gerade auf der Bonner Demonstration war, was der DKP bestimmt nicht ins Konzept paßte.

Wenn aber von Spaltung im Friedenskampf die Rede ist, dann sollte man sich als Bock nicht zum Gärtner machen wollen. Es ist doch so, daß nicht zuletzt derjenige spalterisch wirkt,

der die Wahrheit verschweigt.

Und eine Friedensbewegung die zur sowjetischen imperialistischen Politik keine Stellung nimmt, nicht dagegen Stellung nimmt, wird auf zwei Arten gespalten werden, beziehungsweise sein.

Zum einen wird es eine Bewegung sein, die von der breiten Masse der Werktätigen abgespalten bleiben wird, die nicht die Worte Breschnews sondern die sowjetischen Taten beurteilt, und die sind imperialistisch und aggressiv. Zum anderen wird sie gespalten werden können von jenen, die die Verhandlungen zwischen den Kriegstreibern als einen Weg zum Frieden propagieren, die die Friedenskämpfer auf gute Worte, sei es aus Moskau oder aus Washington oder aus Bonn vertrösten wollen.

Wenn von Spaltung im Friedenskampf die Rede ist, da muß man von jenen sprechen, die die Möglichkeit der einseitigen Abrüstung von vornherein als Unding abtun, die das Gleichgewicht des atomaren Patts auf ihre Fahnen geschrieben haben, wie dies für NATO und War-

schaer Pakt beiderseits zutrifft.

Wenn also von Spaltung die Rede sein soll, dann muß man nicht zuletzt von der Politik der DKP sprechen, die jeden Zug Moskaus rechtfertigt und bejubelt und so der Reaktion passende Argumente an die Hand gibt. Einheit kann die Friedensbewegung nur herstellen, und gewinnen, wenn sie die politische Lage, die Ursache der Kriegsgefahr immer klarer sieht und öffentlich die Kriegstreiber verurteilt und dabei im eigenen Land, die eigene Regierung zur einseitigen Abrüstung, zu einseitigen Maßnahmen zwingt — und zwar hüben wie drüben.

Deshalb müssen diese Versuche der DKP, mit denen sie solche Friedenskämpfer, die noch glauben, die UdSSR sei doch irgendwo besser als die USA, einschüchtern und vom Handeln abhalten will, entschieden bekämpft werden. Denn diese Versuche sind es, die Unterstützung der imperialistischen UdSSR ist es, die den Keim der Spaltung in die Friedensbewegung trägt.

Streikkampf auf der „Ciudad de Medellin“

Ein internationaler Arbeitskampf und seine Lehren — Hamburger Genossen berichten

HAMBURG. — Sonnabend, 7. November, morgens 7.00 Uhr: die Seeleute der kolumbianischen „Ciudad de Medellin“ am Schuppen 50 nehmen ihre Arbeit auf. Sie beginnen mit dem Löschen des Schiffes.

Das ist nicht so selbstverständlich, wie es sich anhört. Denn es ist fast auf den Tag genau vier Monate her, daß ihr Arbeitstag zum letzten Mal so begonnen hatte. Die Besatzung, organisiert in der kolumbianischen Seeleutegewerkschaft UNIMAR, war damals in einen Streik getreten, einen unbefristeten Streik, um ihren elenden und unerträglichen Arbeitsbedingungen ein Ende zu setzen.

Die „Ciudad de Medellin“ war eines von 17 kolumbianischen Schiffen, die weltweit bestreikt wurden. Sie alle lagen in ausländischen Häfen, denn in ihrer Heimat herrscht seit 35 Jahren der Ausnahmezustand und jeder Streik ist dort verboten.

In Hamburg wurde bis zum 6.11. auch das Schiff „Ciudad de Manizales“ bestreikt.

Am 24.7. bereits erklärte die kolumbianische Regierung den Streik der Seeleute ausdrücklich für illegal. Die Heuer wurde nicht mehr ausbezahlt. Hohe Strafen standen den Streikenden als unmittelbare Drohung vor Augen, falls es ihnen nicht gelingen würde, die Reederei zu Zugeständnissen zu zwingen.

Hamburger Genossen haben die Seeleute mehrfach besucht und versucht, sie selbst zu unterstützen und für ihre Unterstützung zu werben. Wir haben zwei Berichte von ihnen erhalten, einen bereits vor zwei Wochen, der durch einen Fehler der Redaktion nicht im „Roten Morgen“ auftauchte.

Wir drucken Auszüge aus den Berichten ab, denn sie vermitteln anschaulich ein Bild von der Lage auf den Schiffen, von der Stimmung der Kollegen, von ihrer Kampfbereitschaft und ihrem Mut.

Über ein Gespräch am 16.10. berichten die Genossen unter anderem:

„(...) Die Schwierigkeiten sind sehr groß: besonders belastend ist für die meisten die Situation ihrer Familien in Kolumbien, die seit Streikbeginn völlig mittellos dastehen...

Die Sorgen um ihre Familien, das Wissen, das im Krankheitsfall kein Arzt bezahlt werden kann, daß die Schulden immer größer werden — all das wurde im Gespräch deutlich.

Und trotzdem, nein, gerade deswegen sind sie entschlossen weiterzukämpfen, denn sie wissen, daß die Alternative zum erfolgreichen Streik nur existenzieller Ruin oder Tod bedeuten kann.

Sie wissen, daß ihre Familien diesen Streik unterstützen, und sie berichten von den Kämpfen ihrer Frauen, die sich in Barranquilla, Buenaventura und Fali in Komitees zusammengeschlossen haben, um die Forderungen ihrer Männer und Söhne zu unterstützen.

Trotz der brutalen Unterdrückung in Kolumbien besetzten Frauen die Eingänge der „Flota Mercante Grancolombiana“ in Buenaventura, der Reederei, die sich seit zwei Jahren weigert, die Heuer der Seeleute zu erhöhen, und das bei einer jährlichen Inflation von weit über 30 Prozent, der Reederei, die zu 40 Prozent in Staatsbesitz, bisher in keinsten Weise ihrer berechtigten Forderung nach voller Krankenversicherung der Familienangehörigen nachgekommen ist. Bisher zahlt die Reederei nur 5 Prozent der Kosten im Krankheitsfall für Familienangehörige, 95 Prozent muß die Familie selbst aufbringen.

Der Forderungskatalog der Streikenden, der neben einer 50prozentigen Lohnerhöhung und der vollen Krankenversi-

cherung für die Familienmitglieder noch die Forderung nach Auszahlung der Rente zum aktuellen Dollarkurs und nicht zum offiziell vor Jahren festgesetzten Kurs beinhaltet, wurde aufgrund des am 24.7. ausgesprochenen faktischen Streikverbots aktualisiert und erweitert:

- Wiedereinstellung der bisher 48 entlassenen streikenden Seeleute, 6 davon von den hier in Hamburg Streikenden (Anfang November waren bereits 104 Seeleute entlassen — Red.).

- Keine Repression bei der Rückkehr nach Kolumbien (den Streikenden drohen hohe Geldstrafen bis 20.000 Pesos, das sind 1.000 Mark, und Gefängnis bis drei Jahre, wenn nicht gar Folter und Tod.)

„Erst dreieinhalb Monate nach Streikbeginn organisierte

sich auf der „Ciudad de Medellin“ beendeten, überreichte ich im Auftrag der Partei 50 Dollar zur Unterstützung des Streiks. Die beiden anderen Kollegen und ihre Familien hatten ebenfalls zusammengelegt und übergaben außerdem noch etliche Schachteln Zigaretten und Tabak.“

„Vielleicht haben wir eine Schlacht verloren — aber nicht den Krieg“

„Kurz nach 20 Uhr bekam ich vergangenen Dienstag (3.11.) einen Anruf von der „Ciudad de Medellin“. Mit Enttäuschung, Resignation, aber auch Wut in der Stimme berichtete J., einer

chartert, um den profitablen Kaffeehandel trotz des weltweiten Streiks weiter fortführen zu können.

„No habra un boicot“ — es wird keinen Boykott geben. Man merkte die Verbitterung und Enttäuschung in J.'s Stimme, als er mir dieses Verhandlungsergebnis mitteilte. Nur wenn die Reederei sich weigern würde, die unter anderem geforderte Straffreiheit der Streikenden zu erfüllen, und nur zur Durchsetzung dieses Punktes würde die ITF zum Boykott aufrufen, für die Durchsetzung der Streikforderungen aber würde man nichts tun, das sei Gegenstand der Verhandlungen!

„Ich komm' vorbei, noch heute abend, und werde versuchen, Kollegen aus dem Hafen zu erreichen, damit sie auch sofort von Euch informiert werden können.“ — Ich merke an J.'s Reaktion, daß dieser Vorschlag als Unterstützung, als Ausdruck meiner eigenen Empörung und Wut verstanden wird.

Nach mehreren Telefonanrufen erreiche ich einen Hafengenossen, der sofort bereit ist, mitzukommen.

„Alles leeres Gerede. Die hätten doch gleich sagen können, daß sie uns nicht unterstützen wollen.“ Für uns bedeutet Abbruch des Streiks auch, daß wir — jeder einzelne von uns — täglich sieben Dollar Verpflegungsgeld an die Reederei zurückzahlen müssen, das heißt insgesamt über 800 Dollar, mehr als vier Monatslöhne, erklärten uns die Seeleute. Die jedem Streikenden von der ÖTV überreichten 200,— DM sind angesichts der brutalen Wirklichkeit und der Tatsache, daß die Familien seit über vier Monaten keinerlei finanzielle Hilfe von ihren Männern und Söhnen erhalten konnten, nicht einmal ein Tropfen auf den berüchtigten heißen Stein. „Wir haben viel gelernt in diesem Streik“, sagen die Kollegen. „Wenn wir diesen Streik verlieren, dann liegt es nicht an uns, sondern an der nicht gewährten internationalen Solidarität durch die Organisationen der Arbeiterbewegung“ — so schwer es uns fällt, wir müssen dieser Einschätzung zustimmen. W., der Hafengelege, schildert seine persönlichen Erfahrungen mit der ÖTV. Er gehört zu den klassenbewußten und klassenkämpferischen Kollegen, die gerade aufgrund dieser Tatsache aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Solange die Führung der Gewerkschaften in den Händen von „Wir sitzen alle in einem Boot“-Vertretern liegt, solange werden nationale wie auch internationale Kämpfe immer wieder zum Scheitern verurteilt sein.

Es war kurz nach 23 Uhr, als wir uns verabschiedeten, beeindruckt von der — trotz aller Rückschläge — kämpferischen Haltung der Kollegen, die sich in der Einschätzung ausdrückte: „Es ist gut möglich, daß wir diese Schlacht verlieren, aber nicht den Krieg.“

Soweit also der Bericht aus Hamburg.

Die Schlacht ging tatsächlich verloren. Es liegt in der Verantwortung der Gewerkschaftsführungen. Darauf weisen die streikenden Seeleute in Hamburg in einer abschließenden Erklärung nachdrücklich hin. Gleichzeitig danken sie allen Organisationen und Einzelpersonen, die den Streik unterstützt haben. Sie rufen die Gewerkschaften auf, auch jetzt die Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten, um möglichen Unterdrückungsmaßnahmen begegnen zu können.

Denn der Streikabbruch erfolgte bedingungslos. Nicht ein einziges Zugeständnis wurde den Kollegen gemacht.

Deshalb halten die Kollegen auch ihren Spendenaufruf aufrecht, den wir voll und ganz unterstützen. Hier das

Solidaritätskonto:
Hamburger Sparkasse,
Bankleitzahl 200 505 50,
Kto.-Nr. 1238/538563 —
Raul Torrenegra.

Die Schiffe liegen noch einige Tage in Hamburg. Die Genossen werden die Verbindung halten. Es war noch eine Filmvorführung an Bord geplant; die Genossen hatten bereits die Vorführung des albanischen Spielfilms „Der letzte Winter“ am 30.10. organisiert. Auf einer Parteiveranstaltung zum Thema „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn“ wurden 364,02 DM für die Seeleute gesammelt.



Dieses Bild stammt von einem Flugblatt des Hamburger Solidaritätskomitees

der ÖTV die so dringend benötigte finanzielle Unterstützung und übergab am 21.10. jedem der 61 Streikenden 200,— DM — wie sich's zur Selbstdarstellung gehört, im Scheinwerferlicht der eigens dafür mobilisierten Presse!

Vielleicht erklärt sich die ÖTV jetzt dazu bereit, auch die Miete für einen der Räume im Gewerkschaftshaus zu übernehmen, damit die seit langem geplante Solidaritätsveranstaltung durchgeführt werden kann. Bisher waren die 1.000,— DM für die Saalmiete der ÖTV zuviel!

Zu Recht sehr enttäuscht und mit Unverständnis reagierten die kolumbianischen Seeleute auf die Haltung der von ihnen am 5.8. angeschriebenen Hamburger und Bundesbehörden, kirchliche und DGB-Stellen. Lediglich Herbert Wehner beantwortete in einem kurzen Brief das Schreiben der Besatzung. DGB-Chef Vetter sowie alle anderen angeschriebenen Institutionen hielten es nicht einmal für nötig, den Erhalt des Schreibens zu bestätigen, geschweige denn etwas zur Unterstützung der Streikenden zu unternehmen!

Kurz bevor wir unseren Be-

der streikenden Seeleute, von dem erst jetzt bekanntgewordenen Ergebnis der von allen mit Spannung erwarteten Sitzung der ITF (Internationaler Transportarbeiterverband) mit Vertretern der UNIMAR und einem Repräsentanten der Reederei in New York.

Nachdem auf einer Sitzung der ITF am 23.10. in Madrid „volle Unterstützung für den Streik“ verkündet worden war, hatten die Seeleute erneut Hoffnung geschöpft und erwarteten nun, daß die ITF bei einem Scheitern der Verhandlungen in New York zum weltweiten Boykott gegen kolumbianische Schiffe aufrufen würde. Denn nur dieser weltweite Boykott würde den Druck auf die Reederei ausüben können, durch den diese gezwungen werden könnte, endlich die berechtigten Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

Mit Duldung der Regierung hatte sich die Reederei nach Streikbeginn über die Bestimmung hinweggesetzt, daß höchstens zehn Schiffe (50 Prozent des eigenen Flottenbestandes) gechartert sein dürfen, und hatte 70 Schiffe zu Tagesätzen zwischen 2.000 und 5.000 Dollar ge-

Gegen 21 Uhr erreichen wir das Schiff und sitzen wenige Minuten später mit zehn der streikenden Seeleute zusammen. „Es herrscht Chaos und Unsicherheit auf den meisten Schiffen, nachdem dieses vorläufige Verhandlungsergebnis bekannt wurde. Auf zwei Schiffen wurde der Streik schon vorläufig abgebrochen“, berichten uns die Streikenden.

Sie können zwar die Resignation ihrer Kollegen nachvollziehen, die zu dieser Entscheidung geführt hat, finden sie aber falsch und hoffen, daß bei der von UNIMAR jetzt durchgeführten Urabstimmung über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks sich die Mehrheit der Streikenden für Fortführung entscheiden wird.

Die kolumbianischen Seeleute sind wütend über das Verhalten der ITF und das der ÖTV, die sich hinter den ITF-Beschlüssen verschanzt und nicht bereit ist, ohne „Befehl“ der ITF zum Boykott aufzurufen, obwohl die BRD der größte Abnehmer kolumbianischen Kaffees ist und ein Landungsboykott den Kampf der kolumbianischen Kollegen entscheidend unterstützen würde.

Tips

Sonntag, 15. November
10.30 Uhr ZDF

Kain und Artem. Dieser sowjetische Spielfilm aus dem Jahr 1929 entstand nach Motiven von Maxim Gorki.

Sonntag, 15. November,
14.45 Uhr ZDF

Kein Pardon nach Mitternacht. Dänischer Spielfilm über die Zeit der Besetzung Dänemarks durch die deutschen Faschisten: Widerstandskämpfer retten einen verletzten britischen Soldaten vor der Gestapo.

Montag, 16. November,
20.15 Uhr WDR III

Ich stelle mich: Ewald Lienen. Film über den Stürmer von Arminia Bielefeld, der sich durch kritische Ansichten — nicht nur über den Profifußball — auszeichnet.

Montag, 16. November,
21.30 Uhr WDR III

Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge über die Befreiung der Ukraine durch die vorrückenden Verbände der Roten Armee.

Montag, 16. November,
21.50 Uhr Südwest III

Der unvergessene Krieg. Die Schlacht um den Kaukasus.

Montag, 16. November,
23.00 Uhr ARD

Tarnfarben. In diesem Spielfilm aus dem Jahr 1976 beschreibt Regisseur Krzysztof Zanussi Korruption und Opportunismus im polnischen Unimilieu.

Dienstag, 17. November,
21.45 Uhr NDR III

Der Dialog. Vor seinem üblichen Machwerk „Apocalypse now“ drehte US-Regisseur Coppola diesen interessanten Film über einen Abhör-Profi und das System der totalen Überwachung. Mit Gene Hackmann.

Mittwoch, 18. November,
15.25 Uhr ARD

BRD — Albanien. Liveübertragung des WM-Qualifikationsspiels aus dem Dortmunder Westfalen-Stadion.

Mittwoch, 18. November,
19.00 Uhr ARD

Die Mila-Gass. Film von Wolf Littmann über das von den Hitler-Faschisten zerstörte ehemalige Warschauer Getto und über die Spuren, die die Besetzung durch die Nazis im Bewußtsein der heutigen Polen hinterlassen hat.

Mittwoch, 18. November,
22.05 Uhr NDR III

Der brave Soldat Schwejk. In seiner Reihe „Der Film-Club“ zeigt der NDR Jiri Trnka berühmten Puppenfilm, der einige Episoden aus dem gleichnamigen Roman von Hasek verarbeitet.

Donnerstag, 19. November,
21.45 Uhr ARD

Scheibenwischer. Dieter Hilbrandt hat angekündigt, daß er seine satirische Sendung noch aktueller gestalten will.

Das neue Programm der Schmetterlinge

„DIE LETZTE WELT“

Am Anfang sitzt da einer allein auf der Bühne am Schreibtisch und formuliert einen Brief. Ein scheinbar ganz privater Vorgang und von Persönlichem ist auch die Rede in dem, was da geschrieben wird. Doch dann, immer eindringlicher, wird von einer Sache gesprochen, die nicht nur diesen einen dort auf der Bühne berührt: von der Angst.

Nun ist ja in dem Maße, wie der von den Ideologen des Kapitals zur Schau gestellte Zweckoptimismus seine Resonanz bei den Massen verliert, die Angst zu einem Schlüsselthema geworden, beim geschwätzigen Monolog mit der Jugend ebenso wie im Kulturbetrieb. Da werden dann wahlweise berechnete Ängste verniedlicht, indem man deren reale Ursachen leugnet. Oder das Problem wird auf eine psychologische Ebene heruntergebracht, indem irgendeine diffuse zwischenmenschliche Kälte beklagt wird. Und alle möglichen Weltuntergangsprophezeien haben Hochkonjunktur.

Des gleichen aber ist natürlich nicht die Sache der Schmetterlinge. Und in ihrem neuen Programm folgt nach dem anrührenden Bekenntnis zur Angst kein Zerfließen in Weinerlichkeit, sondern ein furioser Auftakt: „Die Apokalyptischen Reiter“. Dieses Lied markiert in Form einer Allegorie (die stark an Brechts „Anachronistischen Zug“ erinnert) die tödlichen Gefahren, vor denen die Menschheit heute steht. Hunger oder Krieg erscheinen hier jedoch nicht als Naturgewalten, sie haben einen Begleiter im Kapital, das die Worte „Die Welt wird geplündert, solange es geht“ auf sein Sturmbanner geschrieben hat.

„In den Gärten des Wahnsinns“

Daß die Katastrophen, die der Menschheit drohen, ihre benennbaren Ursachen haben, wird dann im Lied von „Commander Madman und General Freak“ weiter vertieft. Zwei Strategen proben schon mal am Sandkasten die Vernichtung Europas, und zwei als Reagan und Breschnew maskierte Figuren führen dazu einen makabren

Tanz auf — bis sie in Zwangsjacken gesteckt und abgeführt werden.

Szenenwechsel — ein Offizier tritt auf. Und hier haben wir wieder ein Beispiel dafür, wie hervorragend es die Schmetterlinge (und ihr Texter Heinz R. Unger) verstehen, bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen auf den Begriff zu bringen. Willi Resetarits spielt und singt diesen Offizier natürlich als Karikatur —, anders als mit kaltem Hohn kann man solchen Typen ja auch nicht begegnen. Aber hier wird eben nicht die unverbindliche Parodie auf einen Kommissar alter Schule vorgeführt, sondern ganz präzise der moderne Militaristen-Jargon auseinandergenommen; ein Jargon, der das plumpe Säbelraseln längst ausgemerzt hat, in dem jedes zweite Wort „Verteidigung“ ist, wo die Bundeswehr als „Dienstleistungsbetrieb“ nach der Art der Müllabfuhr erscheint und die Rüstung als Maßnahme zur Sicherung der Arbeitsplätze ausgegeben wird.

Im Refrain aber heißt es dann beim „Lied des Offiziers“: „Wir üben nur den Ver-

sichten zu unterstellen. Daß aber auch die grundlegenden Lügen dieses Systems, also etwa die vom angeblichen Verteidigungscharakter der Bundeswehr in Frage gestellt und demaskiert werden, dafür gibt es neben den Schmetterlingen wohl kein zweites Beispiel auch in der fortschrittlichen Kulturszene.

Laßt euch nicht verführen — das könnte als Motto über dem ersten — mit „In den Gärten des Wahnsinns“ betitelten — Teil des neuen Programms der Schmetterlinge stehen. Nicht verführen durch die Lügen der Herrschenden, aber auch nicht durch all die falschen Prophezen, die jetzt auftreten und den Weg in eine neue Innerlichkeit, den Weg der individuellen Selbstbefreiung preisen. Dem erteilen die Schmetterlinge beispielsweise im „Lied des Gurus“ eine Absage.

Und überhaupt: Wer darauf hofft, sich aus dem Streit der Welt herauszuhalten und irgendwo abseits in einer Nische sein privates kleines Glück verwirklichen zu können, der ist — so zeigen es die Schmetterlinge — schon verloren. Um diese „letzte



Die Schmetterlinge

teidigungsakt / und verteidigen den NATO-Verteidigungspakt / und wir sagen bei jeder Beleidigung: / „Angriff ist die beste Verteidigung!“. Solche Klarheit tut wirklich gut, angesichts der auch in der Friedensbewegung verbreiteten Tendenz, unseren regierenden Sozialdemokraten trotz aller USA-Hörigkeit und allem Rüstungswahnwitz immer noch die besten Ab-

Welt“ vor dem endgültigen Absturz in Krise und Krieg zu bewahren, um sie schließlich zu unserer Welt zu machen, ist es nötig zu kämpfen. Aber gegen wen? Wer ist schuldig am Elend dieser Welt?

„Auch unsere Wut wuchs“

Auch darauf geben die Schmet-



Beatrix Neundlinger und Willi Resetarits in „Die letzte Welt“

terlinge klare und unmißverständliche Antworten. Das eigentliche Thema, das ihnen in dieser — für das vom DGB getragene „Junge Forum“ in Recklinghausen produzierten — Auftragsarbeit gestellt war, lautete: Dritte Welt. Es ist bezeichnend für die Schmetterlinge, wie sie an diese Arbeit herangegangen sind: „Natürlich mußten wir uns zuerst informieren, und zwar so genau wie möglich. In den folgenden Wochen und Monaten sammelten sich waschkorbweise Quellenmaterial an. Wir bildeten Arbeitskreise und jeder mußte bestimmte Themen als Referent betreuen. Der Zigarettenkonsum stieg an. Auch unsere Wut wuchs, denn was wir an Fakten und Wahrheiten ausgruben, war in jedem Detail empörend.“

„Mister Kapital“ tritt auf. Er ist der Motor in diesen Beziehungen, die er nach dem Motto „Macht euch die Erde untertan“ gestaltet. Und was den Motor zum Laufen bringt, ist die hemmungslose Profitgier. Das wird in einer Unzahl von Liedern und Spielszenen dargestellt, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Jedenfalls lassen die Schmetterlinge dabei keinen Aspekt aus, der für das Verständnis der heutigen Ausbeutungszusammenhänge und ihrer Entstehung notwendig ist —, das reicht von den Verbrechen bei der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals über die Zusammenarbeit zwischen imperialistischen „Demokraten“ mit faschistischen Regimes bis zur Darstellung der systematischen Vernichtung der Nahrungsmittel-Ressourcen in der „Dritten Welt“ durch amerikanische Monopole (wie sie schon Peter Krieg in seinem hervorragenden Film „Septemberweizen“ beschrieben hat).

Was aber nun die besondere Qualität des Programms „Die letzte Welt“ ausmacht, ist dies: Auch bei der eindrucksvoll und mit großer Beweiskraft durchgeführten Entlarvung des Kapitals als des Schuldigen am millionenfachen Mord und Hungertod in den früheren Kolonien und heutigen Neokolonien bleiben die Schmetterlinge nicht stehen. Sie geben auch konkrete Antworten auf die Frage: Aber was geht uns das alles an?

Nun sind ja die furchtbaren Fakten über diese „Dritte Welt“ durchaus bekannt. Wir wissen ja, daß dort Jahr für Jahr Millionen Menschen verhungern. Das kann man ab und zu in den Zeitungen lesen oder man hört Willy Brandt und andere Experten des „Nord-Süd-Diologs“ mit geheuchelter Sorge davon im Fernsehen reden. Aber welche Konsequenzen folgen daraus? Die Schmetterlinge bringen in eindrucksvollem A-Capella-Gesang ein Madrigal, das mit den Worten beginnt: „Geht ihr vielen Toden, / geht mit euren roten / Wunden aus dem Eiswald unsrer Blicke.“ Dieses Lied löste beim sonst überaus applausfreudigen Publikum, das zur Premiere in Recklinghäuser Ruhrfestspielhaus erschienen war, betroffenes Schweigen aus.

Dabei wollen die Schmetterlinge natürlich mehr, als nur Betroffenheit oder Bestürzung erwecken. Sie haben ihre eigene Wut konstruktiv umgesetzt nicht nur in das Sammeln und künstlerische Verarbeiten von verdrängten Fakten und Wahrheiten. Sondern vor allem im Aufdecken der Ursachen für das Elend in der „Dritten Welt“. So wie sie in der „Proletenpassion“ die offizielle Geschichtsschreibung gegen den Strich gebürstet und den wahren Verlauf der Geschichte als einer Geschichte der Klassenkämpfe dargestellt hatten, so entfalten sie im Mittelteil ihres neuen Programms ein Panorama der wahren Beziehungen zwischen „Erster“ und „Dritter“ Welt.

Beispielsweise in dem „Naiven Lied“ von den Arbeitsplätzen, die „wie Zigeuner“ über das Meer wandern, eben weil dort über dem Meer die Arbeitskräfte billiger sind und faschistische Generale bereitstehen, um jeden Widerstand gegen die fremden Ausbeuter im Blut zu ersticken. Es ist den Schmetterlingen hier tatsächlich gelungen, all die so kompliziert erscheinenden Verbindungen zwischen Elend in der „Dritten Welt“, Krise in den Metropolen und Kriegsgefahr sichtbar zu machen —, gerade weil sie bis zum Kern der Sache, den inneren Gesetzen des kapitalistischen Systems, vorgestoßen sind und dabei auch solche Wahrheiten aufdecken, wie die, daß die Kriege, von denen wir bedroht sind, im Konkurrenzkampf der imperialistischen Räuber wurzeln.

„Es ist nötig, das Dagegensteh'n“

Nach dem, was hier geschrieben steht, könnte der Eindruck entstehen, die Schmetterlinge hätten eine musikalische Lehrstunde in Politikonomie absolviert. Das ist natürlich nicht der Fall (wie sich zumindest diejenigen, die die Wiener Gruppe aus früheren Produktionen kennen, eh denken werden). Die politischen Erkenntnisse, die sich die Schmetterlinge erarbeitet haben, sind ja nur der Boden, von dem aus sie ein außerordentlich vielfältiges und doch in sich stimmiges Programm entwickeln. Man nennt sie oft eine

„Polit-Rock-Gruppe“, was sicher schon früher nicht stimmte und heute schon gar nicht mehr zutrifft.

Denn im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen mit fortschrittlichen Anspruch benutzen sie nicht die gängigen Muster der Rockmusik, um einfach nur ihre Texte zu untermalen. Und sie greifen überdies ja auch ganz andere musikalische Elemente auf, um bestimmte im Text angelegte Aussagen zu verdeutlichen. Zumeist geschieht das in parodistischer Form, etwa zur besonderen Kennzeichnung bestimmter Typen oder Haltungen. In ihrem neuen Programm bekommt nun neben Text und Musik noch eine dritte Ausdrucksform größeres Gewicht, nämlich die szenische Darstellung.

Umklammert wird das gesamte Programm von der eingangs erwähnten Briefszene, wobei am Anfang das Bekenntnis zur Angst steht und am Schluß sozusagen als Resümee das Bekenntnis zum Widerstand. (Im Schlußlied stehen die Zeilen: „Es ist nötig, das Dagegensteh'n, / es ist nötig, und es ist auch schön.“). Dazwischen sind mehrere reine Spielszenen eingebaut, die bestimmte, in den Liedern angesprochene Themen weiter ausleuchten. Diese Szenen gehen oft bruchlos in den Liedvortrag über, wobei dann — es handelt sich ja zum großen Teil um „Rollenlieder“ — auch während des Singens weitergespielt wird. So ergibt sich dann aus Musik, Text und Darstellung eine einheitliche Form des Ausdrucks.

Die Schmetterlinge — das wird in ihrem neuen Programm schnell sichtbar — haben in jeder Beziehung ihre bekannten Qualitäten weiterentwickelt. Das betrifft vor allem auch ihre schauspielerischen Fähigkeiten (hier war ja mit dem vorletzten Programm „Verdrängte Jahre“, Neuland betreten worden). Die in der „Letzten Welt“ enthaltenen kabarettistischen Szenen beispielsweise sind in Inhalt und Darstellung — verglichen mit ähnlichen Produktionen — eine Spitze.

Was die Texte von Heinz R. Unger betrifft, so kann sich der Leser anhand des hier abgedruckten Beispiels ein Bild davon machen, wie gut es dem „Hausdichter“ der Schmetterlinge gelungen ist, präzise und in ihrer Aussage außerordentlich radikale politische Einsichten mit kraftvollen Bildern zu verbinden. Also: Jeder, der die Gelegenheit dazu hat, sollte sich „Die letzte Welt“ unbedingt anhören und -sehen. Hier noch einmal die Termine:

8.11. Kiel, Ostseehalle; 9.11. Hamburg, Audimax; 10.11. Hamburg, Audimax; 11.11. Westberlin, Neue Welt; 14.11. München, Schwabingerbräu; 15.11. Augsburg, Stadthalle; 17.11. Nürnberg, Meistersingerhalle; 18.11. Düsseldorf; 20.11. Essen; 22.11. Oberursel; 23.11. Heilbronn; 24.11. Stuttgart, Schwabenlandhalle; 25.11. Tübingen.

Das Krähenlied

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine blind, eine bleich, eine federlos:
»Der nächste Krieg in Deutschland wird uns eine Nummer zu groß!«

Der nächste Krieg in Deutschland begann schon im Frieden vorher, als sie den ersten Stiefel machten für's neue Militär...
Man schafft sich doch keine Soldaten an mit Helm und Fahneide,
nur daß die dann nicht schießen sollen...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine arm, eine alt, eine abgezehrt:
»Der nächste Krieg in Deutschland wird gigantisch und unerhört!«

Der nächste Krieg in Deutschland, den gibt es ja schon lang, seit im Maiaufmarsch verstumme
»Nie-wieder-Krieg«-Gesang.
Man schämt sich nicht für den Frieden schon in der Nachkriegszeit,
wenn nicht schon wer an Kriege denkt...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine kahl, eine krumm, eine grau wie Rauch:

»Der nächste Krieg in Deutschland, der kommt wie ein giftiger Hauch!«

Der nächste Krieg in Deutschland begann, als der Kanzler sprach:
»Wir rüsten zwar jetzt nicht mehr auf, jedoch wir rüsten nach!«
Man rüstet doch nicht um viel Geld mit aller Rüstigkeit,
nur daß man es dann in die Ecke stellt...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine schwach, eine schwarz, eine invalid:
»Der nächste Krieg in Deutschland, der reißt uns noch allesamt mit!«

Für den nächsten Krieg in Deutschland sind Raketen stationiert, gesteuert sind sie von anderswo, doch in Deutschland sind sie postiert.
Man läßt doch nicht Fremde bestimmen den Tod und die Abschußzeit, wenn das kein Schlachtfeld werden soll...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Drei krächzende Krähen, die kämpfen sich nach Grönland im eisigen Wind, aber was machen die andern alle, die dageblieben sind?

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

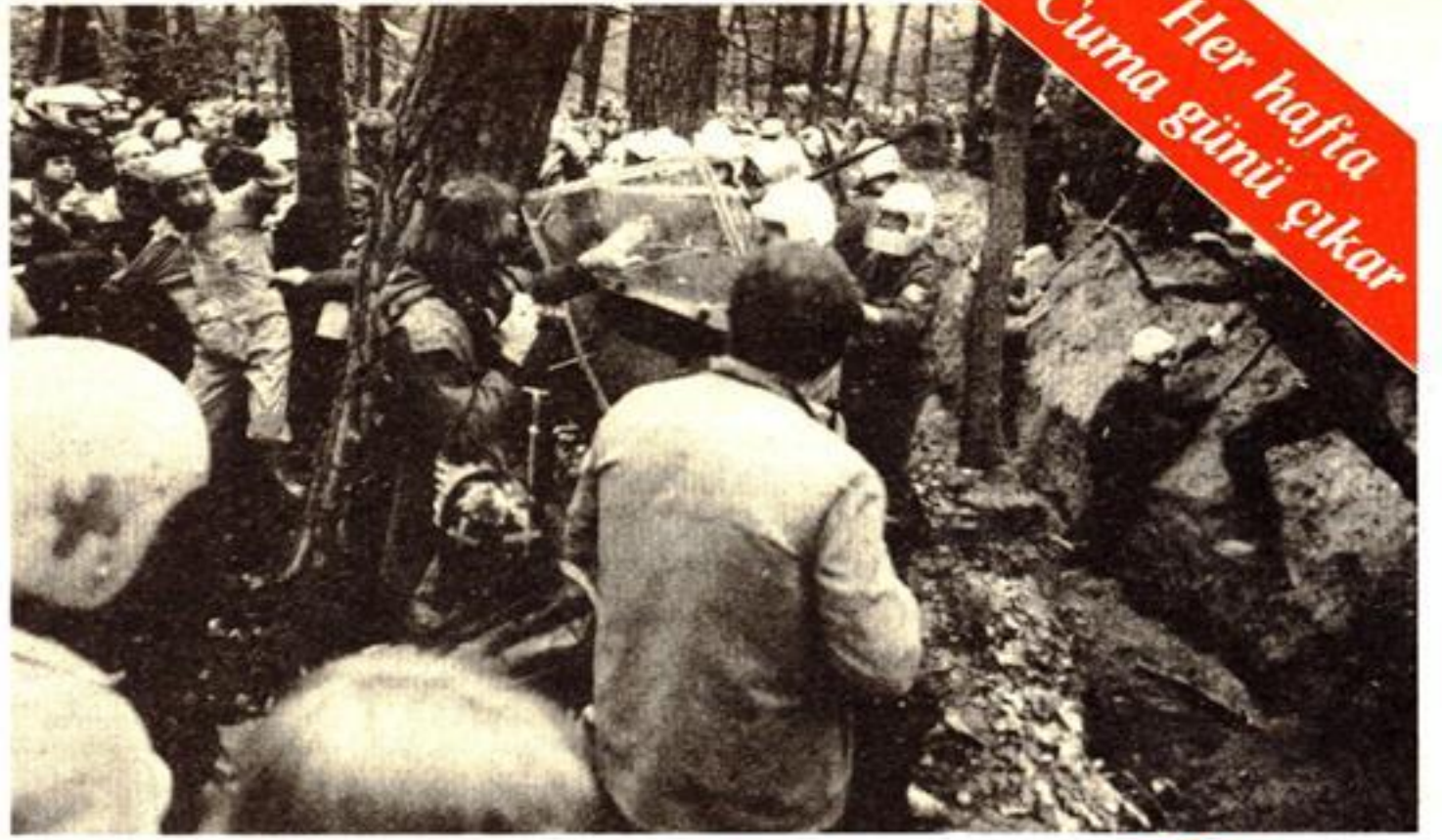


Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 46 13 Kasım 1981

Yıl: 15

1 DM



Her hafta
Cuma günü çıkar

İşçiler sosyal hakların kısıtlanmasını protesto ettiler

DGB'nin yürüyüşüne 70 bin üzerinde emekçi katıldı

STUTTGART. — Baden-Württemberg'deki DGB, hükümetin tasarruf planlarına karşı bir protesto yürüyüşüne çağrı yaptıktan sonra, 7 Kasım Cumartesi günü yapılan bu eylem 70 binin

üzerinde emekçi katıldı. Yürüyüşün başlıca talebi "Sosyal hakların kısıtlanmasına hayır!" dı.

Yürüyüşe çağrı yapan DGB sorumluları 20-30 bin kişiyi beklerken tüm eyaletten katılan işçilerin sayısı 70 bini geçti. Yürüyüşe katılan emekçiler hükümetten planladığı sosyal alandaki kısıtlamalara karşı çıkarak, bu planları engellemek için mücadeleye hazır olduklarını iyi bir şekilde ispatladılar.

Uzun Cumartesi dolayısıyla sokaklarda bulunan insanlar iki kortej koluyla gerçekleştirilen bu güçlü işçi yürüyüşünden oldukça etkilendiler. Daha önce tespit edilen miting alanı küçük geldiği için miting saray önündeki alanda yapıldı.

Yürüyüşe katılanlar haykırdılar, mücadeleciler sloganlarla ne için sokaklara döküldüklerini ifade ettiler, örneğin: "Artık tahammülümüz yok, zenginler acı çeksin" veya "Silahlanma için ücretlerimiz kesilemez!" sloganlarıydı.

Yürüyüşe katılan işçiler kapitalistlerin rasyonalizasyon sonucunda binlerce işyerini yok etmelerine, hükümetin tasarruf planlarına izin vermeyeceklerini berrakça ifade ettiler.

Miting alanında bir konuşma yapan Baden-Württemberg Eyaleti SPD Başkan Vekili Steinkühler SPD'nin uyguladığı politikayı şiddetle eleştirerek şunları söyledi: "Sosyaldemokratlar bugün grevler sonucunda işçilerin elde ettiklerini nasıl onların ellerinden alabileceklerini tartışıyorlarsa, onların nereye gittiklerini sormalıyız!"

Diğer tarafta Steinkühler; "bu ülkenin işçileri dilenci değildir, zor şartlar altında çalışan insanlardır ve kendi haklarının



İsveç sularında casusluk yapan Sovyet deniz altı saldırgan politikanın bir ispatıdır.

ne olduğunu biliyorlar" derken, miting alanında bulunan binlerce işçinin ve sendikacının düşüncelerini ifade etti.

Gazetemizin gelecek sayısında daha etrafıca Stuttgart'taki bu yürüyüşüne değineceğiz. („70.000 kamen zur DGB-Demonstration“)

Ekim ayında 100 binin üzerinde insan işyerini kaybetti

NÜRNBERG. — Nürnberg'deki Federal İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun her ay yayınladığı işsizlik sayıları gittikçe rekor kırma yarışına benziyor: İşsizliği ifade eden sayılar sürekli artmakta. Ekim'de işsizlik sayısı 1 milyon 366 bine ve kısa çalışmacıların sayısı 370 bine yükselerek, krizden en çok etkilenen insanların sayısı savaştan sonra bugüne dek ulaşmamış bir seviyeye erişti.

Yeni sayılar; işsiz kalan erkeklerde oranın aynı zamanda elektrotro sanayisi ve makine üretimi gibi ekonominin çekirdek dallarında işsizliğin arttığını ifade etmekte. 70.000 inşaat işçisi bugün işsizdir. Tüm bunları göz önünde tutarsak sorun bazı yan üretim dallarını, tek tek branşları değil, genelinde ve gelişen bir ekonomik buhranı ifade ettiğini kavramak mümkün dür.

İşsizlikten özellikle etkilenen başlıca tabakalar sakatlar ve yabancılardan gençler, işsizlerin en büyük bölümünü—o kadar berrak olmamakla beraber—halan kadınlar oluşturmaktadır.

Son günlerde çelik sanayisinin ve Frankfurt'ta bilinen işletmelerin yanı sıra elektrotro sanayisinden, inşaat sektöründen ve makina branşından bir takım şirketler çıkış vereceklerini açıkladılar. İşverenler tarafından desteklenen Alman İktisat Enstitüsü bile işsizlerin 2/3'sini eski ücretlerinin yüzde 68'inden az işsizlik parası aldığını açıklarken, bazı CDU'lu ve FDP'li parlamenterler, işsizlikten özellikle yüksek sosyal harcamaların sorumlu olduğunu tam da bu anda iddia etmektedirler!

(„Über hunderttausend Menschen verloren im Oktober ihren Arbeitsplatz“ RM 46, S. 1)

Neo-Faşizmin silah depoları

HANNOVER. — Uelzen civarlarında Neo-Naziler bugüne dek Federal Almanya tarihinde en büyük silah depolarını hazırlamışlar. Toprağa gömülmüş 88 sandıkta çeşitli silahlar, patlayıcı madde, bazokalar ve çeşitli cinsten zehirli maddeler bulundu.

Söz konusu silahları depolayan ve tutuklandıktan sonra intihar eden orman memuru Heinz Lembke 20 seneden beri polis tarafından aktif bir Nazi olarak tanınmaktaydı. Kendisi NPD'nin bir fonksiyoneriydi ve Manfred Roeder gibi tanınmış Nazi teröristleriyle ilişkisi vardı. Karl-Heinz Hoffman'la da ilişkisi olduğu söylenmekte. Lembke'nin ilişkisi hatta Federal Ordu'ya kadar uzanmaktaydı. Bulunan silahların çoğu Federal Ordu depolarındandır. Batı-Almanya'daki tüm faşist güçlerin Niedersachsen Eyaleti'nde bulunan bu silah depolarından faydalandıkları düşünülmekte.

Bugüne kadar faşistler hakkında yeterli bilgi sahibi oldukları halde, sağcı terörün bir

tehlike teşkil etmediğini iddia edenler, Nazileri koruyanlar, "Lembke olayı ile" yalanlanmış oldular. Ama buna rağmen ülkemizdeki faşistlerin faaliyetlerine son verecek tedbirlerin alınmayacağı yine şimdiden belli. Sorumlu politikacılar halen tüm faşist örgütlerin kapatılmasına ilişkin bir kararı almamakta diretiliyorlar. Onlar halen "tek tek kişiler" veya "küçük gruplar" yalanlarını yayıyorlar.

Politikacılar böyle tavırlarını sürdürerek, Nazi terörü sonucunda kurban olacak her insanın hayatından sorumludurlar. Tüm anti-faşistler ise Nazilerin faaliyetlerine son vermek için çaba sarf etmelidirler. („Waffenkammer des Neofaschismus“ RM 46, S. 1)

YÜRÜYÜŞ
Sovyet sosyal emperyalizme karşı

BONN, 22 Kasım 1981

Yürüyüş başlangıcı
saat 11 Schlachthof

Bitiş mitingi saat 13.30
Bonn-Marktplatz'da

VDM firmasındaki işgal eylemi sona erdirildi.

VDM işçilerinin mücadelesi örneği, politik bir patlayıcı maddeyi özünde taşımaktaydı.

FRANKFURT. — Geçtiğimiz hafta Pazartesi akşamı saat 18'de VDM firmasında işyerinin işgali sona erdirildi. Saat 18.00'den sonra firmanın tüm giriş kapıları açıldı. İşçilerin bir hafta boyunca sürdürdükleri mücadeleleri sendika ve VDM patronlarının yüreklerine korku saldı. İşte bu nedenle de geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi İG Metall sendika patronları işgal eyleminin yanında yer alıp, onu işyerlerinin korunması mücadelesine dönüştürmek yerine, patronların işyerlerini imha etmelerini destekleyerek bir an evvel grevde olan işçi arkadaşların mücadelesini bölmeye ve onları üç beş kuruşluk sosyal planın hazırlanması ile "memnun etmeye" çalıştı. İG Metall sendika patronları VDM patronları ile elele vererek bu mücadeleyi bölmeyi başardılar.

Bir hafta boyunca Hedderheim'daki VDM firmasında sürdürülen işgal eylemi Pazartesi günü sona erdirildi. İşgal eyleminin sona erdirilmesinde İG Metall sendika patronları baş rolü oynadılar. Patronların ve sendika patronlarının yüreklerine korku salan bu eylem üzerine, partimiz KPD'nin Frankfurt'ta eylemin sona erdirilmesinden sonra VDM firmasının önünde dağıttığı ve sendika patronlarını teşhir eden bildirisini aynen yayınlıyoruz:

"İşçi arkadaşlar, durum ilk hamlede Ratjen ve şürekasının (VDM firmasının Yönetim Kurulu üyesi) Frankfurt'ta işyerlerini sistematik bir şekilde imha etmede birinci turu kazandıkları gibi görünmektedir. Ancak onlar rüyalarında bile 40 milyon DM'li sosyal plan için vereceklerini dahi hayal etmemişler. İşte bu nedenle kapitalistlere bu konuda diğerleri tarafından akıl verilmesi sorunu ancak işyerinin işgal edilmesi eyleminin yol açtığını söyleyebiliriz. Fakat buna rağmen şunu sormalyız: Buna karşı tavrımız ne olmalıdır?

İşgal eylemi sürerken Federal Almanya'da basın VDM işçi ve emekçilerinin bu muazzam mücadeleleri üzerine büyük bir suskunluk içerisindeydi. Basının bu tavrı hiç bir şekilde tesadüf bir şey değildi. Aksine bu

suskunluğun çeşitli nedenleri vardı. Patronlar bu işgal eyleminin önemini çok iyi bilmekteydiler. Çünkü bugün VDM'de yaptıklarını Almanya'nın bir çok şehrindeki firmalarda planlamakta ve uygulamaktadırlar. Ve tüm fabrikalarda, ister çelik sanayisinde, isterse başka alanlarda olsun, hepsinde de işçi arkadaşlar arasında işyerlerinin imha edilmesine karşı nasıl durulabileceği yoğun bir şekilde tartışılmaktadır.

Bunun için VDM firmasındaki işçilerin mücadele örnekleri her tarafa yayılmış olsaydı, ne gibi bir etki yaratmış olabileceğini beş parmakla da sayabilirdik. Bu mücadele, örneği olmayan bir politik patlayıcı maddeyi özünde taşımaktaydı! Bir hafta boyunca küçük Hedderheim'de VDM işçileri Federal Almanya'da işyerlerinin yok edilmesine karşı sürdürülen mücadelenin başını çekmekteydiler. Patronlar VDM örneğinin bir mücadele okulu olacağından korkmaktaydılar. İşte tamda bu VDM emekçilerinin kaderini belirleyebildi.

"İşyerinin korunması" talebi temelinde, işyerlerinin imha edilmesi ile tehdit edilen bir çok kadın erkek işçi arkadaşların giderek artan ortak çıkarları için ortaklaşa hareket etmelerine yol açabilirdi. Patronların vahşi politikalarına karşı

geniş bir cephenin oluşturulmasının sağlanıp sağlanamayacağı, hangi hedef doğrultusunda adım atıldığına bağlıdır. Bu hedefinde ne olduğu açıktır. İş yerlerinin uzlaşmaz bir şekilde savunulması. Eğer mücadele sosyal plan için sürdürülüyorsa, böylece daha başlangıçta işyerlerinin imha edilmesinin kaderi çizilmiş olduğu açıktır. Diğer yandan, emekliliğe ayrılmaları az bir süre kalmış işçileri bir tarafa bırakırsak, sosyal planda öngörülen 100.000 DM tazminatı bir işçinin geçimini uzun vadede garanti altına alamayacaktır.

Ayrıca daha evveli dağıttığımız bildiride de işaret edildiği gibi, Frankfurt'ta metal dalında da yeni bir işyerinin bulunmasının hemen hemen hiç bir imkânın olmadığı da hesaba katılmalıdır.



VDM işçileri işgal ettikleri işyerinin önünde.

Ancak VDM işçileri hangi gücün işçilerde olduğunu ispatladılar. Ve patrollerin bellerinin nasıl duvara yaslanabileceğini gösterdiler. Bu mücadelenin işyerlerinin savunulmasına yetmemesi ilk hamle de VDM emekçilerine bağlı değildir. Bunun sorumlusu başkalarıdır.

İşçi arkadaşlar, sosyal plan anlaşmasının sona erdirilmesinden sonra İG Metall sendikası ve VDM firmasının durumunda iş yerlerinin korunması için karar-

"Eğer patronlar işyerlerinin imha edilmesini yoğun bir şekilde sürdürürse sosyal planlarla kandırılmaya artık mücadele edemeyiz.

Tabii Rübsamen arkadaş! Evet şimdilik Adler firması sırada! Ancak burada ise daha yapılması gereken çok şey vardır! Burada da İG Metall gerçekten ne kadar samimi olduğunu ispatlamış olur!

İşçi arkadaşlar, şüphesiz KPD'nin amacı sendikaya karşı kıskırtma değildir. Ancak bir çok sıradan İG Metall üyesi-biz komünistlerde olduğu gibi-İG Metall Yerel Yönetimi hakkında tamamen farklı düşülmektedir. Şu sorunun sorulmasına herhalde izin verilir. Şimdilik şunu sormak lazım: İG Metall Yerel Yönetim Kurulu ve bazı işyeri işçi temsilcileri ADLER ve VDM firmasının durumunda iş yerlerinin korunması için karar-

den hemen bir sosyal plan anlaşmasına başladılar? Diğer yandan şu soru sorulmalı: Yerel Yönetim Kurulu ve bazı işyeri temsilcileri neden VDM ve Adler firması işçilerinin ortaklaşa mücadele etmelerini başından sabote ettiler?

Ayrıca VDM işçileri mücadeleden, neden İG Metall Yerel Yönetimi Frankfurt metal işletmelerinin dayanışmasını teşvik etmek için kayda değer hiç bir eylem yapmadı?

Bir çok işçi, özellikle de yaşlı işçiler çeşitli tartışmalarda "Eğer İG Metall çok önceden bir işgal eylemini hazırlamış olsaydı, bugün VDM firmasındaki işyerlerini savunmak için bir imkânımız olurdu" diye söylüyorlardı! İşte tamda sorunu bu nokta oluşturmaktadır. İG Metall Yerel Yönetim Kurulu sürekli elinin kolunun bağlı olduğunu, bir şeyin yapılamayacağını ve işçi arkadaşların eylemlere katılmayacağını söylemekteydi. Diyelim ki, durum bundan ibaretti. Anak buna rağmen, yani VDM işçilerinin büyük çoğunluğu giriş kapılarını işgal etmeye hazır olmasa bile İG Metall Yerel Yönetim'nin görevi, işçi arkadaşları ikna etmek için çaba sarfetmesiydi. Aksine onlar tam tersini yaptılar. Yerel Yönetim'den Otto böylesi bir işgal adımına karşı çıktı! Eğer İG Metall, işçileri sendikal mücadeleye seferber etmek için tüm gücünü harekete geçirseydi, bugün VDM emekçilerinin işyerlerinin savunulması mücadelesi başarısız olmazdı! Ve sadece VDM işçilerinin de değil!

İşte İG Metall sendikasının VDM işçilerinin mücadelesini bölmeye yönelik bu adımı geçen sayımızda ayrıntılı olarak ele almıştık. İG Metall sendikası yaptığı eski sosyal plana oranla biraz daha iyi olan üç beş kuruşluk sosyal plan anlaşması ile VDM emekçilerini sattı. Çünkü VDM emekçileri bu üç beş kuruşluk yeni anlaşmayla, işyerlerinin korunması sağlanmadığı gibi, Frankfurt'ta olan işsizlik dolayısıyla yeni işyeride bulamayacaklardır. Tüm işçi arkadaşlar İG Metall sendika patronlarının bu adımlarından ders çıkarmalı ve gelecekte işyerlerinin tavizsiz savunulması için daha da kararlı mücadele sürdürmeli, sendika patronlarının mücadeleyi bölmeye yönelik adımlarına karşı uyanık olmalı ve bu adımları boşa çıkarmalı.

(„VDM-politischer Sprengstoff...!“

60 yaşında emekliye ayrılınmalıdır!

Hiç bir sosyal haktan vazgeçilmemelidir!

Nihayet uzun zamandan beri devrimci sendikacıların ileri sürdüğü ve gerekli olan emekliye ayrılma yaş oranının düşürülmesi talebini İG Metall Yönetim Kurulu da gündemine aldı. İG Metall'in bu adımı, her iki işçi arkadaştan birinin bugünkü koşullarda emekliye ayrılma yaşına varmadan işgücünün yetmediği ve sihhat açısından işten ayrılmak zorunda kaldığı gerçek dolayısıyla (ki bir çok işçi arkadaş da emekliye ayrılma yaşına girmeden vefat etmektedir) selamlanması gereken bir adımdır.

Bu talebin gerçekleştirilmesi için toplu sözleşmelerde bir adım atılmasını mı? Daha evveli hastalık durumunda ücretin ödenmesini sağlamak için de bu yol seçilmişti. O zaman Schleswig-Holstein metal işçileri şanlı grevleri ile bu hakkın toplu sözleşme anlaşmalarında karara bağlanmasını elde ettiler.

Şüphesiz diğer yandan şu da gereklidir. İnsancıl olmayan çalışma koşullarına karşı da mücadelenin sürdürülmesi ve bunların düzeltilmesi gerekmektedir. Çünkü daha altmış yaşına girmeden işten ayrılmayı zorunlu olarak gerektiren ve sakatlığa yol açan nedenler bunlardır. Ancak diğer yandan tekniğin ilerlediği, emeğin verimliliğinin arttığı bir dönemde niçin yıllar boyunca ağır şartlar altında çalışan işçi ve emekçiler dinlenmek için 60 yaşında

emekliye ayrılmasınlar ki?

İşte bu nedenle bizce İG Metall Yöneticileri gelecek toplu sözleşmede ücret turlarına yönelik belirledikleri hareket çizgisi konusunda muhakkak kendilerinin görevinin ne olduğuna zorlanmalıdırlar.

Bu görüşmelerinde Loderer, Janssen gibi sendika patronları emekliye ayrılma talebinin toplu sözleşme anlaşmalarında karara bağlanması gerektiğini, ve bu talep kadar veya en azından bundan daha da önemli ve vazgeçilmez bir takım taleplere karşı kullanmaya çalışmaktadırlar. Loderer ve onun gibi bazı sendika patronları 60 yaşında emekliye ayrılma talebinin gerçekleştirilmesine karşı gerçek ücret artış talebinin düşük tutulmasını istemektedir. Ancak Loderer ve Janssen'in bu adımları daha şimdiden bir çok

sendika üyesinin ve elemanlarının yoğun eştirileri ile karşılaşmıştır.

Ancak bu noktada oldukça büyük çaba harcanmalıdır. Hiç bir şekilde sendika patronlarının oyununa gelinerek, bir talebe karşı diğer bir talebin alternatif olarak ileri sürülmesinden kaçınılmalıdır!

Şu nokta açık olmalıdır ki, hiç bir şekilde bir talebin diğer bir talebe karşı kullanılmasına ortam yaratılmamalıdır. Hiç bir şekilde ücret talebinin düşük tutulmasına izin verilmemelidir! Gerçek ücretlerin teminat altına alınması, tüm mücadele gücünün harekete geçirilmesini gerektiren ve vazgeçilmeyecek bir kısmi hedeftir. Diğer yandan tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin ileri sürülmesine gelince, bu talep emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi talebinden bağımsız olarak ele alınarak sendikal toplu sözleşme politikasının bir ana hedefi olmalı ve böyle bir hedef olarak kalmalıdır. Çünkü bugünkü koşullarda 35 saatlik iş haftası talebi ile emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi iki ayrı konum olan sorunlardır. Bugün tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi ayrıca artan işsizliği önlemek için de iş piyasasının

da siyasi etkisi olan bir araçtır.

Bu doğrultuda her üç talep de gerekli birer taleptirler. Şüphesiz her üç talebin de gerçekleştirilmesinin ortamı vardır. Çünkü bu taleplerin gerçekleştirilmesi bizim sürdüreceğimiz mücadele metodlarına, mücadelenin kararlı bir şekilde sürdürülmesine ve tüm işçi ve emekçi arkadaşların bu doğrultuda harekete geçirilmesine bağlıdır. Ve bu toplu sözleşmelerde sürdürülecek kararlı ve uzlaşmaz bir mücadele işçi sınıfının mücadelesinin yaygınlaşmasını bir taraftan sağlarken, diğer taraftan da yaygınlaşan bu mücadele ile patronlar bir takım tavizler vermeye, aynı şekilde emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi doğrultusunda da zorlanabilirler. Böylesi bir adım mümkün olmayan bir adım değildir. Yeterki sendikalar tarafından işçi ve emekçiler mücadeleciler için harekete geçirilsinler. Aynı şekilde başarılı toplu sözleşme turunun sağlanması tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi doğrultusunda da mücadeleye yeni canlılık kazandırır.

(„Tarifrente ja-aber ohne Verzichtleistungen“)

lı ve uzlaşmaz mücadeleyi neden başından örgütlemeyelim? Gene aynı şekilde yerel yönetimin ve bazı işyeri işçi temsilcilerinin VDM ve ADLER firması sorununda işyerlerinin savunulması için gerçekten, etkili eylemleri başlatma adımı atmadan ne-

Alman-Arnavutluk Dostluk Cemiyeti e. V. (DAFG) 21 Kasım'da Dortmund'ta Dostluk Gecesi düzenliyor

Yer : Parkhaus Barop, Stockumer str. 241.

Saat: 16.00'dan itibaren

Ulaşım: (Hauptbahnhof'tan 401, 403 ve 407 numaralı tramvaylara binerek Reinoldikirche'de 402 numaralı tramvaya aktarma yapıp Dortmund-Barop'ta inin)

Giriş bileti: 2 DM, biletler önceden cemiyetin tüm gruplarından ve doğrudan sekreterlikten alınabilir. Gişede biletler 3 DM'tir. Program: Arnavutluk üzerine film gösterisi, resim sergisi, Arnavutluk'tan davetli misafirlerin mesajları, cemiyet Başkanı ması (yazar), "Blinkfuer Grubu" Arnavutluk türkülerini söyleyecek ve halk oyunlarını oynayacak.

Almanya-Arnavutluk Futbol karşılaşması 18 Kasım 1981'de Dortmund'ta

Yer : Westfalen Stadyumun'da

Oyun saat 15.25'te başlayacak

DAFG Sekreterliği'nden oyunu seyretmek isteyen üyeler ve Arnavutluk yanlılarının oyun başlamadan evvel nerede buluşacaklarını telefon ederek öğrenebilirler.

DAFG'nin telefon numarası: 040-850 2736

Brejnev Bonn'u ziyaret edecek

22 Kasım'da Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen barış yürüyüşüne katılalım!

Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla çeşitli örgütler biraraya geldiler. Ve Brejnev'e karşı bir yürüyüşün yapılması üzerinde görüştüler. Bu doğrultuda 1 Kasım'da barış hareketinin içerisinde yer alan çeşitli örgütler gene buluştular. Bu buluşmada Bonn'da bir yürüyüşün yapılmasının kararlaştırılmasının yanı sıra, bir de ortaklaşa bir çağrı taslağının yazılması için adım atıldı.

Partimiz KPD hemen Bonn'da yapılan barış yürüyüşünün ardından Sovyet sosyal emperyalizminin elebaşı Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla, ortaklaşa bir yürüyüşün yapılması yönünde harekete geçmek için barış hareketinin içerisinde yer alan çeşitli örgütlere birer mektup gönderdi. KPD bu mektubunda barışı tehdit eden Sovyet sosyal emperyalist devletine karşı da mücadelenin sürdürülmesinin gerekliliğini işaret ederek, yürüyüş üzerine görüşmek için bir ortaklaşa toplantının yapılmasının gerekliliğini belirtmişti. Bu mektupta dünya barışının, iki süper devletin askeri blokları aracılığıyla dünya hakimiyetliliği için sürdürdükleri hegemonya mücadelelerinin tehdit ettiğini açıklamakta ve bu nedenle her iki emperyalist çeteye ve onların askeri bloklarına karşı mücadelenin sürdürülmesinin gerekliliği vurgulanmaktadır.

KPD mektubunda ayrıca iki süper devletin saldırgan emperyalist politikalarına karşı mücadelenin gerekliliğini açıklarken, esas olarak Federal Hükümet tarafından barışın korunması için tek yanlı silahsızlanma adımlarını talep etmekteydi.

Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla partimiz, halkın Kreml'in savaş kışkırtıcılığı politikasına olan nefretini, kendi hegemonya mücadeleleri doğrultusunda kullanmak için saldırgan NATO'nun politikasını barış politikası gösterebilmek doğrultusunda gerici lerinde büyük olasılıkla yürüyüşlere çağıracağından dolayı, a-
lanın onlara bırakılmaması gerekliliği açıklandı. KPD buna ilişkin barışı hareketi içerisinde

yer alan güçlere gönderdiği ikinci mektubunda, bu sorunun barış hareketinin ciddiye alınıp ve inandırıcı olup olmaması doğrultusunda bir sorun olduğuna işaret etmektedir.

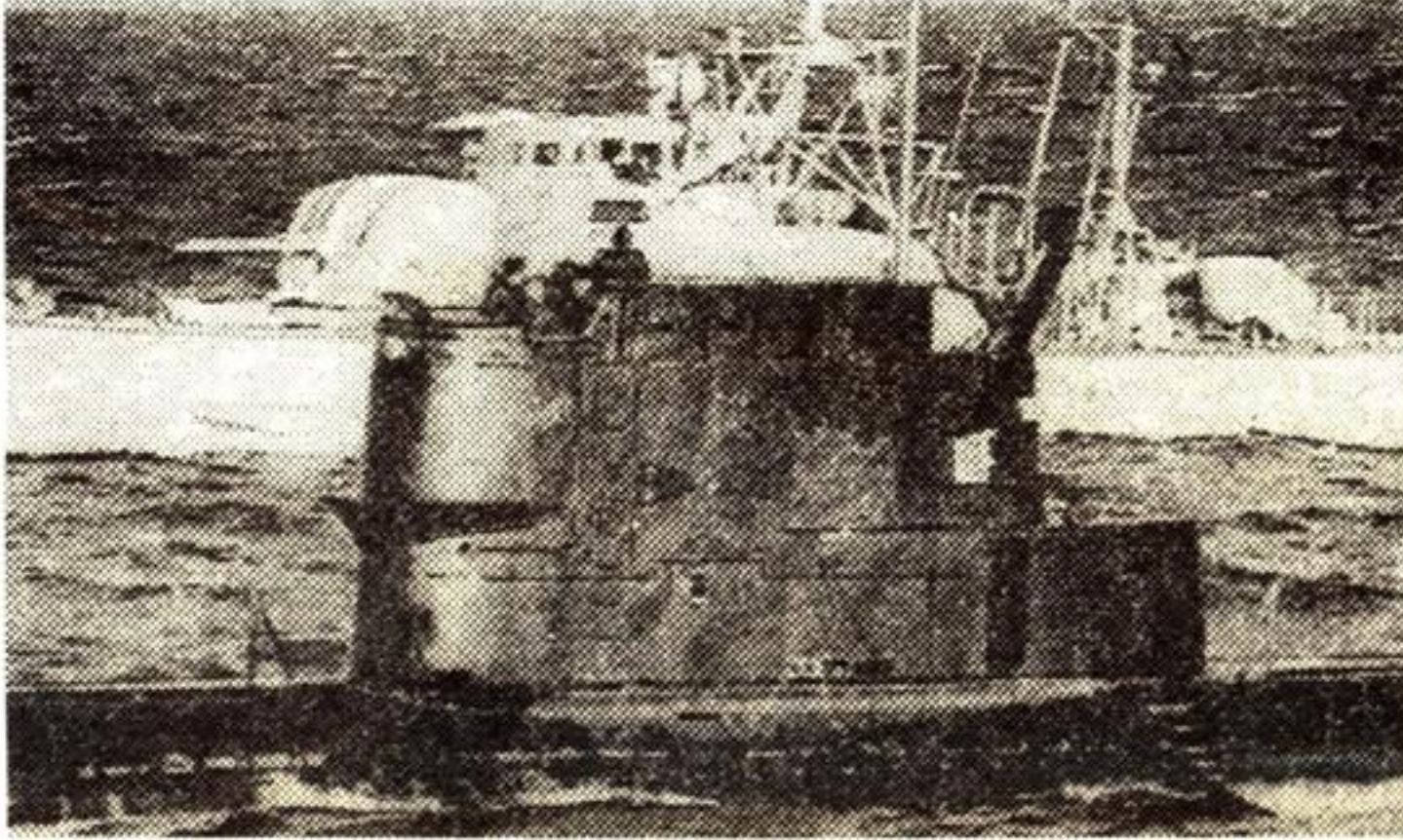
Partimiz KPD'nin barış hareketi içerisinde yer alan güçlere gönderdiği çağrısı olumlu bir etki yaptı KPD'nin Brejnev'in Bonn ziyareti dolayısıyla yaptığı bu çağrı çeşitli Barış İnsiya-

lar. Ayrıca bu çalışma grubu Oberhausen'de yapılacak barış haftalarında Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen yürüyüş çağrı yapacaklarını açıklamaktadır.

Diğer yandan Aachen Barış İnsiyatifi de 18. 10. 1981 tarihinde yapılan görüşmede Yeşiller'in (Grünen) ve Juso'ların daha önce yaptıkları açıklamalarına karşı geri adım atmalarının ardında, çeşitli örgütler gönderdikleri yazılarında Halk Cephesi'nin (Volksfront) yanı sıra KPD'nin Almanya çapında Brejnev'e karşı bir yürüyüş için çağrı yapan tek örgüt olduğunu yazmaktadır. Aachen İnsiyatifi de Bonn'da Brejnev'e karşı bir yürüyüşün yapılmasını kararlı bir şekilde talep etmektedir onlar gönderdikleri yazılarında

gi'nin saldırganlık politikasına karşı mücadele eden tek güçler olduğunu göstermelerine izin vermemeliyiz. Federal Almanya'da barış hareketini "Moskova yanlısı" ve "bir gözünde ağma olduğunu" ileri sürmeye çalışan güçler barış hareketini halktan siyasi olarak tecrit etmek için DKP'nin sevinç nidaları atacağı mitingleri ile canlılık kazanacaktır."

Aachenliler, Yeşiller'in ve Jusos'ların Sovyetler Birliği'nin politikasına karşı mücadeleyi sadece bir podiyum tartışması ile sınırlaması çabalarına karşı şı çıkarak, bunun uygun bir mücadele yöntemi olmadığını belirtmekte. Ve bu nedenle tüm barış yanlısı arkadaşları 1 Kasım'da Köln'de yapılacak



tif gruplarında yoğun bir şekilde tartışıldı. Örneğin Aachen gibi çeşitli bölgelerde bu çağrıya bazı insiyatif grupları katıldıkları açıklandılar.

Oberhausen Barış Çalışma Grubu KPD'nin gönderdiği çağrısı, içeriğini tartıştıktan sonra çoğaltarak kendilerinde bir açıklama yazıları ile "Oberhausen'de barış için faaliyet sürdüren tüm örgüt ve gruplara gönderdiklerini" bize de iletikleri bir yazılarında açıklamakta-

ayrıca şunu açıklamaktadırlar: "Gençlik Birliği (Junge Union, CDU'nun Gençlik Örgütü) daha şimdiden Brejnev'in Almanya ziyareti için bir miting yapacağını açıkladı. Diğer yandan DKP ve ona yakın olan güçlerin sevinç nidaları atacakları ve karşılama mitingleri düzenleyecekleri de hesaba katılmalıdır.

Bunun için biz Junge Union'lular gibi gerici güçlerin halkın önünde Sovyetler Birli-

görmeye katılarak düşüncelerini belirtmeye çağırırmaktaydılar. Yazıda ayrıca "Sovyetler Birliği'nin politikasına karşı nasıl protesto sürdürülmesi gerektiğini kararlaştırmak, barış hareketinin lehinedir" denilmektedir.

Köln'de 1 Kasım'da yapılan Brejnev'e karşı yürüyüş toplantısına 50'ye yakın örgüt ve insiyatif grupları katılmıştı. Gündemin esas konusunu oluşturan Brejnev'e karşı yürüyüş soru-

nuna gelinceye kadar tam 7 saat yoğun bir şekilde tartışıldı. Çünkü DKP (Alman Komünist Partisi) ve ona yakın güçler verimsiz tartışmalarla toplantıyı sabote etmeye çalıştılar. Ancak bu sert tartışmalar diğer yandan kimin barış yanlısı olduğunu ve gerçekten hangi güçlerin barış hareketini bölme ve tecrit etmeye çalıştığını açığa çıkardı.

DKP bu tartışmalarda barış yanlısı güçleri birbirine karşı kışkırtmaya çalıştı ve ağır sözler kullanmalarını sağladı. Ancak tartışmalar daha bu aşamaya varmadan önce DKP'li revizyonistler yapılması öngörülen yürüyüşü, sadece bir takım eleştirici noktaların belirtilebileceği bir Brejnev yanlısı eylem olmasını sağlamaya çalıştılar. Ki bu yürüyüşün onlara göre "Bonn Hükümeti'nden Brejnev'in barış önerilerini ele almasını vb." talep gerekiyordu.

Ancak bu yoğun tartışmaların sonucu DKP'liler istediklerine ulaşamadılar. Çünkü akşamı doğru tartışma yöntemi bu kez kendi ellerinde olan Yeşiller de önceki yürüyüşün çağrısı temelinde, yani hem Sovyetler Birliği'nin hem de ABD'nin politikasını eleştirme temelinde bu yürüyüşün düzenlenmesini belirtince bir çok DKP'li salonu tert etmek zorunda kaldı.

Böylece Brejnev'e karşı yapılacak yürüyüşü desteklemeye 30'a yakın örgüt ve insiyatif grubu katılacağını açıkladı. Jusolar çağrı taslağında "gerginliği giderme politikasının devam ettirilmesi" konusuna ağırlık verilmesi önerisinde bulundular. Ancak şu ana kadar henüz yeni bir çağrı taslağı hazırlanmadı. Bu konuda Yeşiller'in Yazı Kurulu Grubu bildiri taslağını hazırlamakla görev aldı.

Partimiz KPD yürüyüş taslağının değiştirilmemesi konusunda görüş belirtti. Ancak eğer bu ortak çağrı taslağında Jusoların önerileri temelinde bir değişiklik yapılacak olursa, biz buna rağmen ortak yürüyüşün hedefi ve çıkarı için bildirinin imzalanması gerektiği görüşündeyiz. Çünkü Juso'ların bu önerileri esas olarak yürüyüşün

hedefi doğrultusunda hiç bir şey değiştirmeyecektir. Ki biz bu konuda düşüncelerimizi çok açık bir şekilde şimdiye kadar ortaya koyduk ve gene Bonn'da yapılacak yürüyüşte de "gerginliği giderme politikasının" bir hayal, bir politika ve çıkmaz sokak olduğunu açıkça belirtceğiz.

Diğer yandan bu toplantıda Juso'ların Yönetim Kurulu önerilerinin kabul edilip edilmemesinden bağımsız olarak yürüyüşü destekleyip desteklememe doğrultusunda kesin bir cevap vermedi. Ancak biz şundan emin ki, Juso'ların Yönetim Kurulu'nun bu açık olmayan tavrı tabanlarının çıkarına değildir.

Ayrıca Yeşiller bu toplantıda 18 Kasım'da yapılan toplantı tavrılarının tabanın yoğun eleştirileri ile karşılaştığını açıkladılar. Yeşiller, Parti Kongresinde Brejnev'e karşı bir yürüyüş yapılması doğrultusunda karar almıştı. Ancak tabanın girişimlerinin sonucu Yeşiller'in Yönetim Kurulu kararını bozmak ve Sovyetler Birliği'nin savaş kışkırtıcı politikasına karşı bu eylemi desteklemek ve eylem için seferber etmeye girişmek zorunda kaldı.

Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla, 22 Kasım'da düzenlenen yürüyüş için bu günden harekete geçmeli ve gerici lerin barış hareketini Sovyetler'in güdümünde olduğu çabasını boşa çıkarmalı ve bu yürüyüşle somut bir şekilde Varşova Pak-tı'nın ve onun elebaşı Sovyet sosyal emperyalizminde DKP revizyonistlerinin iddia ettikleri gibi barış yanlısı bir güç değil, tam tersine barışı tehdit eden ve savaş kışkırtıcılığı sürdüren bir güç olduğunu ortaya koymalıyız.

Bu nedenle tüm "Kızıl Şafak" okuyucu ve sempatizanlarını 22 Kasım 1981 tarihinde Bonn'da Sovyet Sosyal emperyalizminin savaş kışkırtıcı ve saldırgan politikasına karşı düzenlenen barış yürüyüşünün propagandasını yapmaya ve kitleleri yürüyüşe seferber etmeye çağırıyoruz!

(„Am 22. 11. 1981 wird in Bonn für Frieden demonstriert“)

Dışişleri Bakanı Genscher'in yardımları

Türkiye'de faşist generaller Batı-Almanya dışişleri bakanı ve başkan vekili Genscher'i büyük bir tantanayla karşıladılar. Ve böyle davranmalarının elbette bir nedeni var: Bundan bir yıl önce yaptıkları askeri

Batı-Alman basınına inanılırsa, Genscher Türkiye'yi denetlemek için ziyaret etmektedir. Kendisi sözüm ona "demokratlaşmayı" araştırıyormuş. Ve Federal Parlamento'nun Türkiye Yardımı'nı devam ettirip etmeyeceği Genscher'in edindiği izlenimlere bağlıymış. Yapılan ziyaretin sonuçları daha şimdiden bilinmektedir. Elbette Türkiye'de "demokratlaşma" ilelemtmekte, hatta bazı şahısların tahmin etmedikleri bir hızla. Buna ilişkin delil de şimdiden hazır: Kenan Evren'in sözleri.

Bakın, Kurucu Meclis bile var ve Genscher Kurucu Meclis'n Başkanı Sadi İrmak'la bile konuştu. Ve Genscher Kurucu Meclis Başkanı ile konuşarak faşistlerden ve aşırı gericilerden, kurmay generallerden ve büyük kapitalistlerden oluşan bu göstermeli meclisi de resmi olarak kabul etmiş oldu—unutmamalı ki, bunu da Batı-Avrupa'lı bir ülkenin ilk temsilcisi olarak yapmakta.

Genscher böylece bir köşeye sıkıştırılmış Türk faşistlerine iki

kez yardımcı olmasını başarmıştı. Bonn Hükümeti'nin milyarlarca yardımı, sürekli para temin etme yeteneği, Bonn Hükümeti'nin Türkiye Yardımı yapılmamış olsaydı söz konusu rejim mevcut şekilde varolmuş olmazdı.

Kenan Evren diktatörlüğünü ilk planda bir demokrasi olarak satmaya kalktı. Bilindiği gibi bunu başaramadı. Şimdi ise Evren diktatörlüğünü demokrasiye hazırlık olarak lanse etmeye çalışıyor. Genscher de bunu böyle görmeye mecbur. ABD'nin eskiden beri faşist rejimleri desteklemek taktığının şimdi de Federal Almanya tarafından uygulandığını kim açıkça savunabilir ki?

Tüm Batı-Avrupa'daki geniş kamuoyunun protestoları üzerine Federal Parlamento resmi yardım politikasından vazgeçmeye mecbur kalmıştı. Genscher Türkiye'ye gönderilerek, Haziran ayı içinde yardımın devamı için şart koşulan şeylerin artık yerine getirildiğini tespit

darbenden sonra ziyaretçi olarak kabul edebildikleri en yüksek seviyeli misafir Genscher'dir. Hatta Genscher, Kenan Evren'i ziyaret eden Batı-Avrupa'nın ilk dışişleri bakanıdır.

etmekle görevlendirildi.

Bu yapılmıyaydı, kalan tek alternatif söz konusu parlamento komisyonunda da talep edildiği gibi yardımın tamamen kesilmesi olurdu. Bu talebin karşısında ise NATO anlaşmalarına göre yardım etme zorunluluğu durmaktadır. Türkiye topraklarının yüzde 5'i ABD'nin üsleri tarafından işgal edilmiş durumda: "Özgürlüğü savunmak için" elbette bu ülkede bir mezar sessizliğine ihtiyaç duyulmaktadır.

Şüphesizki Genscher durumun ne olup olmadığını sormuştur. Elbette bazı soruları sormayı unutmamıştır. Örneğin işkence edilen onbinlerce siyasi tutuklunun durumunun ne olduğunu. Örneğin sendika görevlilerin kitlesel olarak yargılanması hakkında. Örneğin kaybolmuş olan çok sayıda insanın nerede olduğunu. Örneğin Bonn'dan gelen paraların neye harcandığını.

Hayır bu soruları soramazdı Genscher, sorduğu an dostları sinirlendi. Böyle soruları so-

rulduğu an Türkiye'nin—elbette—bağımsız bir ülke olduğu, yardım istediklerini, ama işlerine kimsenin karışamayacağını vurgularlardı. Ekonomi, mali ve askeri politikanın başka yerlerde karara bağlandığını Bay Genscher de iyi biliyordu, işkence politikası hakkında ise generaller kendileri karar vermek istiyorlar.

Faşist generallerin bu konuda bağımsız olmalarına Federal Almanya Cumhuriyeti'nin dışişleri bakanının ziyareti de destek oldu. Bu ziyaret büyük bir başarıydı—Türk faşistleri için. Bu ziyaret aynı zamanda da, Federal Hükümet'in işine yaradığı sürece önüne gelen her faşist diktatörü desteklemeye hazır olduğunu da gösterdi.

Genscher'in Türk faşistlerine değer kazandıran bu ziyareti, tüm demokratların ve anti-faşistlerin daha aktif bir biçimde şu taleplere sahip çıkmalarını gerektiriyor: Türkiye Yardımı'na son! Demokratik bir Türkiye için ileri!

DÜZELTME

Geçen sayımızda üçüncü sayfada dizgi hatası yapılmıştır. Yanlış bir anlaşmaya yer vermemek için düzeltir özür dileriz. Doğrusu şöyle: 4. sütun 2. paragraf; tarafsızlaşma talebini ileri sürmekle, böylece Federal Almanya'nın Amerika süper devletinin saldırgan politikası ile bağını çözmesini kendisini iki süper devletin çarpışma stratejisinin ve onların dünya hakimiyetliliği mücadelesinin dışında tutmasını talep ediyordu.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFK“
.....sayısından
itibaren
ismarlamak
istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.